



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2012

Alexander Friedrich

Die SPD am Ende des sozialdemokratischen Zeitalters?

Die politische Entwicklung der
SPD im Kontext des
gesellschaftlichen Wandels der
bundesdeutschen Bevölkerung
seit 1945

Magisterarbeit bei
PD Dr. Christian Schwaabe
2011

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	3
II. Die Entwicklung der SPD im Kontext des Wandels der Gesellschaft seit 1945	11
II.1. Die Rolle des Marxismus in der SPD und die Bedeutung der Partei in der Nachkriegsgesellschaft	11
II.2. Der Wandel der Gesellschaft in der Bundesrepublik nach 1945 unter soziologischen Gesichtspunkten und dessen Bedeutung für die SPD	18
II.3. Der Anstieg des Lebensniveaus in Deutschland, die fortschreitende soziale Ungleichheit in der Bevölkerung	29
II.4. Das Ende der Ideologien? Der Wandel von der marxistischen Arbeiterpartei zur Volkspartei im Kontext des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik	37
II.5. Die Etablierung eines neuen grünen Denkens in der Bundesrepublik: Neue linkskritische Milieus als Konkurrenz der SPD	41
II.6. Zusammenfassung der Ergebnisse	45
III. Ende des sozialdemokratischen Zeitalters? Die Programmatik der SPD im Wandel seit 1959. Vom Godesberger Programm 1959 zum Hamburger Programm 2007	47
III.1. Von der marxistischen Rand- zur Volkspartei: Das Programm von Bad Godesberg 1959	48
III.2. Die „ergrünte“ SPD: Abkehr von der Atomkraft und neue Wirtschaftsformen im Berliner Programm 1989	51
III.3. Abkehr von der sozialdemokratischen Tradition: Das gewandelte Wirtschafts- und Arbeitsbild der SPD im Hamburger Programm 2007	54
III.4. Das Ende der Sozialdemokratie in Deutschland? Die Programme der SPD im Vergleich: Von der zentralen Rolle des Arbeitnehmers zur Hegemonie der Wirtschaft	57
IV. Diskussion über die politische Ausrichtung der Sozialdemokratie im Zeichen des gesellschaftlichen Wandels	59
IV.1. Wirtschaftliche Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen im Dritten Weg von Anthony Giddens	61
IV.2. Bodo Hombachs Konzeption einer wirtschaftsliberalen Bundesrepublik: Die Neue Mitte	72
IV.3. Vollbeschäftigung und staatliche Umverteilung als Kennzeichen des sozialdemokratischen Markenkerns? Die Rückkehr zur sozialen Frage	80
IV.4. Die theoretische Notwendigkeit einer fortführenden Links-Rechts-Unterscheidung im politischen System und dessen Bedeutung für die Sozialdemokratie	83
IV.5. Die Bedeutung der Linkspartei als echte sozialdemokratische Alternative in der Bundesrepublik Deutschland	93

<u>V. Konklusion</u>	<u>97</u>
<u>VI. Schlussbetrachtung</u>	<u>102</u>
<u>VII. Anhang</u>	<u>104</u>
VII.1. Literaturverzeichnis	104
VII.2. Interview mit Bundesminister a.D. Erhard Eppler vom 22.7.2011	110
VII.3. Lebenslauf	114
VII.4. Eigenständigkeitserklärung	116

I. Einleitung

Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte die SPD 23,0 Prozent der abgegebenen Stimmen, nur noch 9.990.488 Wahlberechtigte votierten für die sozialdemokratische Partei. Im Gegensatz zur Wahl 1998, als Gerhard Schröder mit 40,9 % der abgegebenen Wahlstimmen Bundeskanzler wurde und über 20 Millionen Wähler der SPD das Vertrauen aussprachen, verlor die SPD mehr als die Hälfte ihrer ehemaligen Wähler. Noch deutlicher wird der Zustimmungsverlust der Partei, vergleicht man diesen mit der Bundestagswahl von 1972, als Bundeskanzler Willy Brandt das bis heute beste Ergebnis der SPD erringen konnte und 45,8 Prozent der Stimmen erreichte. Dieser Vergleich zeigt, dass die sozialdemokratische Partei, in Prozentzahlen ausgedrückt, nahezu die Hälfte ihrer Wähler verloren hat.¹

Lässt dieser abrissartige Überblick die These zu, das sozialdemokratische Zeitalter sei vorbei? Oder befindet sich die SPD nur, wie jede andere Partei im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, in einem Transformationsprozess an die sich wandelnden gesellschaftlichen Gegebenheiten? Eine Verschiebung im Parteiensystem beobachtet Harald Bergsdorf anhand der letzten Wahl: „Die Bundestagswahl 2009 durchpflügte nochmals die Parteienlandschaft nach der Devise: verkleinerte Großparteien und vergrößerte Kleinparteien.“² Dieser Beobachtung kann zugestimmt werden, jedoch fällt beim Vergleich der Wahlergebnisse 2005 und 2009 auf, dass die SPD deutlicher an Zustimmung verloren hat als die zweite Volkspartei CDU/CSU. Während die SPD im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 mehr als 11 % verlor, hielt die CDU/CSU mit -1,4 % ihre Verluste in Grenzen.³

Die Diskussion, ob die SPD in den letzten Jahren und Jahrzehnten an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hat, ist nicht nur unter Politikwissenschaftlern und Soziologen, sondern auch unter Journalisten entbrannt. Für den Verlust des Status der Volkspartei gibt es gewichtige Argumente, die verschiedene Erklärungsmuster anbieten. Ein Grund für den schwindenden Rückhalt der Partei in der Bevölkerung ist in der Veränderung der Gesellschaftsstruktur zu sehen. „Das alte sozialdemokratische

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, „Wahlberechtigte, Wähler, Stimmabgabe und Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen seit 1949 – Zweitstimmen.“ (2009).

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_ergebnisse.pdf.

² Harald Bergsdorf, „Perspektiven von SPD, Linkspartei und Grünen: Strategien und Konstellationen unter den Bedingungen einer gewandelten Parteienlandschaft.“ *Die Politische Meinung*, Nr. 483 (2010). S. 42.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt, „Wahlberechtigte, Wähler, Stimmabgabe und Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen seit 1949 – Zweitstimmen“.

Milieu ist untergegangen. Es war die sozial homogene Vergemeinschaftungsform einer Arbeitsgesellschaft. Die geteilte Erfahrung der Arbeit strukturierte das Leben der Milieuangehörigen, stiftete Orientierungen und sozialen Zusammenhalt, aus der Arbeit bezogen sie ihr kollektives Selbstwertgefühl, ihr starker Arm sicherte ihnen gesellschaftliche Anerkennung. Mit dem Niedergang der klassischen Industriearbeit ist es damit vorbei.“⁴ Es wird hier argumentiert, dass schlicht die Basis, die eine sozialdemokratische Partei tragen könne, nicht mehr gegeben sei.

Jedoch war nicht nur die Kernwählerschaft das tragende Element der SPD, auch stellten in den späten sechziger und den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Wechselwähler und die Popularität des Kanzlerkandidaten Brandt die Weichen für einen Wahlsieg der SPD. Dies zeigt sich auch daran, dass nicht nur die klassische SPD-Wählerschaft für Brandt die Stimme abgab, sondern auch eher konservative Wählerschichten: „Nach einem Wahlkampf, in dem die SPD wie nie zuvor durch bekannte Persönlichkeiten außerhalb ihrer Reihen – Schauspieler, Regisseure, Schriftsteller, Wissenschaftler, Journalisten, Sportler – unterstützt wurde, errang sie am 28. September 1969 42,7 Prozent der Stimmen. Am auffallendsten waren ihre Gewinne in den Mittelschichten und zwar bei Angestellten und Beamten, weniger bei Selbständigen.“⁵ Dieses Ergebnis konnte Brandt bei der Wahl 1972 noch ausbauen, nach dem Kanzlerwechsel hin zu Helmut Schmidt im Jahr 1974 schwand die Zustimmung der SPD jedoch zunehmend. Die Ölkrise verstärkte den Zustimmungsverlust in den Jahren 1978/1979. Plötzlich sah sich die von der SPD geführte Bundesregierung mit einer Rezession konfrontiert, welche Einschnitte im Bundesetat nach sich zogen. Bis zu diesem Zeitpunkt deckten sich die politischen Forderungen der Gewerkschaften auf der einen und die der SPD auf der anderen Seite nahezu vollständig. Durch den Umgang mit der Ölkrise bekam dieser Schulterschluss jedoch erste Risse. „Mit den öffentlichen Kampagnen gegen den Sparkurs der Regierung und harschen Protesten unter der Parole, das Maß an Zumutungen sei erreicht, gingen die Gewerkschaften auf Distanz. Die regierenden Sozialdemokraten und die tonangebenden Kräfte in den Gewerkschaften drifteten in dieser Phase auseinander.“⁶

⁴ Peter Lösche, Tobias Dürr und Franz Walter, *Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft: Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich : Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Lösche* (Opladen: Leske + Budrich, 1999). S. 203.

⁵ Heinrich Potthoff und Susanne Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*, 8., aktualisierte und erw. Aufl. (Bonn: Dietz, 2002). S. 228.

⁶ Ebd. S. 260 – 261.

Zwar sind und waren die Gewerkschaften nicht direkt durch politische Präsenz, zum Beispiel im Parlament, vertreten. Ihr Einfluss auf das politische Geschehen ist aber trotzdem als hoch anzusehen. Dies zeigt sich zum einen an der Wahlniederlage 1982 und dem Wechsel zu einer christlich-liberalen Koalition auf Bundesebene. Zum anderen wird dies auch in der jüngeren Geschichte deutlich, als Teile der SPD in der *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)* eine neue politische Heimat fanden. Beide Beispiele zeigen, dass der gewerkschaftlichen Unterstützung der SPD für Wahlerfolge eine bedeutende Rolle zukommt. Ähnlich sieht dies der Politologe Franz Walter, der im Jahr 2010 folgendes feststellt: „Die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter – über hundert Jahre lang die Kader des historischen Subjekts, sprich der Arbeiterklasse, im Vorfeld der SPD – entfernte sich aus dem sozialdemokratischen Elektoorat. Bei den jungen Bundesdeutschen im Berufseintrittsalter hat die FDP die SPD mittlerweile überflügelt. Im Erwerbstätigen Teil der Bevölkerung hat in diesem Jahrzehnt eine veritable Massenabwanderung von der Partei stattgefunden. Allein die Rentner halten die Sozialdemokraten noch über der 20-Prozent-Marke.“⁷ Walter beschreibt nichts anderes als den Wandel der SPD hin zu einer Splitterpartei.

Ein Teil der Magisterarbeit ist es zu untersuchen, wie sich die Bevölkerung und die SPD selbst in der Zeit seit Ende des Zweiten Weltkriegs gewandelt haben. Desweiteren wird analysiert, welche Antworten, welche programmatischen Veränderungen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegeben hat, um dem Wandel der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Bezogen auf die 1990er und folgenden Jahre macht es sich diese Antwort etwas leicht: „In any case, it is not yet clear what social democracy can or should mean in practice in the economic era through which we are now living - or how the policy implications of the social-democratic tradition now differ from those of other traditions.“⁸ Es wird hier unterstellt, dass der Sozialdemokratie in der globalisierten Welt der politische Kompass abhanden gekommen sei. Jedoch war es auf der europäischen Ebene Ende der 1990er Jahre der sogenannte *Dritte Weg*, welcher die Anleitung für sozialdemokratische Politik darstellte. Diese theoretische Handlungsanleitung sorgte in Großbritannien und Deutschland, hier eher bekannt unter dem Namen *Neue Mitte*, dafür, dass sozialdemokratische Parteien die Regierungschefs stell-

⁷ Franz Walter, *Vorwärts oder abwärts? Die Krise einer Volkspartei*, 1., Aufl. (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2010). S. 87.

⁸ David Marquand, „Premature obsequies: Social Democracy comes in from the cold.“ in *The new social democracy*, hrsg. von Andrew Gamble und Anthony Wright, S. 10-18 (Oxford: Blackwell Publishers, 1999). S. 10.

ten. Der *Dritte Weg* stellte den Versuch dar, die sich ändernden wirtschaftlichen Bedingungen mit sozialdemokratischer Politik in Einklang zu bringen.

Kritiker warfen der SPD eine Neoliberalisierung ihrer Politik vor. Sie würde mit der Politik der *Neuen Mitte* nicht mehr ihr Stammklientel, die einfachen Arbeiter und Arbeitnehmer, vertreten, so der Vorwurf. Jedoch war die SPD nicht erst seit den 1990er Jahren nicht mehr die Partei der Arbeiter. Die Mitglieder- und Wählerstruktur der Partei änderte sich seit 1945 kontinuierlich, was auch mit der politischen Positionierung der Partei zusammenhing. So ist diese Feststellung nicht verwunderlich: „Die SPD entproletarisierte sich, der Anteil der Arbeiter an den Neueintreten sank im Laufe der Siebziger auf 28 Prozent. Das historische Subjekt des Sozialismus, um das die Partei und ihre Theoretiker so lange so viel Kult getrieben hatten, verlor mehr und mehr an Bedeutung. [...] Immer wichtiger wurden jetzt Angestellte und vor allem Beamte; [...] Die SPD wurde in dem Jahrzehnt des Sozialliberalismus zur Partei des öffentlichen Dienstes, zur Partei der Lehrer und Sozialarbeiter.“⁹

Wird der Versuch unternommen, eine Korrelation zwischen der Binnenstruktur der SPD und ihrer politischen Positionierung vorzunehmen, so erklärt die sich wandelnde Berufsstruktur der Parteimitglieder eine Änderung der Politik hin zur politischen Mitte. Trotzdem oder gerade deshalb stellt sich die Frage, warum die SPD nach der Hinwendung zur *Neuen Mitte* bei den Bundestagswahlen 2005 und vor allem 2009 prozentual massive Verluste hinnehmen musste. Eine Hypothese wäre, dass sich zwar die Mitgliederstruktur, nicht aber die Zusammensetzung der Wähler gewandelt hat und es deswegen zu einem Absturz der Partei kommen konnte. Anders ausgedrückt: Hat die SPD mit ihrer programmatischen Neuaufstellung in den 1990er Jahren (und auch davor) ihren Parteimitgliedern Rechnung getragen, ihre Wähler aber damit verprellt?

In der Magisterarbeit wird der Versuch unternommen, den soziostrukturellen Wandel in der bundesdeutschen Bevölkerung mit der politischen Positionierung in Verbindung zu bringen.

Ziel der Arbeit ist es jedoch nicht, die Binnenstruktur der SPD-Mitglieder systematisch zu untersuchen, auch wenn dies an der einen oder anderen Stelle angeschnitten wird. Auch ist es nicht der primäre Gegenstand, das Innenleben der SPD zu untersuchen und hieraus Rückschlüsse zu ziehen, ob die Anpassung der Partei an den gesellschaftlichen Wandel glückte oder nicht. Weiterhin darf nicht außer Acht gelas-

⁹ Franz Walter, *Die SPD: Vom Proletariat zur Neuen Mitte* (Berlin: Alexander Fest, 2002). S. 190-191.

sen werden, dass nicht nur soziostrukturelle Gegebenheiten für ein gutes oder schlechtes Abschneiden einer Partei bei Wahlen ausschlaggebend sind, wie Michael Vester und Heiko Geiling feststellen. „Wenn die SPD über zwei Jahrzehnte hinweg neun Mal ihre Vorsitzenden auswechseln musste, dann waren Kräfte am Werk, die den langwierigen Prozess der Anhäufung von Vertrauenskapital immer wieder unterbrochen haben.“¹⁰ Trotz dieses Einwandes liegt der Fokus der Magisterarbeit nicht auf der Außendarstellung der SPD und deren Führungspersonal.

Nicht nur in Deutschland erlebte die Sozialdemokratie in der jüngeren Vergangenheit einen beispiellosen Absturz bei Wahlen und einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Auch in Großbritannien verlor Regierungschef Gordon Brown, der Nachfolger von Tony Blair, mit seiner Partei New Labour sein Premierministeramt und seine sozialdemokratische Partei schlitterte in eine tiefe Krise. Analog zum Konzept der *Neuen Mitte* in Deutschland feierte der von Anthony Giddens theoretisch ausgearbeitete *Dritte Weg* in Großbritannien zunächst große Erfolge. Tony Blair setzte die Theorie in die politische Praxis um und wurde so zum Regierungschef. Ähnlich wie in Deutschland aber folgte dem Wahlerfolg ein harter Sturzflug. Kritiker des *Dritten Weges* und der *Neuen Mitte* begründen das Scheitern der Konzepte mit der zu stark wirtschaftlich ausgerichteten Komponente dieser politischen Handlungsanleitungen.

Auch wenn sich die Mitglieder- und Wählerstruktur sozialdemokratischer Parteien im Laufe der letzten Jahrzehnte geändert hat, so sind sie in ihrer Selbst- und auch Außenwahrnehmung noch immer Parteien, die die Stellung des einfachen Arbeitnehmers in der Gesellschaft verbessern wollen.

Dem gegenläufig ist aber folgende Anmerkung, welche Giddens Bild einer erneuerten Sozialdemokratie entspricht und auch einen Erklärungsansatz für die jüngsten Verluste der Sozialdemokratie anbietet:

„Soll eine Wirtschaft heute konkurrenzfähig sein, so muss sie flexible Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte haben. [...] Gerade im Hinblick auf den Arbeitsmarkt bedeutet Flexibilität auch Liberalisierung. Sie mutet Arbeitnehmern mehr ökonomische Unsicherheit zu und erhöht die Zahl derer, die, obwohl sie Arbeit haben, zu den Armen zählen. Deregulierung – die Abschaffung oder Abänderung von Regeln und Vorschriften also, die Innovation und technologischen Wandel behindern – ist tatsächlich eine der Bedingungen für Flexibilität. Größere Flexibilität kann man aber nicht umsonst haben – sie erfordert Kompromisse. Andererseits muss mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, wie immens die sozialen und persönlichen Kosten hoher Arbeitslosigkeit sind, besonders dann, wenn es viele Langzeitarbeitslose gibt.“¹¹

¹⁰ Heiko Geiling und Michael Vester, „Soziales Kapital und Wählerverhalten - Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 25-52 (Berlin ;, Münster: Lit, op. 2009). S. 39.

¹¹ Anthony Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001). S. 86

Diese Feststellung trifft in hohem Maße auch auf die SPD in Deutschland und die von ihr durchgeführte Arbeitsmarktreform *Agenda 2010* zu. In der Bundesrepublik sorgten die *Hartz-Gesetze* für ein massives Unrechtsempfinden in der Bevölkerung, wie Max Reinhardt beobachtet: „Bereits am 1. Januar 2003 wurde das erste »Hartz«-Gesetz verabschiedet, das für Arbeitslose »die Barrieren der Bedürftigkeitsprüfung erhöht(e)«, »die Vermögensfreibeträge deutlich« senkte, die Mindestfreibeträge für verdienende »Ehe-Partner/innen um 20 Prozent« kürzte und den »Erwerbstätigen-Freibetrag« abschaffte. Die SPD fiel in den Wählerumfragen auf unter 30 Prozent und verlor die beiden Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen im Februar 2003.“¹²

Es scheint die Frage angebracht, ob die ideologische Neupositionierung der sozialdemokratischen Parteien seit den 1990er Jahren eine adäquate Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel darstellte, Zweifel daran können berechtigt sein. Denn im Schröder-Blair-Papier

„brechen die Autoren mit einigen traditionellen Grundsätzen sozialdemokratischer Politik, zuvorderst in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. So wird konstatiert, dass sich im Zuge der Globalisierung verändernden Rahmenbedingungen eine neue Definition der wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staates nötig machen würde. Der Staat solle die Wirtschaft nach Kräften fördern, dürfe sich jedoch nie als Ersatz für eine freie Wirtschaft betrachten, ganz gemäß dem Leitsatz: „*Die Steuerungsfunktion von Märkten muss durch die Politik ergänzt und verbessert, nicht aber behindert werden*“.“¹³

Der erste Unterpunkt des Hauptteils der Magisterarbeit befasst sich mit dem gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik seit 1945. Dabei wird untersucht, wie die SPD mit dem Marxismus umging, der jahrzehntelang deren ideologischen Hintergrund bildete und wie dies die deutsche Nachkriegsgesellschaft annahm. Es folgt der Wandel der Gesellschaft nach soziologischen Gesichtspunkten, von der sogenannten Trümmersgesellschaft direkt nach 1945 über die Industriegesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Dabei wird beachtet, wie das allgemeine Lebensniveau der Bevölkerung gestiegen, gleichzeitig aber die soziale Ungleichheit immer weiter fortgeschritten ist. In Zusammenhang mit dem Stichwort „Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich“ wird der Wandel der SPD von der marxistischen Arbeiterpartei hin zur Volkspartei untersucht. Der besondere Schwerpunkt dieser Beobachtung liegt

¹² Max Reinhardt, „Parteilügelkämpfe seit der Bundestagswahl 2002 – Der Kampf um die Macht in der SPD.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 53-112 (Berlin ;, Münster: Lit, op. 2009). S. 70.

¹³ Matthias Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel: Die Neustrukturierung sozialdemokratischer Programmatik im internationalen Vergleich*. (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011). S. 122.

bei der Bevölkerungsentwicklung vom Wandel der Klasse hin zur gesellschaftlichen Schicht, die sich dann in weitere Bevölkerungsmilieus untergliedert. Die Analyse behandelt vor allem die Veränderungen des Arbeits- und Einkommensgefüges in der Bundesrepublik. Eine Untersuchung des Wandels der privaten Lebensformen wird nicht vorgenommen.

Es folgt ein Vergleich der Parteiprogrammatiken der SPD, beginnend mit dem Programm von Bad Godesberg aus dem Jahr 1959. Ausgehend von dieser Schrift, die als Beginn der Zeit als Volkspartei der SPD angesehen wird, wird der Vergleich mit den folgenden Programmen unternommen, bis hin zum derzeit gültigen Hamburger Programm 2007. Dabei liegt ein Vergleichsschwerpunkt auf den Entwicklungen und Veränderungen der Gerechtigkeitsauffassungen. Es wird analysiert, welche Grundsätze die SPD abgewandelt hat und wie sie dies begründete.

Anschließend wird im dritten Unterkapitel des Hauptteils die politisch-praktische Ausrichtung der Sozialdemokratie im Zeichen des gesellschaftlichen Wandels untersucht. Obwohl der *Dritte Weg* vor allem in Großbritannien umgesetzt wurde, ist dessen Beachtung Teil der Magisterarbeit. Das zweite theoretische Konzept, die *Neue Mitte*, wird ebenso untersucht. Die Nähe beider Konzepte wird nicht nur durch das *Schröder-Blair-Papier* deutlich. Beide ideologischen Überbauten praktischer Regierungspolitik weisen, wie in diesem Abschnitt der Arbeit deutlich gemacht wird, große inhaltliche Überschneidungen auf. Deshalb erscheint es sinnvoll, sowohl den *Dritten Weg* als auch die *Neue Mitte* zu behandeln. Da jedoch die Theorie der *Neuen Mitte* von der des *Dritten Weges* abgeleitet ist, wird dem *Dritten Weg* ein größerer Raum beigemessen. Wie schon erwähnt wurde, entsprach es stets dem Selbstbild der Sozialdemokratie, für den „kleinen Mann“ einzustehen und diesem auf der politischen Bühne eine Stimme zu geben. Die SPD schrieb es sich in ihrer Geschichte auf die Fahnen, die soziale Spaltung in Deutschland zu beseitigen. Mal vertrat sie dies nachdrücklicher, mal weniger vehement. Nicht erst seit der Gründung der Linkspartei stellt sich für die Sozialdemokraten die Frage, ob sie politisch weiter nach links rücken soll. Damit verbunden ist die soziale Frage. Deshalb wird auch die Rückkehr zur sozialen Frage einen Teil des zweiten Hauptteils darstellen.

Wie später noch gezeigt wird, legte der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt großen Wert auf die wirtschaftliche Komponente seiner Politik und räumte hingegen Umweltthemen weniger Platz ein. Auch Gerhard Schröder galt als Vertreter des wirtschaftsfreundlichen Flügels innerhalb der SPD, vielen Parteimitgliedern war er nicht

„links“ genug, was zum Beispiel durch seine Abwahl des SPD-Vorsitzes deutlich geworden ist. Schröders Nachfolger Franz Müntefering wurde es zugetraut, den mehr oder weniger offenen Flügelkampf innerhalb der SPD zu beenden.

Wenn nun aber in Gerhard Schröders Regierungszeit eine Sozialreform wie die der *Agenda 2010* fällt, die Auslöser für eine Parteigründung links der SPD war, und wenn der Spitzensteuersatz von der rot-grünen Bundesregierung von 53% auf 42% abgesenkt wird, kann dies dann noch als „linke“ Politik bezeichnet werden?¹⁴ Oder haben die jeweiligen SPD-Kanzler doch konservativ, anders ausgedrückt, bürgerlich regiert? Wenn diese These zutrifft, was kann dann als politisch „links“ und was als politisch „rechts“ angesehen werden? Hat eine solche Grenzziehung überhaupt eine Berechtigung? Diesen Fragen wird in der vorliegenden Arbeit ein Kapitel gewidmet. Dabei wird auf die Schrift Norberto Bobbios¹⁵ zurückgegriffen, die den Versuch unternimmt, die Unterscheidung zwischen „rechts“ und „links“ weiter aufrechtzuerhalten. In eine ähnliche Richtung geht Chantal Mouffe¹⁶, für die Politik einen Streit um die besten Lösungsvorschläge bedeutet. Mouffe verwendet aber weniger die Kategorisierungen „links“ und „rechts“, sondern etabliert den Gegensatz zwischen „Wir“ und „Sie“. Beide Konzepte haben gemeinsam, dass sie auf eine politische Identitätsbildung abzielen. Da dies nicht nur, aber auch die Sozialdemokratie betrifft, sind beide Konzeptionen Teil der Magisterarbeit. Es ist nicht einfach konkret festzulegen, was politisch „links“ überhaupt bedeutet. Kann deshalb die Behauptung aufgestellt werden, die *Linkspartei* sei die echte linke Partei in der Bundesrepublik? Es wird in einem weiteren Teil untersucht, welche Versäumnisse der SPD dazu führten, dass Raum für eine Partei links der Sozialdemokratie entstehen konnte. Es wird dabei deutlich, dass nicht erst die *Hartz-Reformen* einen Platz links der SPD öffneten.

In der Konklusion wird versucht, die Bedeutung des Themas Gerechtigkeit für die Sozialdemokratie genauer zu erfassen. Was versteht die SPD unter Gerechtigkeit und wie gestaltet die Partei dies in der politischen Praxis aus? Desweiteren wird der Einfluss des gesellschaftlichen Wandels in Deutschland auf die Parteien im parlamentarischen System beleuchtet. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf der SPD, die

¹⁴Vgl. Clemens Fuest, „Die Gründe der Regierung Schröder, den Spitzensteuersatz zu senken, sind heute aktueller denn je.“. <http://blog.handelsblatt.com/steuerboard/2010/07/05/die-grunde-der-regierung-schroder-den-spitzensteuersatz-zu-senken-sind-heute-aktueller-denn-je/>.

¹⁵ Norberto Bobbio, *Rechts und Links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung* (Berlin: K. Wagenbach, 1994).

¹⁶Vgl. Chantal Mouffe, *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2010).

Untersuchung wird allgemein gehalten. Es folgt das Aufgreifen der Frage der Magisterarbeit: ist das sozialdemokratische Zeitalter vorbei, was Ralf Dahrendorf schon in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts behauptete?¹⁷ Oder steht ein rot-grünes Zeitalter bevor, in dem die Sozialdemokratie in Deutschland mehr denn je benötigt wird, wie der frühere Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ehemalige Vorsitzende der SPD-Programmkommission, Erhard Eppler, entgegnet?¹⁸

II. Die Entwicklung der SPD im Kontext des Wandels der Gesellschaft seit 1945

II.1. Die Rolle des Marxismus in der SPD und die Bedeutung der Partei in der Nachkriegsgesellschaft

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Sieg der Alliierten über das NS-Regime fiel es der SPD schwer, eine mit Ideologie aufgeladene Politik zu vertreten. Der Zusammenbruch des Dritten Reiches und der damit verbundene Untergang der nationalsozialistischen Weltanschauung führten zu einer starken Ablehnung der deutschen Bevölkerung für ideologiebehaftete Politik. Doch nicht nur dies trug zu einer Reserviertheit der Menschen gegenüber Politik bei. Die durch den Krieg auftretenden infrastrukturellen Probleme, das Fehlen eines flächendeckenden Versorgungsnetzes und der Verlust von Familienangehörigen, die ihr Leben im Krieg ließen, führten zu einem nicht unerheblichen Desinteresse an Politik. Die Sorgen der Nachkriegsbevölkerung waren viel existenzieller: „Restdeutschland [wurde] in Besatzungszonen der vier Siegermächte aufgeteilt. Die Städte lagen in Trümmern, Millionen von Ausgebombten, Evakuierten und Vertriebenen suchten nach einer Bleibe, Hunger und Obdachlosigkeit waren Alltag, Not, Chaos und Kampf ums Überleben fast allgegenwärtig.“¹⁹ In diesem Land, in dem es an den einfachsten Gütern mangelte, fehlte auch ein funktionierendes und gesundes politisches System.

Nahezu auf den Tag genau ein Jahr nach der Kapitulationserklärung der Nazis hielt die SPD ihren ersten Parteitag der Nachkriegszeit ab, der im Zeichen des Neuaufbaus der sozialdemokratischen Partei stand. Die Tagung offenbarte das Spannungsverhältnis, in dem die SPD sich befand. Auf der einen Seite sollte die marxistische Tradition ihren Platz in der Partei behalten, demgegenüber stand die Etablierung

¹⁷Vgl. Ralf Dahrendorf, *Ein neuer Dritter Weg? Reformpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts* (Tübingen: Mohr Siebeck, 1999).

¹⁸ Vgl. Interview mit Erhard Eppler im Anhang.

¹⁹ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 175.

demokratischer Grundsätze. Die Bezeichnung des *demokratischen Sozialismus* als übergeordnetes Prinzip sozialdemokratischer Politik fand auf dem Parteitag ihren Anfang:

„[V]om 9. bis 15. Mai 1946 hielt [die SPD] in Hannover ihren ersten Nachkriegsparteitag mit Delegierten aus allen drei westlichen Besatzungszonen ab. Kurt Schumacher und Viktor Agartz umrissen in Hannover die politische Richtung sozialdemokratischer Nachkriegspolitik. [...] Schumacher betonte die Bedeutung des Klassenkampfes, forderte die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft und die Wiederherstellung eines demokratischen Deutschen Reiches auf föderativer Grundlage. Er lehnte eine Vereinigung mit der KPD ab, wandte sich aber nicht gegen jegliche politische Zusammenarbeit mit den Kommunisten. [...] Weiter betonte er, dass der politische und wirtschaftliche Neuaufbau unter demokratisch-sozialistischen Vorzeichen erfolgen müsse. Dieser sei vor allem durch Enteignung der Großindustrie, der Großfinanz und des Großgrundbesitzes zu realisieren.“²⁰

Mit diesen Grundsätzen konstituierte sich die SPD als linke Partei im neuen politischen System der Bundesrepublik. Mit ihrem Festhalten an sozialistisch-marxistischen Grundsätzen jedoch versperrte sie sich den Weg hin zu einer Volkspartei auf Augenhöhe der CDU. Das wirtschaftspolitische Verständnis der SPD wurde auf dem Parteitag noch weiter konkretisiert. „Viktor Agartz, zu diesem Zeitpunkt [...] Berater Schumachers und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, legte in seinem Grundsatzreferat *Sozialistische Wirtschaftspolitik* dar, dass die wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands im Rahmen einer sozialistischen Planwirtschaft erfolgen müsse.“²¹ Diese Definitionen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deckten sich mit dem sowjetischen Modell. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Sozialdemokraten in den fünfziger Jahren das kommunistische Wählerpotenzial nahezu vollständig auf sich vereinigen konnten.²² Um die Abgrenzung an den Marxismus aber deutlich zu machen, füllte die SPD den Begriff des *demokratischen Sozialismus* immer mehr inhaltlich. „Die beherrschende Strömung des Sozialismus im Westen war die Sozialdemokratie, also ein gemäßigter, parlamentarischer Sozialismus, der den Ausbau des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaates verfocht.“²³ Die Ziele der SPD stellten nicht eine gewaltsame Unterdrückung und Enteignung der besitzenden Klasse, der sogenannten Bourgeoisie oder die Errichtung eines Arbeiter- und Bauernstaates dar, wie

²⁰ Daniela Münkel, *„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“* (Berlin: Vorwärts Buch, op. 2007). S. 27.

²¹ Ebd., S. 27.

²² Vgl. Peter Lösche und Franz Walter, *Die SPD: Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei : Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung* (Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992). S. 89.

²³ Anthony Giddens, *Der dritte Weg: Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, 1. Aufl. (Frankfurt: Suhrkamp, 1999). S. 14.

Karl Marx dies theoretisch forderte und durch Lenin in der Sowjetunion zumindest offiziell versucht wurde durchzusetzen.

Die Nachkriegs-SPD wollte vielmehr auf Basis des Sozialismus eine sozial ausgewogene Bundesrepublik errichten. Dies begründete die SPD mithilfe der Thesen von Karl Marx: „In den Augen der alten Sozialdemokratie zeitigte die freie Marktwirtschaft viele der von Marx diagnostizierten negativen Folgen: sie glaubte aber, dass diese durch staatliche Eingriffe in den Markt gemildert oder überwunden werden könnten. [...] Eine nachdrückliche Einmischung der Regierung in die Wirtschaft und in andere gesellschaftliche Bereich ist normal und wünschenswert, da die öffentliche Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft den Willen des Volkes repräsentiert.“²⁴ Eine dieser negativen Folgen betrifft die soziale Ungleichheit. Während einige von dem kapitalistischen Wirtschaftssystem überproportional profitieren (Bourgeoisie), werden andere systematisch ausgebeutet (lohnabhängige Arbeiterklasse), so Marx.

Diesem Grundsatz schloss sich auch die Nachkriegs-SPD an. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in der noch jungen Bundesrepublik sollte „durch verschiedene Strategien der Umverteilung erreicht werden.“²⁵ Allgemeiner kann gesagt werden: „1945 bedeutete für die deutsche Sozialdemokratie einen Neubeginn, nicht einen Bruch. Der Sozialismus entstand in Europa als eine Protestbewegung gegen die Auswüchse des frühkapitalistischen Systems, als eine Partei, die gegen Ausbeutung wirtschaftliche Not und Unterdrückung zu Felde zog und für die Lösung der sozialen Frage durch eine Änderung der Staats- und Gesellschaftsstruktur eintrat.“²⁶ Exakt diese Strukturänderungen forderte Karl Marx. Um diese einzuleiten und zu bewältigen, entstand in der Sowjetunion eine sozialistische Einheitspartei. Dies stellte für die SPD aber keine gangbare Option dar.²⁷ Deshalb suchten die Sozialdemokraten in der unmittelbaren Nachkriegszeit „nach einem Weg zwischen dem amerikanischen reinen Marktkapitalismus und dem Sowjetkommunismus[.]“²⁸

Die Teilung der Welt in zwei unterschiedliche machtpolitische und wirtschaftliche Blöcke prägte die Sozialdemokraten nachhaltig. Ihre Rolle in der an den Westen angelehnte Bundesrepublik äußerte sich verstärkt durch das Festhalten an alten Traditionen: „Auf einer Gedenkfeier im November 1953 erklärte [Erich Ollenhauer]: »Eine

²⁴ Giddens, *Der dritte Weg*. S. 19.

²⁵ Ebd., S. 20.

²⁶ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 170-171.

²⁷ Vgl. Walter, *Die SPD*. S. 123.

²⁸ Giddens, *Der dritte Weg*. S. 37.

sozialdemokratische Partei ohne das Symbol der roten Fahne wäre eine Partei ohne Herz. Die Partei ohne die Lieder und Kampfgesänge, die uns in neunzig Jahren ans Herz gewachsen sind und die vielleicht und hoffentlich morgen durch neue, zeitgerechte ergänzt werden, ohne das kameradschaftliche ›Du‹ und ohne die verbindende und verpflichtende Anrede ›Genosse‹ würde eine Partei ohne Blut sein.«²⁹ Die Forderung nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und die Beibehaltung der beschriebenen Rituale trugen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur Profilbildung der SPD in hohem Maße bei. Als vorderstem Repräsentanten der SPD kam dabei Kurt Schumacher eine herausgehobene Bedeutung zu. „Der willensstarke, charismatische Kurt Schumacher wurde zu der beherrschenden Führungsgestalt der deutschen Sozialdemokratie der Nachkriegszeit. Seine Wirkung ging weit über seinen Tod am 20. August 1952 hinaus.“³⁰ Schumacher war für die Positionierung der SPD mit verantwortlich.

Dabei schienen verschiedene Positionierungsalternativen möglich: „Von der Fortsetzung der alten Partei bis zu einer demokratisch-sozialistischen Arbeiterpartei neuen Stils, von sozialistischer Einheitspartei bis zum Modell Labour Party und linke Volkspartei reichten zunächst die Varianten des politischen Wiederbeginns in den sozialdemokratischen Reihen. Nach dem Ende der Nazi-Herrschaft [...] sehnten sich nicht wenige Sozialdemokraten und viele Linksozialisten nach einer Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung [.]“³¹ Dies entsprach auch dem Willen Schumachers.

Die Nachkriegs-SPD unter Schumacher verstand sich als linke Volkspartei, auch wenn dies, zumindest auf Bundesebene, in Widerspruch zu den erzielten Wahlergebnissen stand. Dazu trägt auch bei, dass das Politikverständnis des Vorsitzenden Schumachers nicht eindeutig fassbar war. „So müßig der Versuch wäre, aus Schumachers Denken eine geschlossene politische Philosophie zu konstruieren, so sind doch die Elemente sozialistischer Theorien, die ihn bleibend beeinflussten, unverkennbar. [...] In Schumachers Deutung gesellschaftlicher Phänomene, seiner Gesellschaftskritik und besonders seiner Konzeption über den Standort seiner Partei im historischen Prozess dominierte häufig eine Begriffssprache, die der marxistischen

²⁹ Walter, *Die SPD*. S. 142.

³⁰ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 175.

³¹ Ebd. S. 176-177.

Gedankenwelt entstammte.“³² Dies zeigt, dass zumindest die Rhetorik des Marxismus in der SPD während der ersten Jahre der Bundesrepublik noch einen großen Stellenwert besaß. Dies verwundert jedoch nicht, da die „Anhänger eines freiheitlichen Sozialismus [...] in der Sozialdemokratie *ihre* politische Heimat gefunden [hat-ten].“³³ Und die Sprache des Sozialismus ist an die des Marxismus angelehnt.

Um die enge Bindung an alte Traditionen zu erklären, um das Festhalten an einer Ideologie zu begründen, obwohl dies bei der deutschen Bevölkerung nicht unbedingt auf positive Resonanz stieß, lohnt ein kurzer Blick auf die Zusammensetzung der Parteimitglieder. Denn „Sozialdemokraten, die im Herrschaftsbereich des Hitler-Regimes zwölf Jahre Diktatur überstanden hatten, fanden sich mit den Sozialdemokraten zusammen, die im Ausland das bittere Los der Emigration erleiden mussten. Über alte organisatorische und theoretische Gegensätze hinweg einigte das Banner des demokratischen Sozialismus [...]“³⁴ Die Festlegung auf den demokratischen Sozialismus zog eine paradoxe Situation nach sich. Denn obwohl auch Kurt Schumacher diesen vertrat, zeigte das Meinungsbild in der Bundesrepublik Zustimmung zum SPD-Vorsitzenden. „Auf die in einer Meinungsbefragung der britischen Militärregierung im Jahre 1947 gestellte Frage nach dem am meisten bewunderten Nachkriegs-politiker wurde nur Kurt Schumacher genannt. [...] Zwischen dem Bekanntheitsgrad und der Wertschätzung, die der Parteivorsitzende genoss, und dem Vertrauen, das seiner Partei von den Wählern entgegengebracht wurde, bestand jedoch ein krasses Missverhältnis, obwohl die SPD im öffentlichen Bewusstsein als „die Schumacher-Partei“ galt.“³⁵

Es ist schwierig, dieser eigentlich unlogischen Korrelation eine Begründung zu geben. Eine mögliche Erklärung wäre, dass diese Wertschätzung in überwiegendem Maße der Person Schumachers zukam und nicht der von ihm vertretenen Politik. Schumacher, der im Weltkrieg einen Arm verlor und bei dem der Krieg sichtbare Spuren hinterließ, wurde von den Menschen geschätzt. Diese Wertschätzung ließ sich aber anscheinend nicht auf seine und die Politik der SPD übertragen. Dass dieser Übertrag nicht gelang, wurde schon versucht zu begründen. Es war die Ideologiescheue der deutschen Bevölkerung nach dem Scheitern der NS-Ideologie. Es gelang der SPD nicht die Wähler davon zu überzeugen, dass die von der Partei vertre-

³² Ebd. S. 183.

³³ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 170.

³⁴ Ebd. S. 170.

³⁵ Ebd. S. 190.

tene Politik nichts mit dem Kommunismus der Sowjetunion gemeinsam hatte. Diese Unterscheidung bemerkte die kommunistische Seite hingegen schon: „Für die KPD/SED-Führung wurde Schumacher mit seinem Antikommunismus, seinem freiheitlich-demokratischen Sozialismus und seinem Einsatz für ein freies Deutschland zum härtesten Antipoden.“³⁶

Es gibt jedoch auch eine andere Begründung, warum die SPD mit der CDU nicht deutlicher in den Konkurrenzkampf treten konnte. Es wird hier der Nachteil der Sozialdemokratie im Werben um eine größere Zustimmung deutlich, dies betrifft die Wahrnehmung der SPD durch die Wähler:

„Anfang des Jahres 1947 beschlossen die Briten und die Amerikaner, ihre Zonen wirtschaftlich zu vereinigen und den Deutschen durch die Schaffung eines Wirtschaftsrats für diese Bizone eine politisch-parlamentarische Vertretung über die Länderebene zuzugestehen. [...] Die SPD forderte für sich das Recht, den Posten des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft mit einem Sozialdemokraten zu besetzen. Als sie damit scheiterte, weil die CDU, unterstützt von der FDP, darauf bestand, dieses Amt einem Mann ihrer Richtung zu übertragen, lehnte sie auf Drängen Schumachers jede Beteiligung an der Verwaltung ab und entschied sich für die Opposition. Freilich sollte es, wie von der SPD betont wurde, eine „konstruktive Opposition“ sein. In der Tat haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Wirtschaftsrat intensiv mitgearbeitet und nahmen [...] einen erheblichen „Einfluss auf die Gestaltung der Dinge im einzelnen, die leider in der breiten Öffentlichkeit nicht beachtet worden sind“. Als sich jedoch nach der Währungsreform vom Juni 1948 die Lebensverhältnisse allmählich besserten, da waren es Ludwig Erhard und die ihn stützenden Parteien, denen der anlaufende Wirtschaftsaufschwung gutgeschrieben wurde, während die SPD als „die Opposition“ negativ abgestempelt war. [...] Nun baute sie darauf, in der Opposition dem Volk die Augen dafür öffnen zu können, dass wie es in Schumachers Referat für den Parteitag 1948 hieß, „die Rücksichtslosigkeit dieses Klassenkampfes von oben“ so groß sei, „dass in dem letzten Jahr in keiner wichtigen Frage die Verständigung möglich gewesen wäre, ohne die Interessen der arbeitenden Massen aufzugeben und den Kampf um den Sozialismus als eine Gegenwartsaufgabe zu verleugnen“.³⁷

Hier wird deutlich, dass nicht nur die (zumindest sprachliche) Nähe zum Marxismus die Wähler davor abschreckte, die SPD zu wählen. Die sich verbessernden Lebensbedingungen der Bevölkerung, das sich anbahnende Wirtschaftswunder einer Gesellschaft, die zuvor vor den materiellen und persönlichen Trümmern ihrer selbst stand, brachten die SPD ins politische Abseits. Der Kapitalismus, die Wirtschaftsform welche die Sozialdemokraten immer verteufelten, führte zu einer Steigerung des Lebensniveaus der Menschen. Damit war der Partei jedoch ihre Hauptargumentation für einen politischen Führungsanspruch abhanden gekommen. Denn die SPD trat immer mit der Alternative des Sozialismus auf, ihn wollte sie in der Bundesrepublik

³⁶ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 183.

³⁷ Ebd. S. 192-193.

als Wirtschafts- und Gesellschaftsform etablieren. Zwar lagen die SPD und die CDU bei der ersten Bundestagswahl prozentual nicht weit auseinander, der Einführung des Sozialismus gaben die Wahlen jedoch eine klare Absage.

„Der Wahlkampf zum ersten Bundestag stand im Zeichen der Alternative „Planwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft“, für die Ludwig Erhard warb. Bei den Wahlen am 14. August 1949 erhielten die SPD 29,2 Prozent der Stimmen, die CDU/CSU 31,0, die FDP 11,9 und die KDP 5,6 Prozent. [...] Bei diesem Ergebnis war die Bildung einer von der SPD geführten Regierung praktisch ausgeschlossen. [...] Dabei hat die deutsche Sozialdemokratie nie zuvor eine Persönlichkeit besessen, die so drängend und selbstbewusst den Anspruch auf Macht für die Partei angemeldet hätte, wie Kurt Schumacher es tat. Und doch ist unverkennbar, wie seine Politik dazu beigetragen hat, dass sie ihr so lange versagt blieb.“³⁸

Das Wirtschaftswunder und der Erfolg der CDU, die für den Kapitalismus, wenn auch in einer abgemilderten Form, der Variante der sozialen Marktwirtschaft, eintrat, brachten die SPD dazu, ihre politischen Positionierungen vor allem im Bereich des Marxismus zu überdenken. Dieser Prozess der Anpassung der politischen Forderungen an die Realität endete schließlich im Programm von Bad Godesberg 1959. Bis dahin war es jedoch ein langer und steiniger Weg für die Sozialdemokraten, denn sie waren von der Richtigkeit ihres Gesellschaftskonzepts vollkommen überzeugt: „Wir müssen wissen, dass wir bei dem augenblicklichen Stand der Gesellschaft nicht mit dem Strom, sondern gegen ihn schwimmen.“ Als Fritz Erler diese Feststellung 1950 vor dem obersten Parteigremium traf, war die damit ausgesprochene Erkenntnis noch keineswegs Allgemeingut seiner Partei. Und doch lässt sich die Politik der deutschen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der fünfziger Jahre nicht treffender charakterisieren als mit dem von Erler gebrauchten Bild des Gegen-den-Strom-Schwimmens.³⁹ Um diesen Widerstand zu brechen, warf die Partei liebgewonnene Traditionen über Bord. Diese Loslösung betraf zwei Bereiche. Auf der einen Seite verloren die Anrede „Genosse“ und das in der Partei übliche duzen an Bedeutung. Auf der anderen Seite grenzte sich die SPD stärker vom Marxismus ab.⁴⁰

Diese Distanzierung war dringend geboten. Denn die Gesellschaft entwickelte sich in der Bundesrepublik anders als von Marx theoretisch erarbeitet und von der SPD erwartet. Deutschland wurde nicht zu einem Staat der Lohnarbeiter, die sogenannte Arbeiterklasse schrumpfte immer weiter. Eine Klassengesellschaft, die in eine klassenlose Gesellschaft hätte übergehen können, war in der Bundesrepublik nie auch

³⁸ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 199.

³⁹ Ebd. S. 215.

⁴⁰ Vgl. ebd. S. 208.

nur im Ansatz existent. Dies beobachtet auch der Soziologe Michael Vester: „Zwischen 1950 und 1961 stellen wir [...] zwei große Entwicklungen fest: Einem bemerkenswertem Rückgang bei Landwirtschafts- und Bergbauberufen [...], bei Hauswirtschaftsberufen sowie traditionellen Handwerkerberufen steht ein wachsender Anteil von Verkaufs-, Geldgeschäfts-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie Ingenieuren, Technikern, metallverarbeitenden Berufen und Datenverarbeitungsfachleuten gegenüber.“⁴¹ Die Beschäftigungsformen in der Bundesrepublik verschoben sich vom primären auf den sekundären und tertiären Sektor. Dem revolutionären Klassenkampf, den Marx immer forderte, fehlte in Deutschland schlicht die Masse.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die SPD nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stark an der marxistischen Tradition festgehalten hat. Durch eine Vielzahl von äußeren Umständen brachte dies der Partei aber nicht den gewünschten Erfolg, die SPD stellte eher eine größere Rand- als eine Volkspartei dar. Ein maßgeblicher Grund hierfür war die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in Deutschland. Die folgenden Kapitel befassen sich mit dem gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik, dem Anstieg des Lebensniveaus, dem Auftreten von neuen Bevölkerungsschichten und der Reaktion der SPD auf diese Änderungen.

II.2. Der Wandel der Gesellschaft in der Bundesrepublik nach 1945 unter soziologischen Gesichtspunkten und dessen Bedeutung für die SPD

Bevor der Wandel der Gesellschaft treffend untersucht werden kann, bedarf es einer Definition der Begriffe Klasse, Schicht und Milieu. Es wird hierzu die Erklärung von Michael Vester und Heiko Geiling zu Hilfe genommen:

„Es war allerdings Durkheim [...], der die Bezeichnung »Milieu« als zentrales Konzept für gesellschaftliche Akteursgruppen eingeführt hat. Er hat, ähnlich wie Weber, »Milieu« auf der Alltagsebene doppelt, durch sozialen Zusammenhalt bzw. Abgrenzung auf zwei Ebenen, definiert: >objektiv< aufgrund von Beziehungen (Verwandtschaft, territoriale Nachbarschaft oder Berufsgruppe) und >subjektiv< durch die Herausbildung eines gemeinsamen »Korpus moralischer Regeln« und dessen Verinnerlichungen in einem gemeinsamen »Habitus«. Wenn berufliche Milieus nicht nur in einem Verhältnis funktionaler Arbeitsteilung, sondern in einem Herrschaftsverhältnis zueinander stehen, nennt Durkheim sie »Klassen«.“⁴²

⁴¹ Michael Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: Zwischen Integration und Ausgrenzung* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001). S. 394.

⁴² Heiko Geiling und Michael Vester, „Soziales Kapital und Wahlverhalten - Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei.“ in *Die Krise der SPD*. S. 30.

Während also Milieus nach dieser Aussage dadurch gekennzeichnet sind, dass sie neben dem privaten Bereich beruflich auf der Ebene der Hierarchie vertikal angeordnet sind, sind Bevölkerungsgruppen als Klassen anzusehen, wenn eine horizontale Komponente auftritt. Sobald eine Gruppe über eine andere Macht ausüben kann, wird hier die Bezeichnung Klasse gewählt. Es fehlt noch eine Begriffserläuterung der Schicht. Nach Vester wird diese Gruppe folgendermaßen definiert: „Die sozialen Milieus der nach Ständen, Klassen und Schichten gegliederten Gesellschaft haben sich seit Entstehung der Bundesrepublik erheblich verändert. Als festgefügte politische Großgruppen, die sich als kämpfende Lager scharf gegeneinander abgrenzen, bestehen sie nicht mehr.“⁴³ Demnach sind gesellschaftliche Milieus die „historischen Nachfahren der sozialen Klassen, Stände und Schichten.“⁴⁴ Selbst die Milieus können nochmals untergliedert werden: „In den oberen Milieus haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg die Gewichte in mehreren Schüben zu jüngeren und moderneren Milieufractionen verschoben.“⁴⁵

Die Einteilung einer Bevölkerung in Klasse, Schicht und Milieu besteht also aus zwei Komponenten. Die eine betrifft die geschichtliche Einordnung. Je nach zeitlichem Kontext wird eine Bevölkerungsgruppe als Stand oder Schicht bezeichnet. Den Oberbegriff bildet die Bezeichnung Milieu. Die zweite Komponente betrifft die Machtabhängigkeit. Sobald eine Gruppe gesellschaftlich und politisch weniger Macht besitzt als eine andere, wird der Begriff der Klasse angewendet.

Die Technisierung von Arbeitsprozessen machte auch vor der Erwerbsstruktur in der Bundesrepublik nicht Halt. Durch den technischen Fortschritt verschob und verschiebt sich bis heute der Anteil der Berufssektoren. In Deutschland kann folgende Entwicklung beobachtet werden:

„In den fünfziger Jahren ging der Anteil des Agrarsektors am Wirtschaftsleben dreimal schneller zurück als in den gesamten hundert Jahren zuvor. 1950 arbeiteten noch 23 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft; 1985 waren es nunmehr knapp 5 Prozent. Der Anteil der Erwerbstätigen im warenproduzierenden Gewerbe hatte sich in den fünfziger und sechziger Jahren noch einmal von 43 auf 49 Prozent erhöht, fiel dann aber bis Mitte der achtziger Jahre auf 41 Prozent zurück. Kontinuierlich nach oben ging dagegen die Quote im tertiären Sektor, wo der Erwerbstätigenanteil von 33 Prozent im Jahr 1950 auf 54 Prozent im Jahr 1985 anstieg.“⁴⁶

⁴³ Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S. 13.

⁴⁴ Ebd. S. 25.

⁴⁵ Ebd. S. 37.

⁴⁶ Lösche und Walter, *Die SPD*. S. 81.

Dies zeigt, dass der Sektor der Dienstleistungsberufe seit Kriegsende stetig wachsen konnte. Schon Mitte der 1980er Jahre vereinigte der tertiäre Sektor mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer der Bundesrepublik in sich. Und dies hatte laut Franz Walter auch gesellschaftliche Folgen: „Mit der Veränderung in der Erwerbsstruktur wandelte sich die soziale Zusammensetzung der bundesdeutschen Bevölkerung. Beamte und Angestellte stellen seit Ende der achtziger Jahre die absolute Mehrheit der Erwerbstätigen.“⁴⁷ Aufgrund dieser Entwicklungen, die dem Staat durchaus willkommen waren und die er förderte, veränderten sich auch die Rahmenbedingungen für die Parteien in der Bundesrepublik. Da sich die Lebensbedingungen der Wähler veränderten, mussten auch die Parteien (programmatisch) reagieren. Anders ausgedrückt: Wer benötigte noch eine reine Arbeiterpartei, wenn diese Erwerbsgruppe in Deutschland immer kleiner und unbedeutender wurde? Für die Sozialdemokratie stellten sich mit dieser Entwicklung eine Reihe neuer Probleme.

„Im Zuge des Wandels von der Industrie- zur modernen Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft schrumpfte die ursprüngliche soziale Basis der Sozialdemokratie zusammen. Der Arbeiteranteil ging zurück, und das alte sozialdemokratische Milieu verlor an Breite und Bindungskraft. Die wachsende Schicht der Angestellten, öffentlich Bediensteten und im High-Tech- und Kommunikationssektor Tätigen war – anders als früher die Arbeiter – nicht in einem eindeutig prägenden politischen Sozialmilieu beheimatet, sondern in sich heterogen.“⁴⁸

Diese Beschreibung des sozialdemokratischen Wählerpotenzials kann auch allgemein auf alle Parteien in der Bundesrepublik angewendet werden. Bedeutungsgleich sind in diesem Zusammenhang die Begriffe Milieuheterogenität und Individualisierung. Die Bevölkerung hat sich im Laufe der Jahrzehnte immer weiter individualisiert, die Zuordnung einzelner Menschen zu Milieu- oder gar Klassengruppen ist deutlich schwieriger geworden.

Es zeigt sich bei dieser Entwicklung, dass die Bevölkerung, insgesamt gesehen, davon profitiert. Eine Steigerung der Lebensqualität betrifft dies ebenso wie die Verbesserung der finanziellen Mittel der Bevölkerung. Zunächst geschah dieser soziale Aufstieg über das Wachstum des industriellen Sektors.⁴⁹ Dem einher ging eine wachsende Mittelschicht: „Den ersten Aspekt des Strukturwandels kann man als Umschichtung nach oben bezeichnen. Mit dem Wandel zur Dienstleistungsgesell-

⁴⁷ Lösche und Walter, *Die SPD*. S. 81.

⁴⁸ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 373.

⁴⁹ Vgl. Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Mit einem Beitrag von Thomas Meyer*, 6. Aufl. (Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, 2011). S. 164.

schaft [...] schrumpfen die unteren Schichten der manuell Arbeitenden, gleichzeitig dehnen sich mittlere und obere Schichten im tertiären Sektor aus. Diese Umschichtung nach oben „erzwingt“ Aufstiegsmobilität und behindert massenhaften sozialen Abstieg.“⁵⁰ Es ist wichtig hier anzumerken, dass zwar eine Behinderung des sozialen Abstiegs besteht, nicht aber eine Verhinderung. Trotzdem führte die hier beschriebene Umschichtung zu einem Wohlstandsgewinn der Menschen.

Dem Wandel der Arbeitsstruktur folgt aber noch eine weitere Konsequenz. Da die Zahl der Erwerbstätigen im Agrarsektor und die der gering Qualifizierten stetig sanken, „wuchs die Mitte der Facharbeiter und qualifizierten Angestellten. Die Klassengesellschaft »enttraditionalisierte« sich.“⁵¹ Mit der Enttraditionalisierung ging ein Wandel der Milieus einher. Dieser Wandel betrifft nicht nur die Bindungskraft der SPD, sondern auch die aller Parteien. Bei diesem Wandel kommt der Bildungsexpansion eine große Bedeutung zu.

„Die traditionellen Milieu-Strukturen brechen vermehrt auf, der soziale Herkunftskontext bestimmt in abnehmendem Maße die persönliche und berufliche Zukunft, kurzum, das Individuum kann in den postmaterialistischen Gesellschaften des Westens immer selbständiger und differenzierter über seinen Lebensstil und seine Berufswahl entscheiden. Somit gibt es zum einen weniger Arbeiter, die einst die Stammklientel der Sozialdemokratie darstellten, zum anderen lösen sich im Zuge der verstärkten Individualisierung in den Gesellschaften die sozio-kulturellen Milieus, aus denen die Sozialdemokratie vormals breite Unterstützung erhielt, immer weiter auf, beziehungsweise es entstehen neue Milieus, die der Sozialdemokratie weit weniger verbunden sind.“⁵²

Eine freiere Berufswahlmöglichkeit als noch in der Anfangszeit der Bundesrepublik ist nach dieser Aussage ein Grund für die nachlassende Wählerbindung an die Sozialdemokratie. Durch den Zuwachs an höheren Schulabschlüssen sank die Zahl der Arbeiter, welche die Hauptwählerschaft der SPD darstellten. Diese Entwicklung hat aber für die Sozialdemokratie noch einen weiteren Nachteil.

Nicht nur dass die ehemalige Hauptwählerschaft immer weniger existent ist, vom Aufkommen neuer sozialer Gruppierungen profitiert die SPD auch nicht. Es ist deshalb naheliegend, dass die SPD versuchte ihre politische Ausrichtung dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Exemplarisch hierfür steht der später behandelte *Dritte Weg* bzw. die *Neue Mitte*. Oftmals als Verrat an sozialdemokratischen Prinzipien gegeißelt, hatten diese Modernisierungskonzepte durchaus ihre Berechtigung, wie eine Betrachtung der Erwerbstätigenquote im Bereich der Arbeiter zeigt. Durch

⁵⁰Ebd. S. 258.

⁵¹Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S. 72.

⁵²Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 80-81.

eine Einflussvermehrung der Gewerkschaften bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und den Ausbau sozialstaatlicher Prinzipien in der Bundesrepublik, so zum Beispiel die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, die Hinterbliebenenabsicherung im Todesfall oder auch die Ausbildungsförderungszahlung Bafög, näherte sich die Berufsgruppe der Arbeiter immer mehr der besser situierten gesellschaftlichen Mitte an.⁵³ „Die Zusammenhänge der Milieus haben sich nicht aufgelöst, sondern in ihrer Form geöffnet und modernisiert“⁵⁴, kann festgestellt werden. Die Durchlässigkeit, ein Auf- aber auch ein Abstieg in ein anderes Milieu ist leichter möglich geworden.

Mit dieser erhöhten sozialen Mobilität gehen eine Reihe weiterer Konsequenzen einher. Eine betrifft die Selbständigkeit und –bestimmtheit des einzelnen Menschen, wie Anthony Giddens formuliert:

„Die neue Individualisierung hängt also, kurz gesagt, mit der schwindenden Bedeutung von Tradition für unser Leben zusammen, ein Phänomen, das mit den Auswirkungen der in einem weiten Sinne verstandenen, über Markteinflüsse hinausgehenden Globalisierung zu tun hat. Der Wohlfahrtsstaat hat daran mitgewirkt: seine unter dem Zeichen des Kollektivismus geschaffenen Einrichtungen haben den Individuen geholfen, einige Fesseln der Vergangenheit abzustreifen. [...] Der gesellschaftliche Zusammenhalt kann nicht durch staatliche Eingriffe, also von oben, oder die Anrufung der Tradition gewährleistet werden. Wir müssen unser Leben heute aktiver gestalten als frühere Generationen, und wir müssen bewusster Verantwortung für die Folgen unserer Handlungen und der von uns gezählten Lebensformen übernehmen.“⁵⁵

Die Chancen, die ein selbstbestimmteres Leben den Menschen bietet, sind auch mit Pflichten verbunden, so Giddens. Die Rolle des Staates tritt demnach in den Hintergrund. Wie dieser Rückzug des Staates konkret ausgestaltet ist, erwähnt Giddens aber nicht. Es wird aber später gezeigt, dass damit vor allem Ausgaben für den Sozialbereich gemeint sind.

Wie sich die von Giddens beschriebene Individualisierung, anders ausgedrückt die soziale Mobilität, in der Bundesrepublik konkret ausgestaltet hat, zeigt ein genauerer Blick auf folgende Zahlen. Zu Beginn der Bundesrepublik im Jahr 1950 waren noch 24,6% der Erwerbstätigen im primären Sektor, 42,9% im sekundären und 32,5% im tertiären Sektor beschäftigt.⁵⁶ Knapp jeder vierte Arbeitnehmer verdiente seinen Lebensunterhalt in der Land-, Forstwirtschaft oder Fischerei. Die prozentuale größte

⁵³Vgl. Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S.72.

⁵⁴ Ebd. S. 78.

⁵⁵ Giddens, *Der dritte Weg*. S. 49.

⁵⁶Vgl. Statistisches Bundesamt, „Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren.“

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/lrerw13a,templateId=renderPrint.psml>.

Gruppe bildeten die Vertreter des produzierenden Gewerbes, knapp jeder Dritte arbeitete im Dienstleistungssektor. Die Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft, die durchaus noch als agrarisch bezeichnet werden kann, änderte sich im Laufe der Jahrzehnte drastisch.

Jahr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (primärer Sektor) Anteil in %	Produzierendes Gewerbe (sekundärer Sektor) Anteil in %	Übrige Wirtschaftsbereiche, Dienstleistungen (tertiärer Sektor) Anteil in %
1950	24,6	42,9	32,5
1960	13,7	47,9	38,3
1970	8,4	46,5	45,1
1980	5,1	41,1	53,8
1990	3,5	36,6	59,9
2000	1,9	28,7	69,4
2010	1,6	24,5	73,9

Eigene Zusammenstellung nach Statistisches Bundesamt „Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren“

Im Jahr 1960 hatte sich der Anteil der Beschäftigten im primären Sektor fast halbiert, die Verschiebung teilte sich auf den sekundären und tertiären Sektor nahezu gleich auf. Den prozentual größten Anteil stellten die Beschäftigten des sekundären Sektors in der deutschen Geschichte 1965, mit 49,2% arbeitete fast jeder zweite Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe. Ab dem Jahr 1972 hatte sich das Bild jedoch umgekehrt. 45,2% der Beschäftigten im sekundären Sektor standen 47,2% Erwerbstätige im tertiären Sektor gegenüber.⁵⁷ Die folgenden Jahre und Jahrzehnte waren durch einen weiteren Wandel der Erwerbsstruktur in der Bundesrepublik gekennzeichnet. Der Dienstleistungsbereich dehnte sich auf Kosten des produzierenden Bereichs stetig aus. Die aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2010 zeigen ein eindeutiges, dominantes Bild des tertiären Sektors. Fast drei von vier Beschäftigten in der Bundesrepublik arbeiten im tertiären Sektor, der sekundäre Sektor vereinigt nicht mal mehr 25% der Arbeitnehmer. Gleichzeitig ist die Bedeutung des primären Sektors verschwindend gering.

Dies hat neben den privaten Folgen für die Menschen auch politische Konsequenzen, wie Anthony Giddens bemerkt: „Vor nicht mehr als dreißig Jahren waren vierzig bis fünfzig Prozent der Arbeitskräfte in den Industriestaaten als einfache Lohnarbei-

⁵⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt, „Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren.“

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/lrerw13a,templateId=renderPrint.psml>

ter, vor allem im Bereich der industriellen Produktion, beschäftigt. In diesem Sektor arbeiten heutzutage in den meisten Ländern nicht mehr als zwanzig Prozent der Arbeitnehmer und ihr Anteil sinkt weiter. Der Klassenunterschied, ehemals so eng, mit dem Links-Rechts-Schema verbunden, ist dabei, sich aufzulösen.⁵⁸ Neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer folgt aufgrund des Strukturwandels auch ein Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, so Giddens. Eine Machtabhängigkeit einer Erwerbstätigengruppe von einer anderen, so die Definition von Klasse, ist immer weniger gegeben.

Anhand dieser Entwicklung tritt ein Handlungs- und Modernisierungsbedarf für die Sozialdemokratie auf. Da die vorrangige Wähler- und Berufsgruppe der SPD, die Arbeiter im produzierenden Gewerbe, zahlenmäßig immer kleiner wurden, musste sich die Partei neu orientieren, um dem gesellschaftlichen Wandel zu begegnen und nicht zur Klientelpartei zu werden, so eine mögliche Schlussfolgerung, die Franz Walter trifft. „Mit dem Übergang von den industriellen zur stärker tertiär geprägten Gesellschaft verknappte sich die traditionell entscheidende Ressource der Sozialdemokratie: die alt- und großindustrielle Lohnarbeiterklasse.“⁵⁹

Es gibt jedoch auch andere Betrachtungsweisen, welche die Abnahme der Arbeiterschicht für die Sozialdemokraten weniger dramatisch sehen. Entscheidend sei nicht die Klassifizierung der Erwerbstätigenzugehörigkeit in einem bestimmten wirtschaftlichen Sektor, hinzugenommen werden solle auch die Unterscheidung zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft. Wird die Erwerbstätigkeit um diesen Aspekt erweitert, eröffne sich ein neues Bild der Wählerschaft. Merkel bemerkt, dass Angestellte des privaten Sektors eher konservative Parteien, öffentlich Beschäftigte hingegen vermehrt linke Parteien wählen würden.⁶⁰ Eine direkte Korrelation zwischen einer abnehmenden Arbeiterschicht und einer gleichzeitigen weniger werdenden Unterstützung der SPD kann demnach nicht festgestellt werden. Diese These behält ihre Gültigkeit bei einer empirischen Überprüfung. „Auch die Vermutung, dass sich der Rückgang der Arbeiterschicht negativ auf die Sozialdemokratie auswirkt und ein „sozialdemokratisches Wahldilemma“ [...] hervorruft, kann zurückgewiesen werden [...]. Die ‚Klassenabhängigkeit‘ der Sozialdemokratie ist weit geringer, als bis in die

⁵⁸ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 52.

⁵⁹ Walter, *Die SPD*. S. 240.

⁶⁰ Vgl. Wolfgang Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006). S. 81.

70er und 80er Jahre hinein angenommen wurde.⁶¹ Zwar ging der Arbeiteranteil an der Gesamtwählerschaft der SPD genauso deutlich zurück wie in der gesamten Gesellschaft, dieser Verlust konnte jedoch durch einen Anstieg der Angestellten ausgeglichen werden, die für die SPD votierten, so Merkel.⁶²

Betrachtet man diese Veränderungen innerhalb der gesamten Wählerschaft, fällt zunächst nur auf, dass sich die (soziale) Zusammensetzung der Wähler veränderte, es also eine qualitative, nicht aber eine quantitative Verschiebung gegeben hat. Diese qualitative Veränderung resultiert vor allem aus der Abnahme des sekundären Sektors, wie bereits gezeigt wurde. Für die Sozialdemokratie hatte dies eine Auffächerung ihrer Wählerschaft zur Folge: „Die ehemals politisch eindeutig auf sozialdemokratischer Seite zu verortende Schicht der Arbeiter spaltete sich in verschiedene Untergruppen. [...] Diese Entwicklung beschleunigte [...] den Wegfall der traditionellen Klassenmuster mit starken Ausdifferenzierungen vor allem in der so genannten ‚Arbeiterklasse‘.“⁶³ Eine Ausdifferenzierung bedeutet jedoch nicht automatisch den Verlust der Wählerstimmen dieser Berufsgruppe. Politisch betrachtet bringt diese breitere Auffächerung der gesellschaftlichen Gruppen neue soziale Milieus und politische Orientierungen „jenseits der alten Trennlinien von links und rechts“⁶⁴.

Die endgültigen Folgen, welche dieser strukturelle gesellschaftliche Wandel politisch nach sich zieht, können nicht mit allerletzter Bestimmtheit definiert werden. Die Auslegungen und Interpretationen dieser Entwicklung zeigen verschiedene, teils gegenläufige Tendenzen auf. Durch die Verschiebungen im Gesellschaftsgefüge habe sich eine neue Mitte gebildet, die sich dadurch kennzeichnete, dass sie für die Etablierung einer Arbeitnehmergeinschaft in der Bundesrepublik stand. Diese Entwicklung lege den Rückschluss nahe, dass davon die SPD in besonderer Weise profitiere, so die eine Meinung.⁶⁵

Diese These setzt allerdings voraus, dass die SPD, die vorher auf eine Verbesserung von Arbeiterrechten fokussiert war, ihren Schwerpunkt nun auf die Durchsetzung und Verbesserung von Arbeitnehmern legte. Schwierig zu bewerkstelligen ist eine solche Ausweitung des eigenen politischen Profils auch deshalb, da der stetig wachsende tertiäre Sektor eine große Breite von Dienstleistungsberufen in sich ver-

⁶¹ Ebd. S. 82.

⁶² Vgl. ebd. S. 83.

⁶³ Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 62-63.

⁶⁴ Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S. 121.

⁶⁵ Vgl. Walter, *Die SPD*. S. 184.

einigt. Die politischen Forderungen für die Arbeiterklasse ließen sich einfacher generalisieren als die Ansprüche der dienstleistenden Arbeitnehmer zu vereinheitlichen.

Als Beispiel sollen hierzu der Geschäftsführer eines Dienstleistungsunternehmens und ein Angestellter des gleichen Betriebs gelten, die beide zwar dem tertiären Sektor zuzuschreiben sind, deren politischen Forderungen jedoch stark voneinander abweichen könnten. Allgemeiner formuliert: „Eine Tätigkeit in hoch qualifizierten und gut bezahlten Dienstleistungen wird mit einer größeren Distanz zur Sozialdemokratie einhergehen als eine Beschäftigung in den schlechter entlohnten (z.B. Einzelhandel und Gastronomie).“⁶⁶ Die politische Einigung dieser unterschiedlichen Menschen, die dennoch zum gleichen wirtschaftlichen Sektor zu zählen sind, stellt nicht nur die Sozialdemokratie vor große Probleme. Dieser Aspekt des gesellschaftlichen Wandels betrifft nur die berufliche Ebene. Es treten aber auch andere, persönlichere Veränderungen der Wählerschaft auf, die ungünstig für die Sozialdemokratie zu werten sind.

„Aber dann, etwa seit Mitte der sechziger Jahre, vermehrt schließlich während der siebziger Jahre, entfernten sich die Kinder, Enkel und Urenkel dieser Facharbeiterelite peu à peu von den Arbeitermilieus und den Zusammenhängen der überlieferten Solidargemeinschaft. [...] Man besuchte das Gymnasium, kam so im Alltag weniger mit den früheren Freunden aus der Nachbarschaft zusammen, blieb aber hier wohnen. Man studierte und kehrte an den Wochenenden noch zurück ins Heim der Eltern. [...] Doch spätestens mit der eigenen Familiengründung, mit der beruflichen Etablierung wechselten die Wohngegend, die Bezugsgruppen, die Geselligkeitsformen, die Manieren, der Habitus schlechthin. [...] Sie wähten sich noch in der sozialdemokratischen Tradition, in der Solidarität mit den »kleinen Leuten«, aber sie gehörten nicht länger dazu, wurden anders – und das Jahr für Jahr mehr.“⁶⁷

In Kombination mit dem beruflichen Strukturwandel in der Bundesrepublik tritt nach Franz Walter diese Folgeerscheinung mit auf. Nun ist es beinahe unmöglich, diese beschriebene Entwicklung zu generalisieren. Schon die verschiedenen Ansätze der Wahlforschung zeigen, dass mehrere, unterschiedliche Faktoren die Wahl bzw. das Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten Partei bedingen. Die politischen Bindungen, die Walter hier beschreibt, werden durch die Individualisierung jedoch abgeschwächt.

Um die Bedeutung dieser Entwicklung genauer betrachten zu können, bedarf es einer Definition des Begriffs *Individualisierung*, die Wolfgang Merkel folgendermaßen trifft. „Individualisierung heißt, dass Menschen durch den ökonomischen Strukturwandel, einen wachsenden Wohlstand, den Wandel der Beschäftigungsverhältnisse und das steigende Bildungsniveau zunehmend aus den traditionellen Sozialformen

⁶⁶ Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. S. 81.

⁶⁷ Walter, *Vorwärts oder abwärts?* S. 21.

der industriellen Moderne – Klasse, Schicht, Familie, Geschlechterverhältnisse – freigesetzt werden.“⁶⁸ Alte Rollenbilder und Schichtzugehörigkeiten gehören also der Vergangenheit an und sind mit der Individualisierung nicht vereinbar. Neben den auftretenden persönlichen Vorteilen, welche diese Entwicklung ohne Zweifel bietet, so zum Beispiel eine eigenständigere Entscheidung in der Berufswahl, ein größeres wahrzunehmendes Bildungsangebot oder eine freie Wahl der persönlichen Familienform, folgen auch größere Unsicherheiten und Risiken für das einzelne Individuum.

Auf der beruflichen Ebene äußert sich dies durch die sogenannten prekären Beschäftigungsformen. Vollzeitberufsmodelle oder der Verbleib in einem Betrieb bis zum Eintritt ins Rentenalter werden durch andere Varianten ersetzt. „Normarbeitsverhältnisse“ [...] wurden knapper, Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverträge, eine neue Form der Selbständigkeit wurde häufiger. Vor allem fanden sich viele zumindest auf Zeit, manchmal auf lange Zeit ohne Arbeit. Schritt für Schritt veränderten sich die Strukturen des Lebens; der Prozess ist noch ganz unabgeschlossen.“⁶⁹ Diese Entwicklung, teilweise durch die SPD gefördert, insbesondere durch die *Agenda-Reformen*, schaffen neue Unsicherheiten, die vom beruflichen in den privaten Bereich hinein reichen.

Desweiteren betrifft diese Entwicklung auch den politischen Bereich. Auf den ersten Blick paradox erscheint, dass die Individualisierung eine stärkere Rolle des Gemeinwesens, des Staates, notwendig machen kann. Wenn bestimmte Beschäftigungsformen oder eine immer öfter auftretende Arbeitslosigkeit keine Randerscheinung mehr bleiben sondern zur Normalität werden, gewinnen staatliche Transferzahlungen zur (finanziellen) Unterstützung der Betroffenen an Bedeutung. „Die Individualisierung verlangt v.a. eine Überprüfung sozialstaatlicher Strukturen und Politikinstrumente, während der Wertewandel neue wahlstrategische Fragen aufwirft.“⁷⁰

Einen weiteren Risikofaktor stellt die durch die Individualisierung geförderte zunehmende soziale Mobilität, auch nach unten, dar. Zwar ist der soziale Aufstieg einfacher geworden, der Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen etwa ist erleichtert worden, auch für bildungsfernere Schichten. Mit diesem positiven Effekt geht jedoch auch eine negative Begleiterscheinung einher. So „diagnostiziert das [Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einem Bericht aus dem Jahr 2008] eine »schrumpfen-

⁶⁸ Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. S. 85.

⁶⁹ Dahrendorf, *Ein neuer Dritter Weg?* S. 13.

⁷⁰ Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. S.85.

de Mittelschicht«[.] Das Schichtgefüge ruht nicht in mehr in sich selbst, in einer statussicheren Arbeitnehmerschicht⁷¹. Eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, eine Begleiterscheinung des ökonomischen Wandels und damit der Individualisierung, beinhaltet das Risiko des sozialen Abstiegs.

Da diese Flexibilisierung nicht nur auf der staatlichen Ebene auftritt, sondern unter dem Stichwort der Globalisierung Nationalstaaten weltweit in wirtschaftlichen Konkurrenzkampf treten, betritt ein einzelner Staat eine größer gewordene Fläche mit mehr Konkurrenten. Eine Antwort von nationalen Regierungen auf diese verschärften Bedingungen ist schwierig zu geben, insbesondere dann, wenn es sozialdemokratische Regierungen sind, schreibt Matthias Sachs: „Den sozialdemokratischen Regierungen bleibe keine andere Wahl, als im internationalen Wettbewerb durch Steuersenkungen, Reduzierung der Kosten von Arbeit und mit Hilfe von Optimierungen der Renditebedingungen für Kapitalanlegern zu versuchen, Investitionen ins Land zu holen und wirtschaftliches Wachstum zu generieren.“⁷² In Deutschland hat die SPD diese Bemerkungen zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung nahezu deckungsgleich übernommen. So wurde die Unternehmenssteuer genauso gesenkt wie der Spitzensteuersatz und die Lohnnebenkosten, spekulative Finanzgeschäfte wurden erleichtert.

Es lässt sich zusammenfassen, dass sich die deutsche Gesellschaft grundlegend gewandelt hat. Von einem von der Berufsstruktur her gesehen landwirtschaftlich orientierten Staat, wurde die Bundesrepublik zu einer Industrienation. Jedoch wandelte auch diese Struktur sich weiter, aus dem Industriestandort Deutschland wurde in der jüngeren Vergangenheit ein Dienstleistungsstandort. Ein Zukunftsausblick ist schwierig zu treffen, möglich ist jedoch eine Weiterentwicklung der Strukturveränderung, die in den 1980er Jahren auftrat. „Die achtziger Jahre sind geprägt durch das Wachstum der sozialpflegerischen Berufe und Gesundheitsberufe [...], der technischen Intelligenzberufe [...] sowie der Rechts-, Ordnungs- und Sicherheitsberufe, Stagnierende bzw. leicht ansteigende Beschäftigtenzahlen finden sich bei den Büro- und Verwaltungsberufen.“⁷³

Dass die Verschiebungen innerhalb des tertiären Sektors weiter vorangetrieben werden, scheint durch den demografischen Wandel durchaus im Bereich des Mögli-

⁷¹ Horst Peter und Michael Vester, „Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das »neoliberale Modell Deutschland« der SPD-Führung in der Krise.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, (Berlin; Münster: Lit, op. 2009). S. 344-345.

⁷² Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 73.

⁷³ Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S.198.

chen. Weil die Menschen immer älter werden, kann ein erhöhter Bedarf an Pflegekräften notwendig werden. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich, dass die Mobilität zwischen den drei Sektoren größer wird. Eine ähnliche Wanderung vom primären in den sekundären Sektor, wie in der Anfangszeit der Bundesrepublik, oder eine ähnliche Verschiebung vom sekundären in den tertiären Sektor wie ab Mitte der 1960er Jahre geschehen, wird sich aufgrund einer voranschreitenden Technisierung nicht wiederholen. Erwartbar ist es aber, dass der Dienstleistungssektor weiter wachsen wird. Hierbei spielen auch politische Entscheidungen eine Rolle, wie zum Beispiel eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Kurz wurde auf die soziale Bedeutung des wirtschaftlichen Wandels hingewiesen. Dass sich die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes negativ auf Arbeitnehmer auswirken kann, wird ein Bestandteil des nächsten Kapitels sein.

II.3. Der Anstieg des Lebensniveaus in Deutschland, die fortschreitende soziale Ungleichheit in der Bevölkerung

Wenn von Lebensniveaustieg oder –abstieg die Rede ist, so treten mehrere Faktoren auf, die zu dieser Bestimmung notwendig sind. Neben dem Vorhandensein einer gut funktionierenden Infrastruktur zählt auch eine flächendeckende Gesundheitsversorgung oder ein breites kulturelles Angebot zu den Bestimmungsinstrumenten, wenn von einem Anstieg ausgegangen wird. Gegenteilig verhält es sich mit einer Abnahme der Lebensqualität.

In der vorliegenden Untersuchung liegt der Schwerpunkt jedoch auf den finanziellen Mitteln, die der Bevölkerung zu Verfügung standen und stehen. Es wird analysiert, wie sich die Einkommensverteilung im Laufe der Jahrzehnte verändert hat. Auch dies trägt zur Lebensqualität einen nicht unerheblichen Teil bei. Allgemein betrachtet lässt sich feststellen: „[Das] Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung [stieg] in den vier Jahrzehnten zwischen 1950 und 1989 real um mehr als das Vierfache an. Es „explodierte“ in diesem Zeitraum in Preisen von 1989 von gut 4.400 auf fast 18.400 €.“⁷⁴ Jedoch bedeutet dies noch keine qualitative Aussage. Denn sie sagt nur, dass das Pro-Kopf-Einkommen kumuliert gestiegen ist, nichts über die Verteilung auf die einzelnen Menschen. Geißler ergänzt aber, dass von dem Wohlstandswachstum auch die wirtschaftlich schwachen Schichten profitiert hätten.⁷⁵ Durch den Ausbau des so-

⁷⁴ Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*. S. 69.

⁷⁵ Vgl. ebd. S. 71.

zialen Sicherungsnetzes, unter anderem auch durch die Schaffung und Erweiterung des Kündigungsschutzes, wurden auch soziale und wirtschaftlich schwächere Schichten materiell abgesichert. „Die Mehrheit der Arbeiter rückte in die Standards der Mitte auf. So schwanden die Merkmale der früheren »Proletariat«, d.h. der unsicheren Beschäftigung, der sozialen Rechtslosigkeit und der geringen Fach- und Bildungsstandards. Sogar die »Unterschicht« von gering Qualifizierten gelangte erstmals in sichere Arbeitsplätze, wenn auch noch in hoch belastenden Tätigkeiten.“⁷⁶ Dies kann als Verbesserung des Lebensniveaus gewertet werden. Auch wenn noch immer Tätigkeiten vorhanden waren, die für den menschlichen Organismus belastend waren, zum Beispiel Berufe im Bergbau, so stieg doch die Sicherheit für den Arbeitnehmer durch einen gegebenen Rechtsanspruch oder einen verbesserten Kündigungsschutz.

Auch die Einkommensverteilung näherte sich an, wenn auch in sehr langsamen Tempo. „Hatte das wohlhabendste Fünftel 1950 ein mehr als achtmal so hohes Einkommen zur Verfügung wie das am wenigsten begüterte, so reduzierte sich dieser Abstand bis Ende der achtziger Jahre auf >nur< noch 1: 5,4.“⁷⁷ Diese Zahlen suggerieren ein Bild von einer sich homogenisierenden Einkommens- und Reichtumsverteilung in der Bundesrepublik. Die Realität jedoch gestaltet sich differenzierter aus. Einer Besserstellung von sozial schwächeren Schichten folgte eine Verschärfung der sozialen Spaltung. Diese zunächst widersprüchliche These lässt sich empirisch auch belegen.

Die Zunahme der sozialen Ungleichheit ist kein neues Phänomen, schon mit Beginn der Bundesrepublik wurde sie sichtbar. Die Zeit Ludwig Erhards als Wirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler ist eng mit dem Begriff des Wirtschaftswunders verknüpft. Diese Epoche sorgte zwar für einen rasanten Wiederaufbau der Bundesrepublik nach Kriegsende und deren Etablierung als Industrienation, die wirtschaftsfreundliche Politik schuf aber auch die Voraussetzungen für soziale Ungerechtigkeiten. Reiche würden immer reicher und Arme immer ärmer werden, so der Vorwurf der parlamentarischen Opposition.⁷⁸ Doch auch in der Zeit als die SPD den Bundeskanzler stellte, vergrößerte sich die Schere zwischen arm und reich. „Statistiken [...] zeigen, dass die Zahl der Haushalte mit hohem und höchstem Einkommen erheblich

⁷⁶ Horst Peter und Michael Vester, „Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das »neoliberale Modell Deutschland« der SPD-Führung in der Krise.“ in *Die Krise der SPD*. S. 343.

⁷⁷ Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S. 403.

⁷⁸ Vgl. Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 200.

zugenommen hat und dass sich immer mehr Familien immer weiter vom Durchschnitt entfernen. So hat sich der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen über 5.000 € [...] zwischen 1972 (1,2%) und 2003 (12,4%) etwa verzehnfacht. Die Wohlhabenden und Reichen in der Bundesrepublik sind also immer zahlreicher und gleichzeitig immer wohlhabender und reicher geworden. Die Reichen werden immer reicher – diese Tendenz lässt sich also durchaus belegen.“⁷⁹ Zwar kann aus diesen Zahlen abgelesen werden, dass der Wohlstand insgesamt gewachsen ist, was eine Angleichung der Lebensverhältnisse bedeuten würde. Gleichzeitig aber zeigt der Hinweis auf die zunehmende Entfernung der Familien vom Durchschnittseinkommen, dass die finanziell besser gestellte Gruppe diesen Vorsprung weiter ausbauen konnte.

Dies kann für eine demokratisch verfasste Gesellschaft zum Problem werden. Denn wenn diese „Ungleichheit in großem Maßstab aufweist, werden Unzufriedenheit und Konflikte wahrscheinlich stark zunehmen“⁸⁰. Desweiteren kann Ungleichheit dazu führen, „den gesellschaftlichen Zusammenhalt [zu] gefährden und sozial unerwünschte Konsequenzen haben“⁸¹. Dass dies nicht nur theoretisch denkbar, sondern auch empirisch möglich ist, belegen die sozialen Unruhen in den Vororten von Paris aus dem Jahre 2009 oder die Plünderungen in Großbritannien im Jahr 2011. Beide Vorfälle waren auf ein soziales Ungleichgewicht in den jeweiligen Bevölkerungen begründet.⁸²

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik sowie die politische Steuerung der Regierungen haben ein soziales Auseinanderdriften der Bevölkerung mit begünstigt. Dabei wird die Wechselseitigkeit zwischen finanziellem Besitz und der Verwirklichung der individuellen Lebenschancen deutlich. „Die Wohlstandsexplosion hat die sozialen Ungleichheiten in der Bundesrepublik nicht beseitigt. Es existieren [...] erhebliche Unterschiede in Einkommen und Besitz sowie den damit verbundenen Lebenschancen.“⁸³

Es soll jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Regierungen der Bundesrepublik diese Entwicklungen ignorierten oder gar förderten. Die von Ludwig Er-

⁷⁹ Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*. S. 82.

⁸⁰ Giddens, *Der dritte Weg*. S. 55.

⁸¹ Ebd. S. 55.

⁸² Vgl. *Berliner Morgenpost*, „Gewaltbereitschaft: Friedrich sieht keine Gefahr für soziale Unruhen.“, <http://www.morgenpost.de/politik/inland/article1728127/Friedrich-sieht-keine-Gefahr-fuer-soziale-Unruhen.html>.

⁸³ Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*. S. 78.

hard entwickelte soziale Marktwirtschaft versuchte, Ungleichheit schaffende Tendenzen in der Bundesrepublik abzumildern. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft war unter anderem durch ein progressives Steuersystem genauso gekennzeichnet wie durch staatliche Transferzahlungen. Ziel dieser Umverteilungsmaßnahmen war und ist es, die sozial Schwächeren durch eine finanzielle Umschichtung zu Lasten der finanziell Potenteren zu stärken. Diese Vorgehensweise stellte sich aber als nur bedingt erfolgreich heraus:

„Das soziale Netz verhinderte zwar, dass Menschen der Verelendung preisgegeben waren [...] und ein großer Teil der Bevölkerung lebte, verglichen mit anderen Nationen im Wohlstand. Doch die Unterschiede im Einkommen und im Lebensstandard der verschiedenen Gruppen in der Bundesrepublik waren immer noch krass, so dass soziale Gerechtigkeit ein fernes Ideal blieb. Dies konnte von benachteiligten Gruppen hingenommen werden solange sie mit stetigem Wirtschaftswachstum rechneten und hofften, im Laufe der Zeit an ihm teilhaben zu können. Aber mit dem Absinken der wirtschaftlichen Zuwachsraten und dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit klaffte die Schere in der Verteilung der materiellen Güter wieder weiter auseinander. Menschen, deren Arbeitsplätze und Einkünfte durch die wirtschaftliche Entwicklung vernichtet oder gefährdet wurden – und dazu gehörten nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch selbständige Handwerker, mittelständische Geschäftsinhaber und Unternehmer, Angehörige freier Berufe, kleine Landwirte –, empfanden ihre Lebenslage besonders angesichts des Umstands als bedrückend, das eine, und zwar stark anwachsende Gruppe von diesen Risiken nicht betroffen war: die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes, insbesondere die Beamten. Deren Privilegien wurden durch die sozialliberale Koalition noch erweitert. Das machte viel böses Blut in der Bevölkerung und schürte das Misstrauen gegen „die da oben“, die einander Vorteile zuschanzten.“⁸⁴

Die Merkmale der sozialen Gerechtigkeit, eine Angleichung der Gehälter und der damit verbundene Anstieg des Lebensniveaus, wurden in Deutschland nicht erreicht. Vielmehr verstärkte die Ausweitung des Staatsapparats durch die Schaffung neuer Stellen im Beamtenwesen und im Öffentlichen Dienst die aufkommenden Einkommensdisparitäten. Etwas negativer formuliert: Der Staat, repräsentiert durch die Koalition aus SPD und FDP, subventionierte auf Kosten der Steuerzahler den Einkommens- und Wohlstandszuwachs seiner Bediensteten. Auch der Zuwachs an Wirtschaftskraft führte nicht zu einer größeren Teilhabe der nicht im Staatswesen arbeitenden Bevölkerung, wie die Jahre nach 1984 belegen. „Doch das effektivste Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen, nämlich Wirtschaftswachstum, löst die Probleme nicht von alleine. Zwischen 1984 und 1994 verzeichneten die Länder der EU durchschnittliche Wachstumsraten von 2,3 Prozent, der reale Zuwachs an Arbeitsplätzen war aber zu vernachlässigen.“⁸⁵ Ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum

⁸⁴ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 276-277.

⁸⁵ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 88.

und dem Aufkommen neuer Stellen in der freien Wirtschaft ist demnach nicht zwangsläufig gegeben. Genauso wenig führt allgemeines Wirtschaftswachstum zu Wohlstandsvermehrung der gesamten Bevölkerung.

Den zentralen Faktor der sozialen Ungleichheit stellt Arbeitslosigkeit dar. Mit einem Verlust des Berufs geht auch ein Verlust des Einkommens einher, die materielle Absicherung ist stark gefährdet. Michael Vester stellt fest, dass das Arbeitsloskeitsrisiko in den 1970er Jahren vor allem jene Gruppen betraf, die strukturbedingt benachteiligt waren. Die nach der Ölkrise aufkommende Massenarbeitslosigkeit, die mit dem Jahr 1973 begann, erfasste vor allem „geringqualifizierten Milieus, die Frauen, die Alten, die Jungen und die Ausländer (deren Zuwanderung gestoppt wurde), also Gruppen, die ohnehin unterproportional am Wirtschaftswachstum teilhatten“⁸⁶. Deutschland erlebte die erste tiefe Rezession zu einer Zeit, als Sozialdemokraten den Regierungschef stellen konnten. Diesen wirtschaftlichen Abschwung und vor allem die daraus resultierenden Folgen kommentiert Franz Walter in dramatischer, etwas überspitzter Weise:

„Nun begann das Ende der Sozialdemokratie, wie man sie zwischen 1870 und 1970 ein Jahrhundert lang gekannt hatte. [...] Ein Teil der sozialdemokratischen Arbeitnehmerschaft, sollte das heißen, fuhr eine Etage höher. Indes: Der Fahrstuhl ging auch nach unten. Diejenigen, die in den sechziger Jahren gesellschaftlich im Parterre angekommen waren, landeten nun – in den Jahren 1973ff. – wieder und aussichtsloser denn jemals zuvor im 20. Jahrhundert, im sozialen Souterrain. Die einen also stiegen auf, die andern sanken ab. Die nie ganz kohärent vereinheitlichte sozialdemokratische Arbeitnehmerorientierung zerbrach nun gründlich, auch wenn es noch eine beträchtliche Zeit dauerte, bis beide Gruppen – die Emporkömmlinge hier, die Zurückgebliebenen dort – die Folgen des Integrations- und Spreizungsprozesses ohne jede Selbsttäuschung wahrnahmen. Fortan war es vorbei mit dem, was man lange als sozialdemokratisches Milieu oder sozialdemokratische Solidargemeinschaft bezeichnet hatte.“⁸⁷

Es werden hier beachtenswerte Beobachtungen aufgezeigt, die verschiedene Interpretationen erlauben. Der SPD wird die mangelnde Fähigkeit vorgeworfen, ihre heterogene Wählerschaft einen zu können. Die Partei habe es nicht geschafft, die aufkommenden sozialen Ungleichheiten zu beseitigen, mit denen sich ihre Wähler konfrontiert sahen. Indirekt spricht Walter der Sozialdemokratie damit den Status der Volkspartei ab. Dadurch sei es zu einer Teilung des vorher bestehenden sozialdemokratischen Milieus gekommen. Blickt man auf den Zeitraum von 1973 bis in die frühen 1980er Jahre, kann diese Aussage durchaus ihre Berechtigung finden. Es ist

⁸⁶ Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S. 84.

⁸⁷ Walter, *Vorwärts oder abwärts?* S. 19-20.

denkbar, dass sich ein Teil dieses abgespaltenen sozialdemokratischen Elektorats der Umweltbewegung anschloss, die letztendlich in der Gründung der Partei *Die Grünen* mündete. Diese grüne Partei, die neben der Umwelt- auch einen großen Teil der Friedensbewegung an sich binden konnte, stellte einen ernsthaften Konkurrenten der SPD dar.

Fortan hatten die Sozialdemokraten nicht nur mit CDU, CSU und FDP um die Macht zu ringen, ein weiterer ernstzunehmender Vertreter des linken Spektrums war auf dem besten Wege, eine neue politische Kraft in der Bundesrepublik zu werden. Das Aufkommen dieser neuen linken Milieupartei und die Gründe hierfür werden im übernächsten Kapitel genauer behandelt. Es bleibt festzuhalten, dass Walter mit dem Beginn der Rezession und deren Folgen indirekt das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters feststellt.

Neben der Rezession waren weitere Begleiterscheinungen vorhanden, welche die Ungleichheiten in der deutschen Bevölkerung verstärkten. Eine davon betrifft die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Diese kommt mit steigendem Tempo seit den 1980er Jahren auf. „Die Zeitregime der »Normalbiographie« wie auch der »Normalarbeitszeit« werden seltener. Sie verschwinden zwar nicht. Aber neben sie treten zunehmend entstandardisierte und deregulierte Zeitverhältnisse. [...] Dies vergrößert die vertikale Ungleichheit zwischen sicheren und unsicheren, rechtlich deregulierten Berufspositionen und Soziallagen.“⁸⁸ Aus dieser Entwicklung folgte de facto eine Hierarchisierung von Arbeitsplätzen. Sogenannte Normalarbeitsverhältnisse waren besser bezahlt und räumten den Beschäftigten mehr Rechte ein, die neu aufgekommenen Beschäftigungsmodelle schufen eine größere Unsicherheit und schränkten den Arbeitnehmer ein. Die weiter steigende Arbeitslosigkeit auf drei Millionen sorgte zudem für eine verschärfte Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt. Die Folge war, dass nicht mehr nur sozial benachteiligte Schichten eine zumindest temporäre Arbeitslosigkeit erlebten, sondern auch immer mehr Mitglieder der gesellschaftlichen Mitte, wie Facharbeiter oder Fachangestellte, ihre Beschäftigung verloren.⁸⁹ Doch nicht nur der Anstieg der Arbeitslosigkeit verschärfte den sozialen Unfrieden in der Bundesrepublik:

„1981 gingen 8.500 Firmen in Konkurs. 1983 kletterte die Arbeitslosigkeit über die Zweimillionengrenze. Die Staatsverschuldung war bedrohlich angewachsen, die Investitionsquote der deutschen Volkswirtschaft dagegen bedrohlich zurückgegangen.

⁸⁸ Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S. 84-85.

⁸⁹ Vgl. ebd. S. 85.

Aus den Schulen und Universitäten kamen die Jahrgänge des »Babybooms« und fanden nicht die erwünschte Anstellung, vor allem nicht mehr im öffentlichen Dienst. Die jungen Menschen standen auf der Straße, sie schlossen sich außerparlamentarischen Protestbewegungen an, fürchteten sich vor Umweltkatastrophen und dem großen atomaren Krieg. Apokalyptische Szenarien wurden in dieser Endphase der sozialliberalen Koalition an die Wand gemalt.⁹⁰

Dies blieb keine zeitlich begrenzte Erscheinung in Deutschland. Nach der Wiedervereinigung verschärften sich die bisher existenten Probleme noch weiter:

„ [Es] entsteht eine Teilung in vier Lagen:

- *18,5 Prozent nehmen nicht mehr am Wohlstand teil*, sie liegen an oder unter der Armutsgrenze (60 Prozent des mittleren Einkommens). Zu unterscheiden sind die zwei Teilgruppen. *8,4 Prozent leben in verfestigter Armut* (mit nur 43,1 Prozent d. m. E.). Diese Armutsschicht ist nach 1990 stetig gewachsen. Sie entstehen nicht aus Absteigern aller Schichten. Vielmehr besteht ein »stabiler Zusammenhang zwischen Armut und Klassenzugehörigkeit«: die Absteiger entstammen überwiegend der Schicht der gering qualifizierten Arbeitnehmer, wobei die Gruppen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Familien mit mehr als zwei Kindern besonders betroffen sind. – *Weitere 10,1 Prozent, leben in Prekarität*, sie liegen, mit 60,9 Prozent d.m.E., direkt an der Armutsgrenze, unter die sie immer wieder sinken.

- *9,5 Prozent sind temporär oder partiell Arme*. Mit ca. 68 Prozent d.m.E. liegen sie knapp über der Armutsgrenze. Zu ihnen wie zur den »Prekären« gehören auch Menschen mit guter Fachausbildung, die in die auf 38 Prozent der Beschäftigten gewachsenen Sektoren »atypischer Arbeitsverhältnisse«, also Niedriglohn, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit usw., abgedrängt sind-

- *26,1 Prozent leben in instabilem Wohlstand* (80,9 Prozent d.m.E.). Die Gruppe hat kontinuierlich und etwa in dem Maße abgenommen, wie die verfestigte Armut zunahm.

- *Nur noch 45,9 Prozent leben in eher dauerhaft gesichertem Wohlstand*, mit 131,8 Prozent des mittleren Einkommens.⁹¹

Diese Zahlen zeigen, dass die soziale Ungleichheit in der bundesdeutschen Bevölkerung rapide gestiegen ist. Über die Hälfte der Arbeitenden verdient weniger als das gemittelte Einkommen, fast jeder zehnte lebt in einer existenzbedrohenden Armut. Ausgeweitet hat sich auch das Armutsrisiko für Menschen mit gehobenem Bildungsabschluss oder einer Fachausbildung, das Risiko des sozialen Abstiegs betrifft nicht mehr nur gering Qualifizierte. Die Folge: „Immer mehr Gruppen sind vielfältigen Formen der sozialen Ungleichheit und Unsicherheit ausgesetzt.“⁹²

Die eingangs aufgestellte These, Reiche würden immer reicher und Arme immer ärmer, besitzt nicht nur für die 1950er und 60er Jahre ihre Gültigkeit. Auch in den folgenden Jahren und bis heute ist dieser Trend zu beobachten. Die Konzentration von finanziellem Vermögen auf immer weniger Menschen nimmt weiter zu. „[Das] reichste Fünftel [verfügt] über 65% des Gesamtvermögens [...] und [hat] im Durch-

⁹⁰ Walter, *Die SPD*. S. 213.

⁹¹ Horst Peter und Michael Vester, „Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das »neoliberale Modell Deutschland« der SPD-Führung in der Krise.“ in *Die Krise der SPD*. S. 344.

⁹² Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. S. 136.

schnitt gut das Siebenfache an Vermögen angehäuft [...] wie das mittlere Fünftel, das in etwa den Bevölkerungsdurchschnitt repräsentiert. Die untere Hälfte der Bevölkerung hatte keine echte Chance auf Vermögensbildung, bei ihr waren 2003 lediglich 4,4% des Vermögens hängen geblieben [...], und das ärmste Fünftel steht nicht nur ohne Besitz da, sondern mit einer Minusbilanz: seine durchschnittlichen Schulden sind höher als sein Vermögen.“⁹³ Gerade hier wird deutlich, dass durchaus von einem hohen Aufkommen sozialer Ungerechtigkeit und ungleicher Einkommensverteilung in der Bundesrepublik gesprochen werden kann. Wenn 20% der Bevölkerung über 65% des Gesamtvermögens besitzen, gleichzeitig aber weitere 20% höhere Schulden als finanzielle Rücklagen aufweisen, belegt dies eine deutliche Spreizung der Schere zwischen arm und reich.

Auffällig ist bei der Betrachtung des Anstiegs der Einkommens- und Vermögensdisparitäten, dass es zweitrangig war welche Parteien an der Regierung beteiligt waren. Die soziale Ungleichheit hat sich stetig weiter entwickelt, mal in schnellerem, mal in langsamerem Tempo. Im Zentrum der Untersuchung liegt aber die Beteiligung der sozialdemokratischen Partei am Voranschreiten der sozialen Ungleichheit. Für die letzte Zeit, als die SPD den Kanzler stellte, kann folgende Beobachtung getroffen werden:

„Niemals im 20. Jahrhundert hat sich in einer solchen Geschwindigkeit die soziale Ungleichheit, also die Diskrepanz zwischen den Einkommensverhältnissen oben und unten, so forciert wie in den sozialdemokratischen Regierungsjahren seit 1999. [...] Die Anzahl derjenigen, die man als working poor bezeichnet, hatte sich in den Schröder-Jahren verdoppelt. Die neuen Jobs, welche man den Agenda-Reformen zuschrieb, bestanden in der Hauptsache aus Mini-Jobs, unfreiwilligen Teilzeit- und Kurzarbeitsplätzen. Etliche Hunderttausende, die auf diese Weise prekär beschäftigt waren, bezogen zugleich Hartz IV, weil die Entlohnung für ihre Erwerbstätigkeit zum Leben nicht reichte.“⁹⁴

Die Behauptung, das sozialdemokratische Zeitalter sei mit Beginn der 1970er Jahre vergangen, erhält hier weitere argumentative Unterstützung. Und selbst der aktuelle SPD-Bundesvorsitzende räumt eine steigende soziale Ungleichheit während der letzten sozialdemokratischen Bundesregierung ein. „Die soziale Polarisierung sei massiv vorangeschritten, die Armut habe sich erheblich ausgeweitet; die Reallöhne im unteren Viertel seien markant zurückgegangen, die Segmentierung der Gesellschaft habe erschreckend zugenommen. Wohlgermerkt: Der frühere niedersächsische Ministerpräsident und gegenwärtige SPD-Chef [Sigmar Gabriel] charakterisierte damit ganz

⁹³ Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*. S. 88-89.

⁹⁴ Walter, *Vorwärts oder abwärts?* S. 88-89.

explizit die letzten zehn Jahre der deutsche Republik – die Dekade also, da Sozialdemokraten oberste politische Verantwortung trugen, mithin die regierende Partei des »Neofeudalismus« waren.⁹⁵

Die vorgebrachten Thesen können darauf schließen lassen, dass die SPD eine in weiten Teilen wirtschaftsfreundliche Politik betrieben hat und deshalb den sozialen Wandel negativ verstärkte. Bisher wurde jedoch nur aufgezeigt, dass und nicht wie die Partei dies begleitet und ermöglichte. Es wurde auch nicht die Frage der Ursache beantwortet. Dies soll in den folgenden beiden Kapiteln behandelt werden. Es wird versucht, herauszustellen, welche Umstände dazu führten, dass die ehemalige marxistische Arbeiterpartei zur Partei der gesellschaftlichen Mitte avancierte.

II.4. Das Ende der Ideologien? Der Wandel von der marxistischen Arbeiterpartei zur Volkspartei im Kontext des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik

Es ist empirisch schwer zu messen, ob in einer Bevölkerung eine Zu- oder Abnahme von ideologischen Einstellungen auftreten. Auch ist die Frage der Ursache schwierig lokalisierbar. Ändern Parteien ihre Programmatiken aufgrund des ideologischen Wandels ihrer Wählerschaft oder umgekehrt? Sind die Wähler der Ausgangspunkt einer Zu- oder Abnahme von einer stark oder schwach ideologieausgerichteten Politik oder liegt die Initiative bei den Parteien?

Norberto Bobbio grenzt den Begriff der (politischen) Ideologie genauer ein. Er bemerkt, dass Ideologien auch heute noch in der Politik vorhanden seien.

„Dazu kommt, dass die Begriffe ›links‹ und ›rechts‹ ja nicht nur auf Ideologien verweisen. Sie lediglich als Ausdruck politischen Denkens verkürzt aufzufassen, wäre eine unangemessene Vereinfachung: sie bezeichnen gegensätzliche Programme angesichts vieler Probleme, deren Lösung gemeinhin der politischen Tätigkeit zukommt, Gegensätze nicht nur von Ideen, sondern auch von Interessen und Wertungen über die Richtung, die der Gesellschaft gegeben werden soll[...].

Zweitens wird behauptet, dass in einer immer komplexeren politischen Ordnung wie die der großen Gesellschaften[...]die allzu klare Trennung zwischen zwei gegensätzlichen Parteien immer unangemessener, die axiale Sicht der Politik immer unzureichender wird. Kurz ausgedrückt: es wird der Einwand erhoben, dass man sich in einem Pluriversum wie das der großen demokratischen Gesellschaften, in denen zahlreiche sowohl konvergierende wie divergierende Gruppen eine Rolle spielen und die vielfältigsten Kombinationen untereinander zulassen, die Fragen nicht mehr in antithetischer Form stellen kann, als aut-aut oder rechts und links oder: ist es nicht rechts, dann ist es eben links und umgekehrt.“⁹⁶

⁹⁵ Walter, *Vorwärts oder abwärts?* S. 94.

⁹⁶ Bobbio, *Rechts und Links*. S. 13-15.

Nach dieser Aussage liegt der Ausgangspunkt von Ideologien bei den Parteien. Ideologien sind demnach Richtungsvorschläge, welche die Gesellschaft einschlagen kann. Konkret ausgestaltet wird dies in den Programmen der Parteien. Die Auswahl der Ideologie, die von der Gesellschaft, genauer gesagt der Wählerschaft, präferiert wird, schlägt sich in Wahlergebnissen nieder. Dies ließ sich auch bei der SPD beobachten. „Zweifellos hat die Annahme des Godesberger Programms viel [...] zu einem Wandel des Erscheinungsbildes der SPD in der Öffentlichkeit beigetragen. Damit war eine Voraussetzung geschaffen, das von ihr angestrebte Ziel erreichen zu können: eine von verschiedenen Schichten wählbare „Volkspartei“ zu werden.“⁹⁷ Durch die Reduzierung der marxistischen Ideologie öffnete sich die Partei auch für andere Wählerschichten. Wahrnehmbar war dies auch in der politischen Praxis in der Oppositionsrolle unter der Kanzlerschaft Adenauers. Durch die Anerkennung der Westbindung der Bundesrepublik zum Beispiel näherte sich die SPD an die CDU, auch aber an die FDP an.⁹⁸ Durch den Erfolg der CDU, die sich weit weniger ideologisch positionierte als die Sozialdemokraten und das schlechte Abschneiden bei Wahlen reformierte sich die SPD grundlegend. „Der Wandel der SPD in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren war also ebenso gründlich wie umfassend: Die Sozialdemokraten reformierten ihre Organisationsstruktur, sie hoben einen Medienkandidaten auf den Schild, und mit »Godesberg« machten sie darüber hinaus auch programmatisch deutlich, dass für sie die Zeit von Marxismus und Klassenkampf, von kühnen Sozialisierungspostulaten und starren sozialistischen Endzielen vorbei war.“⁹⁹ Anders ausgedrückt lässt sich diese Entwicklung folgendermaßen zusammenfassen: Die in ihrer marxistischen Tradition verhaftete Arbeiterpartei wandelte sich von innen heraus im demokratischen Umfeld zu einer Partei, die im Parteiensystem die Wähler links der politischen Mitte ansprach. Durch den bewussten Verzicht auf marxistische Rhetorik erweiterte sie ihren Einflussbereich und legte so den Grundstein zur Etablierung als Volkspartei.

Jedoch war nicht nur die Neuorientierung der Partei allein ausschlaggebend für den Wandel hin zur Volkspartei. Auch die Entwicklung der deutschen Gesellschaft, die sich bessernden ökonomischen Bedingungen sowie der steigende Wohlstand, trugen zur gewandelten Rolle der SPD auf Bundesebene bei. Die Änderung der Berufsstruk-

⁹⁷ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 212.

⁹⁸ Vgl. ebd. S. 216.

⁹⁹ Walter, *Die SPD*. S. 152.

tur in der Bevölkerung manifestierte sich auch bei der Wählerzusammensetzung der Sozialdemokraten. „Das Schichtungsprofil der sozialdemokratischen Wählerschaft hat sich [...] in den letzten Jahrzehnten deutlich gewandelt. Der Rückgang des Arbeiteranteils in der Gesellschaft hat das Profil der Sozialdemokratie deutlich von dem einer Arbeiter- hin zu dem einer Angestelltenpartei verschoben.“¹⁰⁰ Dieser Wandel der Berufs- und Wählerstrukturstruktur kann mit der Modernisierungstheorie erklärt werden. Demnach haben sich Klassen und Schichten nicht aufgelöst, sondern feiner aufgegliedert. Dadurch seien sie pluraler und dynamischer geworden.¹⁰¹ Dem Wandel der SPD ging der Wandel der Erwerbsstruktur voraus. Allgemeiner formuliert bedeutet dies: „Der Durchbruch der Tertiärisierung zog gewissermaßen einen Schlussstrich unter eine hundert Jahre dauernde Periode der Sozialdemokratie als Partei der gewerblichen Arbeiterklasse.“¹⁰² Diese zunächst für eine Arbeiterpartei ungünstig erscheinende Entwicklung konnte jedoch in einen Vorteil umgewandelt werden. „Die Klassenstruktur ist nicht verschwunden, aber sie hat sich seit den sechziger Jahren auf allen Etagen zu »modernen Klassenfraktionen« [...] verschoben. Oben, bei den Erwerbsgruppen mit Hochschul- und Fachschulabschluss, sind die Humandienstleistungen und Technische Expertenberufe auf mehr als 20 Prozent gewachsen. [...] Sie wählen eher rot-grün.“¹⁰³ Diese Tendenz ist eine Erklärung für die Etablierung der SPD als Volkspartei. Die wachsende Zahl der Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen in der Bundesrepublik wählt eher die SPD oder Bündnis 90/Die Grünen. Da gleichzeitig die einfacheren Bildungsabschlüsse abnehmen, vergrößert sich so das mögliche Wählerpotenzial der beiden Parteien.

Der Beginn dieser Entwicklung liegt in den 1960er Jahren, nach der Verabschiedung des Programmes von Bad Godesberg. Neben der programmatischen Öffnung der SPD kamen noch weitere Faktoren hinzu, die den Ausweitungprozess der Partei begünstigten:

„Die entscheidende Bewegung aber im parteipolitischen Machtgefüge am Bonner Regierungssitz löste der politische Optionswechsel bei den „white-collar“-Wählergruppen nach 1966 aus. Bis dahin hatten die Angestellten und Beamten ganz überwiegend mit den christlichen und liberalen Parteien sympathisiert, die bei den Bundestagswahlen 1961 beispielsweise gut zwei Drittel der Wähler aus den Dienstleistungsberufen hinter sich gebracht hatten. [...] Dass die Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt, als die Christdemokraten ihren wirtschaftspolitischen Offenbarungseid

¹⁰⁰ Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. S. 83.

¹⁰¹ Vgl. Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*. S. 117.

¹⁰² Lösche und Walter, *Die SPD*. S. 82.

¹⁰³ Horst Peter und Michael Vester, „Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das »neoliberale Modell Deutschland« der SPD-Führung in der Krise.“ in *Die Krise der SPD*. S. 342.

leisten mussten, an der Regierung beteiligt waren und mit Karl Schiller einen Wirtschaftsminister stellten, der eine pragmatische moderne Alternative zum Erhardschen Wirtschaftsliberalismus mit intellektueller Bravour vertrat und durchsetzte, hat ihnen den Weg zur Volkspartei und zur Regierungsführung eher gebahnt als alle programmatischen Manöver und kommerziellen Wahlkampftechniken zuvor und danach. Der Schlüssel zur Regierungsfähigkeit lag und liegt für die Parteien in der Bundesrepublik im Bereich der wirtschaftspolitischen Kompetenz. [...] Dadurch rückten in dieser Zeit der Großen Koalition die Arbeitnehmer mit dem weißen Kragen wahlpolitisch an die Arbeiterschaft heran. Bei den Bundestagswahlen 1969 erzielte die SPD erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in der Gruppe der Angestellten und Beamten einen höheren Stimmenanteil als die Unionsparteien.¹⁰⁴

Die Juniorpartnerschaft an der Bundesregierung, die Schwäche des Koalitionspartners und das Vorhandensein einer wirtschaftspolitischen Alternative in Person des Wirtschaftsministers Schiller schufen Raum für eine weitere Akzeptanz und Wählbarkeit der SPD. Die begonnene theoretisch-programmatische Öffnung wurde durch die Umsetzung in politische Praxis bestätigt und erweitert. Hinzu kam, dass die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit der SPD mehr nutzte als der CDU. Auch die allmähliche Aufweichung des klassischen Familienbildes, wonach der Mann allein berufstätig war und die Frau sich zu Hause um Familie und Haushalt kümmerte, stellte eine der politischen Forderungen der SPD seit den 1960er Jahren dar.¹⁰⁵ Dieser gesellschaftliche Trend, der konservativen Ideen zuwiderlief, verstärkte den Rückhalt der SPD in der Wählerschaft der Bundesrepublik.

Doch nicht nur die Zusammensetzung der Wähler verschob sich, auch die Mitgliederstruktur der SPD-Mitglieder zeichnete den Gesellschaftswandel nach. Von 1960 bis in die frühen 1970er Jahre halbierte sich der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Mitglieder auf weniger als ein Drittel. Im gleichen Zeitraum wuchs die Gruppe der Angestellten und Beamten von 21,2% auf 34%. Auch die Berufsgruppe der Selbständigen konnte ihren Anteil innerhalb der Partei vergrößern.¹⁰⁶ Diese Tendenzen zeigen, dass das Werben um die Neue Mitte nicht erst in den 1990er Jahren begann. Die gesellschaftliche Mitte war schon seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts die hauptsächliche Wähler- und Mitgliederfraktion der Sozialdemokraten. Für diese These spricht auch der Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt. „Die Sozialdemokratie musste sich in der Mitte behaupten, wenn sie weiter regieren wollte. Der Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt stellte dafür [...] die Weichen. Auf diesem Weg setzte Helmut Schmidt nun als Bundeskanzler die Wegmarken. Er regierte als

¹⁰⁴ Lösche und Walter, *Die SPD*. S. 92-93.

¹⁰⁵ Vgl. Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 228.

¹⁰⁶ Vgl. ebd. S. 238-239.

Kanzler einer sozialliberalen Koalition mit Realismus und Nüchternheit und band Wähler aus der Mitte ein.“¹⁰⁷ Dem Visionär Willy Brandt war der pragmatisch orientierte Helmut Schmidt ins Kanzleramt gefolgt, der mit seinem pragmatisch orientierten Politikstil die politische Mitte besser ansprechen konnte als Brandt.

Das Wählerpotenzial, das die SPD aufnehmen konnte, schaffte jedoch auch in dieser Zeit schon Raum für alternative Wählerschichten links der politischen Mitte. Aufgrund mangelnder Alternativen fanden diese Gruppen ihre politische Heimat zunächst in der SPD. Die Entwicklung von Teilen der deutschen Bevölkerung deutete auf die Etablierung neuerer, linkskritischer Milieus hin. Dies lag auch daran, dass die etablierten Parteien Themen wie dem Umweltschutz keine große politische Bedeutung zuschrieben. Die Annäherung an die Mitte und die damit verbundene Übernahme konservativer Grundsätze vergrößerte die Distanz der SPD zur linken Wählerschaft. Exemplarisch für diese These kann die Aussage Gerhards Schröders stehen, „dass es keine linke oder rechte, sondern nur eine ‚moderne und unmoderne‘ Wirtschaftspolitik gebe“¹⁰⁸. Mit ihrer programmatischen Öffnung konnte die SPD seit 1960 neue Wählergruppen ansprechen und erreichen. Gleichzeitig konnte die Partei zu dieser Zeit politisches Personal anbieten, das die Gesellschaft von ihrer Politik überzeugte. Diese Umstände ebneten der Sozialdemokratie den Weg zur Volkspartei. Im Zuge dieser Annäherung an die Mitte und durch das Auftreten weiterer Ereignisse kamen jedoch vermehrt politische Gruppierungen auf, die mit der SPD in Konkurrenz treten sollten. Die Untersuchung dieser Umstände und die Herausbildung neuer politischer Milieus ist Gegenstand des nächsten Kapitels.

II.5. Die Etablierung eines neuen grünen Denkens in der Bundesrepublik: Neue linkskritische Milieus als Konkurrenz der SPD

Zunächst ist jedoch anzumerken, dass die Herausbildung neuer politischer Milieus (nicht nur) in der Bundesrepublik schwierig ist, da diese relativ stabil sind. „Empirische Studien zeigen, dass sich die gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der sozialen Akteure nach wie vor entlang relativ stabiler ideologischer Konfliktlinien in politische Lager aufteilen, die zum Teil auf eine lange historische Tradition zurück-

¹⁰⁷ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 241.

¹⁰⁸ Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 76-77.

gehen und gewisse Schwerpunkte in den Milieus aufweisen[.]“¹⁰⁹ Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Wanderung innerhalb dieser politischen Milieus ausgeschlossen ist. Es ist möglich, dass sich innerhalb dieser politischen Lager Untergruppierungen bilden, die schließlich in verschiedenen Parteien münden, welche jedoch einem gleichen ideologischen Lager zuzuordnen sind.

Es kann die These aufgestellt werden, dass sich die deutsche Gesellschaft nach 1945 laufend verändert hat. Diese Änderung betrifft unter anderem eine Verschiebung von Präferenzen. Nachdem sich die Demokratie als Staatsform immer weiter festigte und die materielle Versorgung der Bevölkerung besser wurde, kamen andere Forderungen auf die politische Agenda. Dem Überlebenskampf der Nachkriegszeit folgte das Verlangen nach der Emanzipation der Frau, eine stärkere (materielle) Angleichung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung oder eine verstärkte Etablierung direktdemokratischer Elemente. Wolfgang Merkel bezeichnet diese Veränderungen als Wertewandel und schließt zwei mögliche Folgen aus dieser Entwicklung: „Über den Einfluss des Wertewandels auf die Wahl sozialdemokratischer Parteien können zwei konkurrierende Thesen formuliert werden: Zum einen kann man vermuten, dass postmaterielle Werte der Gleichheit, der Gleichberechtigung und der politischen Partizipation eher `links` sind und die Wahl entsprechender Parteien begünstigen. Dies kann aber auch dazu führen, dass die Sozialdemokratie Wählerstimmen an neu entstandene Parteien (linkslibertäre und grüne Parteien) verliert.“¹¹⁰ Beobachtbar waren beide Entwicklungen. Wie bereits gezeigt wurde, erlebte die SPD seit den 1960er Jahren einen Aufschwung an Akzeptanz in der Bevölkerung, der sich auch in Wahlergebnissen niederschlug. Spätestens mit der Gründung der Partei *Die Grünen* jedoch wurde deutlich, dass sich die Verschiebung der Präferenzen in der Bevölkerung in neuen Parteien jenseits der Sozialdemokratie niederschlug.

Der Beginn des zunehmenden Partizipationsanspruchs in der Bevölkerung kann mit dem Aufkommen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) gleichgesetzt werden. Politisches Handeln stützte sich nicht mehr auf „den klassischen Haupttrennungslinien „Konfession und Klasse“, sondern aus der neuen Trennungslinie persönlicher Betroffenheit [...]. Folgen dieser Entwicklung waren beispielsweise die so-

¹⁰⁹ Stephan Meise, „... wozu die Sozialdemokratie eigentlich verpflichtet wäre« - Verprellte Mitglieder, Parteaustritte und die Vertrauenskrise der SPD.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 113-158 (Berlin; Münster: Lit, op. 2009). S. 120-121.

¹¹⁰ Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. S. 87.

nannte Friedensbewegung, die Frauenbewegung oder die Dritte-Welt-Bewegung.“¹¹¹ Diese neu aufkommende Form persönlicher Betroffenheit kann auch als Individualisierung von Politik aufgefasst werden. Die Verwirklichung der eigenen Persönlichkeit gewann zunehmend an Bedeutung und damit auch das Aufkommen von politischen Bewegungen, die diese Tendenzen unterstützten.

Die auftretende Individualisierung wurde auch bei den Sozialdemokraten spürbar. Die Mobilisierung von Parteimitgliedern und externen Unterstützern bei Wahlkämpfen wurde schwächer. Dies kann jedoch nicht mit einer steigenden Politikverdrossenheit erklärt werden, vielmehr wandten sich Menschen mit politischem und sozialem Engagement Bürgerinitiativen zu.¹¹² Es verschob sich die klassische politische Partizipationsmöglichkeit, weg vom Eintreten für eine bestimmte Partei hin zu themenbezogenen Initiativen.

Zwar verursachte die SPD diese Entwicklung nicht allein, sie begünstigte aber die Etablierung neuer politischer Einflussmöglichkeiten. Als die Partei in den 1970er Jahren in Regierungsverantwortung stand, äußerte sie klare Positionsbekundungen. „Noch in den 1970er Jahren waren Forderungen von Umweltbewegungen von sozialdemokratischen Ministern mit dem Hinweis zurückgewiesen worden, durch Umweltschutzmaßnahmen würden Arbeitsplätze gefährdet.“¹¹³ Die Chance, dass auch im Umweltbereich Arbeitsplätze entstehen konnten, wurde von Seiten der Sozialdemokraten nicht wahrgenommen. Dieses politische Vakuum fand Ausdruck in neuen politischen Initiativen. Besondere Bedeutung kam der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu, welche die SPD bejahte. Die Ökologiebewegung lehnte dies ab, und der Einfluss dieser Gruppierung weitete sich auch auf Wahlen aus. Die SPD konnte der Forderung nach einer Abkehr der Kernenergie jedoch nicht einfach so folgen, da sonst deren Anhänger, die für die Atomenergie eintraten, der SPD womöglich ihre Zustimmung versagt hätten.¹¹⁴ Trotz der Uneinigkeit in der Frage der Kernenergienutzung schöpfte die grüne Bewegung ihre Stimmen „hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, aus dem Wählerpotenzial der SPD, was z.B. bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (1979) den Ausschlag für einen hauchdünnen Wahlsieg der CDU gab“¹¹⁵

¹¹¹ Emil-Peter Müller, *Das Berliner Programm der SPD* (Köln: Deutscher Instituts-Verlag, 1990). S. 31.

¹¹² Vgl. Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 253.

¹¹³ Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 142.

¹¹⁴ Vgl. Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 255-256.

¹¹⁵ Vgl. ebd. S. 255-256.

Die nachhaltige Etablierung einer umweltpolitischen Kraft ließ die Sozialdemokraten allmählich umdenken. Die neue grüne Konkurrenz wurde zunehmend als bedrohlich empfunden, was sich auch in den Programmdebatten der Sozialdemokratie zeigte: „Sehr wohl eine Bedeutung für die Programmdebatte hatte jedoch das Erstarren der Grünen als politische Konkurrenz im linken Lager, sowie das zeitgleiche Aufkommen linkslibertärer, postmaterialistischer Positionen. Mitte der achtziger Jahre vertrat eine große Anzahl von Sozialdemokraten die Auffassung, dass es [...] einer Ökologisierung der Güterproduktion und des Konsumverhaltens bedürfe.“¹¹⁶ Es wurde versucht, die sich neu entwickelnden linken Gesellschaftsmilieus in die SPD einzubinden. Dieser Versuch brachte nicht den erhofften Erfolg, da die SPD eine umweltbezogener Politik nicht einheitlich vertrat. Die Partei stellte sich inhaltlich zu heterogen auf, um der Umweltbewegung eine glaubwürdige Plattform zu bieten. „Die SPD steckte in der Ökologiefrage in einem Zwiespalt. [...] Den technischen Fortschritt hatte die Sozialdemokratie stets bejaht; Maschinenstürmerei war der deutschen Arbeiterbewegung fremd. Die friedliche Nutzung der Atomenergie galt der SPD lange als eine großartige Chance für eine Entwicklung zum Wohlstand und zu höheren Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen.“¹¹⁷ Die SPD verstand es nicht, die Festlegung auf andere alternative Energieformen mit ihrem bisherigen Politik- und Menschenbild sinnvoll zu verknüpfen.

Nicht nur die Umwelt-, auch die neu aufkommende Friedensbewegung veränderte das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung. „Der Widerstand gegen die westliche Nachrüstung mit Pershing II-Raketen begann sich zu formieren.“¹¹⁸ Auch hier zeigte die Sozialdemokratie kein einheitliches Bild. Große Teile der SPD sympathisierten unübersehbar mit der Friedensbewegung.¹¹⁹ „Der Dissens zeigte sich dramatisch anlässlich einer Friedensdemonstration in Bonn am 10. Oktober 1981, an der rund 250 000 Menschen teilnahmen, darunter viele Sozialdemokraten. Auch Mitglieder der SPD- und der FDP-Fraktion solidarisierten sich mit den Demonstranten. Helmut Schmidt sah in dieser Massenkundgebung eine Opposition gegen seine eigene Politik und war entschieden dagegen, dass Sozialdemokraten dabei auftraten.“¹²⁰ Damit verbunden war eine Abspaltung der Sozialdemokratie, vor allem jüngere Bürger de-

¹¹⁶ Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 163.

¹¹⁷ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 278.

¹¹⁸ Ebd. S. 261.

¹¹⁹ Vgl. ebd. S. 261.

¹²⁰ Ebd. S. 261.

monstrierten für mehr Umweltschutz. „Nicht nur die Friedensbewegung, sondern auch die Umweltschutz- und Alternativbewegungen sowie verschieden Bürgerinitiativen und Protestaktionen [...] zogen Teile der SPD und vor allem junge Menschen an, die früher zum Wählerpotenzial der SPD gehört hatten.“¹²¹

Aus einer Protestbewegung gegen eine umweltunfreundliche und Aufrüstungspolitik war ein neues stabiles Milieu geworden, das weiter anwachsen konnte. Die Charakterisierung und Wählerwanderung dieses neuen linkskritischen Milieus lässt sich wie folgt darstellen:

„Im gesellschaftlichen Raum vertreten in der kulturell und ökonomisch privilegierten oberen Mitte und höher die Grünen das Bildungsbürgertum und die Avantgardemilieus. Ihr politisches Spektrum umfasst postmaterialistische, radikaldemokratische und kosmopolitische Werte, vertreten von modernen Freiberuflern, gehobenen akademischen Angestellten der Wissens- und Kulturberufe, die vormals der SPD nahe standen und heute als Vertreter des rot-grünen Projekts gelten. [...] Zwischen Grünen und Linken findet praktisch kein Austausch statt. Im gesellschaftlichen Raum darunter steht die SPD, die mittlere, aber auch ökonomisch prekäre Milieus der Gesellschaft vertritt. Die Anteile der Facharbeiter und der einfachen und qualifizierten Angestellten in den arbeitnehmerisch geprägten Milieus der SPD sind überdurchschnittlich hoch. [...] Neben den solidarischen Grundüberzeugungen sind in den sozialdemokratisch geprägten Milieus mehr und mehr auch skeptisch-distanzierte Einstellungen anzutreffen, die sich in Wahlenthaltung und Protestwahl ausdrücken.“¹²²

Das rot-grüne Milieu vertritt demnach ein breites Spektrum der Gesellschaft. Während die SPD untere und mittlere Milieuangehörige politisch vertritt, ist das Klientel der Grünen in den (materiell ausgestatteten) höheren Gesellschaftsschichten zu finden. Hierdurch kann die dauerhafte Etablierung der Grünen erklärt werden. Durch eine immer weiter zunehmende Ausweitung höherer Bildungsabschlüsse wächst auch die potenzielle Wählerbasis der Partei, denn gehobene Bildungsabschlüsse gehen mit einer größeren Ausstattung an finanziellen und materiellen Mitteln einher. Es hat sich nicht nur das klassische sozialdemokratische Milieu gewandelt, auch die Wählerschaft der Grünen ist von einer jungen Protestgruppe zu einer prozentual stark vertretenen Gesellschaftsschicht übergegangen.

II.6. Zusammenfassung der Ergebnisse

Nach Kriegsende positionierte sich die SPD als marxistische Alternative im parlamentarischen System der Bundesrepublik. Durch den ausbleibenden Erfolg änderte

¹²¹ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 263.

¹²² Daniel Gardemin und Heiko Geiling, „Bundestagswahl 2009: Die SPD gegen das eigene politische Lager.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 351-366 (Berlin; Münster: Lit, op. 2009). S. 357-358.

sie ihre Politikauffassung und öffnete sich demokratischen Prinzipien und damit einer breiteren Wählerschaft. Nach dieser programmatischen Öffnung konnte die Sozialdemokratie Regierungsverantwortung übernehmen, was auch mit den innergesellschaftlichen Veränderungen zusammenhing. Der Technisierung im wirtschaftlichen Bereich folgte die Tertiärisierung der deutschen Arbeitsgesellschaft. Der größere Fokus auf die neue Arbeitnehmergeinschaft brachte der SPD den Status der Volkspartei ein.

Ralf Dahrendorf fasst diese Entwicklung folgendermaßen zusammen: „Vorsichtige Korrekturen am Marktgeschehen verbunden mit einer das Wachstum nicht beeinträchtigenden Umverteilung, in diesem Sinne staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik war der Kern der erfolgreichen Reformpolitik. Man darf sie mit Fug sozialdemokratisch nennen. Sie war in der Tat der Inbegriff jenes säkularen Prozesses, der mich veranlasst hat, von einem sozialdemokratischen Jahrhundert zu sprechen.“¹²³ In diesem sozialdemokratischen Zeitalter passte sich die Partei ihren Wählern immer weiter an. Die Unterstellung eines Verrats an klassisch sozialdemokratischen Prinzipien kann der SPD dabei zwar gemacht werden, bei näherer Betrachtungsweise verliert eine solche Beschuldigung jedoch ihre Gültigkeit. Denn ideologische „Immobilität würde sozialdemokratische Parteien in einer sich wandelnden Gesellschaft mittel- und langfristig tatsächlich in einen unaufhaltsamen Niedergang führen“¹²⁴. Dies scheint deshalb schlüssig, da ein Festhalten an der Durchsetzung von Arbeiterpositionen wenig sinnvoll erscheint, wenn der Arbeiteranteil in der Gruppe der Erwerbstätigen kontinuierlich abnimmt, wie in der Bundesrepublik geschehen. Es wurde so der Weg geebnet weg von einer Arbeiterpartei hin zu einer Kraft der neuen, gemäßigt gesellschaftlichen linken Mitte.¹²⁵

Weil die Partei es im Laufe ihres Modernisierungszuges verpasste neue, inhaltlich zum Teil nahe stehende, aber dennoch unterschiedliche politische Gruppierungen an sich zu binden, schaffte sie Raum für neue Bewegungen, die schließlich in einer neuen umweltbewussten Partei mündeten. Ähnlich wie die Partei eine Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich auch aktiv in Regierungsverantwortung begleitete und förderte, ermöglichte sie auch die Etablierung eines neuen politischen Milieus.

¹²³ Dahrendorf, *Ein neuer Dritter Weg?* S. 10.

¹²⁴ Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie.* S. 92.

¹²⁵ Vgl. Walter, *Vorwärts oder abwärts?* S.111.

Jedoch stellt diese negative Betrachtungsweise nur eine Seite der Medaille dar. Die SPD trug auch dazu bei, dass der Wohlstand in der deutschen Gesellschaft wachsen konnte und immer mehr junge Menschen einen höheren Bildungsabschluss erreichten. Auch darf die außenpolitische Komponente nicht vergessen werden. Durch die Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts näherten sich die Bundesrepublik und die sozialistisch verfasste UdSSR an, der Grundstein für die deutsche Wiedervereinigung wurde so gelegt.

Die sich ausweitende Globalisierung stellte auch die Sozialdemokratie vor neue Probleme und Herausforderungen. Das alte Sozialstaatsmodell der Bundesrepublik schien reformbedürftig, die (finanzielle) Rolle des Staates musste zurückgefahren werden, so die Meinung führender Theoretiker einer modernisierten Sozialdemokratie, unter ihnen Anthony Giddens. Bevor diese Theorie genauer untersucht wird folgen zuerst ein Vergleich der Programmatik der SPD und die Untersuchung des Wandels der Grundsätze in den Parteiprogrammen.

III. Ende des sozialdemokratischen Zeitalters? Die Programmatik der SPD im Wandel seit 1959. Vom Godesberger Programm 1959 zum Hamburger Programm 2007

Mit ihrer programmatischen Öffnung erweiterte die SPD ihr politisches Handlungsspektrum und sprach neue Wählerschichten an. In besonderer Weise steht hierfür das Programm von Bad Godesberg, mit dem sich die Partei offiziell zur freien Marktwirtschaft bekannte und einer Planwirtschaft sowjetischen Vorbilds eine klare Absage erteilte.

Trotzdem kann die Feststellung getroffen werden, dass die SPD im Laufe der deutschen Geschichte strukturell immer als Volkspartei Nummer zwei hinter der CDU rangierte, die Union also günstigere Voraussetzungen vorfinden konnte und kann als die Sozialdemokraten. In der Konsequenz bedeutet dies: „Die SPD vermag daher nur dann Wahlerfolge zu erringen, wenn sie ihre Stammklientel voll mobilisiert und darüber hinaus in erheblichem Umfang Wechselwähler von den Unionsparteien gewinnt.“¹²⁶ Zwar hat sich die Sozialdemokratie in Deutschland durch die Öffnung ihres

¹²⁶ Richard Stöss und Oskar Niedermayer, „Zwischen Anpassung und Profilierung: Die SPD an der Schwelle zum neuen Jahrhundert.“. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 5 (Bundeszentrale für politische Bildung, 2000). Online unter: http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=IGLNJP&page=0.

Programms der Union prozentual angenähert, auf Augenhöhe befindet sie sich jedoch nicht. Die Gründe für diesen politischen Wettbewerbsvorteil der CDU liegen laut Stöss und Niedermayer in den Erwartungen, denen die SPD gegenüber steht. Demnach erwarten die Wähler von der SPD hohe Reformaktivitäten im sozioökonomischen Bereich, die sie aufgrund sinkender Einflussmöglichkeiten der Politik immer weniger erfüllen könne.¹²⁷ Im Folgenden wird untersucht, wie die SPD programmatisch auf diese Reformerwartungen reagiert hat.

III.1. Von der marxistischen Rand- zur Volkspartei: Das Programm von Bad Godesberg 1959

Nicht nur das mäßige Abschneiden bei den Bundestagswahlen machte die Dringlichkeit für ein neues Grundsatzprogramm der SPD deutlich. Das Vorgängerpapier des Godesberger Programms hatte mehr als 30 Jahre und zwei unterschiedliche Staatsformen hinter sich. Es entstand 1925 und trug den Namen Heidelberger Programm.¹²⁸ Das stark marxistisch ausgerichtete Programm traf nicht mehr den Zeitgeist und die Realität der neuen Bundesrepublik.

Das 1959 auf einem Parteitag verabschiedete Godesberger Programm kann durchaus als Meilenstein sozialdemokratischer Geschichte bezeichnet werden. In diesem reformierten Grundsatzpapier lehnte die SPD den Kommunismus als Ziel der Staatsform endgültig ab und forderte stattdessen den *demokratischen Sozialismus*. Mit Berücksichtigung der sozialdemokratischen Grundsätze *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität* wurde das Verhältnis zur Religion neu definiert. Der Glaube an Gott und die Institution Kirche wurden nicht mehr als das Opium des Volkes bezeichnet, wie Karl Marx dies tat.¹²⁹

Im Bereich der Wirtschaft wurde die Abgrenzung zum Kommunismus deutlich herausgestellt. „Die grundlegenden Veränderungen, die die deutsche Sozialdemokratie mit Verabschiedung ihres Godesberger Programms 1959 dokumentierte, bezogen sich auf die Tolerierung privaten Produktionsmitteleigentums, auf das Zugeständnis, zentraler wirtschaftlicher Planung, sprich: marktwirtschaftlicher Elemente sowie auf die Neudefinition des Sozialismus als einer „dauernden Aufgabe“.“¹³⁰ Die Vorstufe

¹²⁷ Vgl. ebd.

¹²⁸ Vgl. Susanne Miller, „Die Aktualität von Godesberg: Erinnerungen an die radikalste Programmreform der SPD.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 5 (2003). S. 10

¹²⁹ Vgl. Münkel, „*Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität*“. S. 219ff.

¹³⁰ Müller, *Das Berliner Programm der SPD*. S. 48.

des Kommunismus, der gewaltsame Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, der von Marx und Lenin gebrauchte Begriff des Sozialismus, wurde von der Sozialdemokratie durch den demokratischen Sozialismus abgelöst. Diese Modifizierung kann als unglücklich bezeichnet werden, da die Abgrenzung zum gewaltsamen Sozialismus, der auf der Überwindung der Klassengesellschaft beruhte, nicht deutlich genug erfolgte. Die von der SPD geforderte demokratische Alternative bedeutete die freie Entfaltung des Menschen und nicht die –zur Not auch mit Waffengewalt durchgesetzte- Enteignung des Besitzbürgertums und die Konzentration von (Produktions-) Eigentum in Staatshand.

Das Bekenntnis zur Demokratie wurde im Godesberger Programm explizit herausgestellt: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Regierung jederzeit dem Parlament verantwortlich und sich bewusst ist, dass sie ständig seines Vertrauens bedarf.“¹³¹ Der Kommunismus wurde nicht mehr als endgültiges Staatsziel angesehen, der modifizierte *demokratische Sozialismus* hingegen wurde als eine dauerhaft erstrebenswerte, jedoch sich wandeln könnende Konstruktion begriffen: „For instance, the idea that socialism should no longer be defined as an end-state, that is as a post-capitalist society, had been pioneered by the SPD as early 1959 (the Bad Godesberg Programme).“¹³²

Die Abgrenzung zum Kommunismus wurde auch bei einem anderen Aspekt auf subtilere Weise deutlich. „Christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie werden als Wurzeln der Sozialdemokratie in Europa genannt. Dies ist zugleich ein wortloser Abschied von Karl Marx, dessen Name, Einfluss oder Theorien an keiner Stelle im [...] Godesberger Dokument genannt werden.“¹³³ Der Verzicht auf die Stützung der eigenen Argumente durch die Theorie von Marx und die gleichzeitige Berufung auf philosophische und christliche Werte nahmen der SPD das Dogma einer klassenkämpferischen Organisation. Auch wenn die Abkehr von den Lehren von Karl Marx nicht explizit im Programm genannt wurde, so grenzte die Partei sich doch direkt vom real praktizierten Sozialismus ab: „Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen,

¹³¹ Münkel, „*Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität*“. S. 222.

¹³² Donald Sassoon, „European Social Democracy and New Labour: Unity in diversity?“ in *The new social democracy*, hrsg. von Andrew Gamble und Anthony Wright, S. 19-36 (Oxford: Blackwell Publishers, 1999). S. 21.

¹³³ Miller, „Die Aktualität von Godesberg“. S. 11.

während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.“¹³⁴ Anders ausgedrückt kann hier gesagt werden, dass die Sozialdemokratie mit dem Godesberger Programm den Sozialismus neu erfand und definierte. Der wahre, der demokratische Sozialismus, würde den Menschen im demokratischen System endgültig aufgehen lassen, während der Sozialismus kommunistischer Gangart die Menschen unterdrücke, um einen – gemessen an der Größe des Volkes – kleinen Parteiführungszirkel ungerecht zu bevorteilen.

Auch wurde der Verstaatlichung von Wirtschaftsbetrieben eine Absage erteilt, womit die SPD weiter auf Distanz zum Kommunismus ging. „Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher. [...] Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik.“¹³⁵ Diese Bändigung von konzentrierter wirtschaftlicher Macht kann mit der Verhinderung von Kartellbildung gleichgesetzt werden. Dieses Markenzeichen kommunistischer geplanter Wirtschaftspolitik, die Überführung von Wirtschaftsunternehmen in staatliche Hand, anders ausgedrückt eine staatliche Kartellbildung, wurde von der SPD abgelehnt. Diese Ablehnung inkludierte aber auch die Kartellbildung in der privaten freien Marktwirtschaft.

Im Zentrum des Wirtschaftsverständnisses des Godesberger Programms stand der einzelne Mensch als letztes, aber entscheidendes Glied der Gesellschaft. Weiter heißt es: „Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit Großunternehmen bestehen können.“¹³⁶ Eine Zusammenballung wirtschaftlicher Macht sollte so verhindert werden, da es den einzelnen Menschen als Konsumenten benachteiligen würde. Um dies zu erreichen, forderte die SPD eine dezentrale Ordnung des Gemeineigentums.¹³⁷

Die bisher aufgestellten Forderungen könnten auch von einer liberalen Partei abgefasst und vertreten werden, (typische) sozialdemokratische Element fanden sich jedoch auch im Godesberger Programm, so zum Beispiel der starke Fokus im Bereich

¹³⁴ Münkel, *„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“*. S. 220-221.

¹³⁵ Ebd. S. 225.

¹³⁶ Ebd. S. 225.

¹³⁷ Vgl. Münkel, *„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“*. S. 226.

der Sozial- und Umverteilungspolitik. „Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewussten Einkommens- und Vermögenspolitik.“¹³⁸ Desweiteren wollte die SPD „Lebensbedingungen schaffen, unter denen alle Menschen in freier EntschlieÙung aus steigendem Einkommen eigenes Vermögen bilden“¹³⁹ konnten.

Es lässt sich zusammenfassen, dass sich die SPD durch das Godesberger Grundsatzzprogramm „von der ideologischen Vorherrschaft marxistischer Klassenanalyse gelöst“¹⁴⁰ hatte. „Im wirtschaftspolitischen Teil wurde eine umfassende Sozialisierung und Planwirtschaft abgelehnt sowie eine Wirtschaftspolitik entworfen, die dem auf Karl Schiller zurückgehenden Grundsatz *Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig* entsprach. [...] So markierte das *Godesberger Programm* nach langem Vorlauf die endgültige programmatische Öffnung der SPD zur Volkspartei.“¹⁴¹ Es kann gesagt werden, dass das neue, modernisierte Grundsatzzpapier das Fundament für die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Jahr 1969 legte. Auch wenn andere Faktoren die Wahl Brandts begünstigten, so zum Beispiel sein positives Erscheinen als Außenminister in der großen Koalition, schuf das Programm die Voraussetzungen für eine erhöhte Wählbarkeit der SPD in der Bundesrepublik.

III.2. Die „ergrünte“ SPD: Abkehr von der Atomkraft und neue Wirtschaftsformen im Berliner Programm 1989

Vor der Untersuchung des Berliner Programms muss angemerkt werden, dass ein geschichtlicher Moment die Erarbeitung und Veröffentlichung des Papiers überschattete, der (nicht nur) die Sozialdemokraten überraschte. Das Programm entstand in einer Zeit, als die Wiedervereinigung Deutschlands und der Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Systems noch nicht absehbar waren. Das Grundsatzzprogramm wurde deshalb nur für Westdeutschland erarbeitet.

Es wurde versucht, in Anlehnung an das Programm von Bad Godesberg Kontinuität zu bewahren. Die grundsätzliche Anerkennung der freien Marktwirtschaft und die Ablehnung von sozialistischer Gewaltherrschaft wurden beibehalten. Neu hinzu kamen jedoch aufkommende politische Bereiche wie die Ökologie, der Umgang mit ei-

¹³⁸ Ebd. S. 226.

¹³⁹ Ebd. S. 227.

¹⁴⁰ Müller, *Das Berliner Programm der SPD*. S. 13.

¹⁴¹ Münkel, *„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“*. S. 31.

ner sich weiter ändernden postmateriellen Gesellschaft oder die voranschreitende Emanzipation der Frau. Einen weiteren zentralen Stellenwert hatten die sich ändernde Arbeits- und Wirtschaftswelt.¹⁴² Die Schwerpunkte und Neuerungen, auch im europäischen Vergleich, hat Anthony Giddens zusammengefasst:

„Die vielleicht wichtigsten Debatten fanden in Deutschland statt. Wie anderswo galt es auch hier, auf die Konjunktur marktwirtschaftlicher Theorien zu reagieren, doch war das Verlangen nach einem Politikwechsel auch durch die starke grüne Bewegung beeinflusst. Fünf Jahre intensiver Diskussionen mündeten in das im symbolischen Jahr 1989 verabschiedete neue Grundsatzprogramm der SPD. Dieses Programm legte großes Gewicht auf ökologische Fragen. Die SPD war die erste große sozialdemokratische Partei, die dem in den späten siebziger Jahren sich herausbildenden Bewusstsein von der Notwendigkeit einer Umweltpolitik programmatisch entsprach. Nach den klassischen sozialdemokratischen Vorstellungen lief es zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz immer auf ein Nullsummenspiel hinaus. Für das neue Konzept der ökologischen Modernisierung ist Umweltschutz jedoch im Gegenteil eine Quelle wirtschaftlichen Wachstums.

Das Grundsatzprogramm reagierte auch auf die Folgen »postmaterialistischer« Einstellungen in den entwickelten Ländern. [...] Im Grundsatzprogramm wurde daraus der Schluss gezogen, dass die Einstellung der »wohlhabenden Mehrheit« nicht mehr mit dem sozialdemokratischen Ethos von Kollektivität und Solidarität übereinstimmt. Die Leistung des Einzelnen und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mussten stärker in den Vordergrund treten.

Mit den wegweisenden Beschlüssen von Bad Godesberg hatte sich die Partei 1959 zur »Marktordnung« bekannt. Dies sollte in dem neuen Programm nun mit einem weitergehenden Verzicht auf staatliche Eingriffe verbunden werden. [...] Es ist immer neu zu prüfen, was jeweils der Lebensqualität der Menschen eher zugutekommt: die Steigerung des privaten Konsums oder die bessere Erfüllung öffentlicher Aufgaben«. Das Grundsatzprogramm sprach von der Notwendigkeit »Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der Sozialpolitik zu verzahnen und aufeinander abzustimmen«, und hob hervor, dass Individualität und Solidarität nicht im Gegensatz zueinander gebracht werden sollten. Man war sich bewusst, dass solange große Teile der Wählerschaft der SPD keine Kompetenz für eine wirtschaftliche Modernisierung zutrauen, sondern allein für das Bewahren der sozialen Absicherung, es sehr schwierig sein werde, Regierungsverantwortung zu übernehmen.“¹⁴³

Die hier beschriebene Entwicklung kann als Ökologisierung der Sozialdemokratie bezeichnet werden. Dem entspricht auch die Aussage des früheren Vorsitzenden der Grundwertekommission der Partei, Erhard Eppler, der maßgeblich für die Ausfertigung des Berliner Programms verantwortlich war. Nach Eppler ließe sich Wirtschaftswachstum nicht mehr länger quantitativ, also nach absoluten Zahlen messen. Angebracht sei hingegen das qualitative Wirtschaftswachstum, also in bestimmten, politisch gewollten Bereichen, wie zum Beispiel im Gebiet der alternativen Ener-

¹⁴²Vgl. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.), *Programme der deutschen Sozialdemokratie: Mit einem Vorwort von Rudolf Scharping* (Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, 1995). S. 9 ff.

¹⁴³ Giddens, *Der dritte Weg*. S. 30-32.

gien.¹⁴⁴ Überspitzt formuliert hieße dies, dass das Wirtschaftswachstum in einem Land insgesamt betrachtet, jährlich stagnieren könne, solange Zuwachsraten in gewünschten Bereichen vorweisbar seien. Die Betrachtung der Wirtschaftspolitik aus sozialdemokratischer Perspektive machte jedoch noch eine weitere Einschränkung. Demnach ist als „Ziel der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik die Durchsetzung sogenannter Wirtschaftsdemokratie vorgegeben. Unter möglichst weitgehender Mitsprachemöglichkeit der Gewerkschaften und des Staates soll die unternehmerische Entscheidung im Sinne des Gemeinwohls eingeeengt werden“¹⁴⁵. Einer Profitmaximierung von Unternehmen auf Kosten der Arbeitnehmer und des Staates gab die SPD damit eine klare Absage. Sie erwähnte jedoch nicht, wie eine solche Einengung konkret politisch ausgestaltet werden sollte.

In Anlehnung an das angepasste Verständnis von Wirtschaft wurde auch der Begriff der Arbeit neu begriffen. Die marxistische Definition verstand Arbeit nur im Sinne von Erwerbsarbeit. Dieser Festlegung folgte die SPD bis zum Godesberger Programm. Im Berliner Grundsatzpapier wurde der Begriff jedoch erweitert, auch wegen der neu entstandenen Konkurrenz der Partei *Die Grünen*. Um den Wettbewerb vor allem um weibliche Wähler nicht zu verlieren, wurden deshalb Hausarbeit und soziale Dienste ebenfalls dem Begriff der Arbeit zugeordnet.¹⁴⁶

Die allumfassende Klammer des Programms betraf jedoch die Umwelt-, Ökologie- und Atompolitik. Dazu heißt es grundsätzlich im Berliner Program: „Wir wollen eine Weltgesellschaft, die durch eine Form des Wirtschaftens das Leben von Mensch und Natur auf unserem Planeten dauerhaft bewahrt.“¹⁴⁷ Konkretisiert wird dies durch eine kritische Betrachtung des technischen Fortschritts. „Nie zuvor verfügten Menschen über so gewaltige Macht. Mit der Gentechnik können sie die Evolution in die eigene Hand nehmen. Die Entfesselung des Atoms kann zur Ausrottung der menschlichen Gattung führen.“¹⁴⁸ Desweiteren wurde politisches Handeln mit Nachhaltigkeit verknüpft. „Gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie. Sie wird zur Basis verantwortlichen Wirt-

¹⁴⁴ Vgl. Interview mit Erhard Eppler im Anhang.

¹⁴⁵ Müller, *Das Berliner Programm der SPD*. S. 58.

¹⁴⁶ Vgl. ebd. S. 77.

¹⁴⁷ Münkel, *„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“*. S. 47.

¹⁴⁸ Münkel, *„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“*. S. 56.

schaftens. Das ökologisch Notwendige muss daher Prinzip auch betriebswirtschaftlichen Handelns werden.“¹⁴⁹

Der Einfluss der außerparlamentarischen Opposition, der Umweltbewegung, mündete schließlich in einem abgewandelten Programm der Sozialdemokraten. Das Festhalten an Atomkraft zur Energiegewinnung, was nach der bisherigen sozialdemokratischen Denkart zu einem Anstieg von privatem Wohlstand führte, wurde im Berliner Programm abgelehnt. Dieses „grünere“ Programm der SPD konnte den Aufstieg und die Etablierung der Partei Die Grünen jedoch nicht aufhalten, vielmehr schuf das Papier von Berlin die Voraussetzung für ein rot-grünes Wählerlager, welches in letzter Konsequenz für die Regierungsübernahme im Jahre 1998 sorgte.

III.3. Abkehr von der sozialdemokratischen Tradition: Das gewandelte Wirtschafts- und Arbeitsbild der SPD im Hamburger Programm 2007

Knapp zwanzig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung gab sich die SPD mit dem Hamburger Programm eine neue Grundsatzanleitung. Die Gegebenheiten in der Bundesrepublik und weltweit hatten sich auch rasant verändert. Auf Bundesebene verharrte die SPD lange Zeit in der Opposition, bis sie schließlich mit Gerhard Schröder den Bundeskanzler stellen konnte. Die (finanziellen) Folgen der Wiedervereinigung stellten nicht zu vernachlässigende Konsequenzen für den deutschen Staatshaushalt dar, der Wettbewerbsdruck der deutschen Wirtschaft nahm aufgrund der fortschreitenden Globalisierung weiter zu. Die grüne Bewegung war endgültig im politischen System der Bundesrepublik angekommen, so war sie erstmals 1998 als Juniorpartner an einer Bundesregierung beteiligt. Dieser kurze, unvollständige Überblick soll zeigen, dass eine Neufassung des Berliner Programms von 1989 notwendig geworden war.

Das Hamburger Programm ist, so die hier aufgestellte These, stark wirtschaftsfreundlich ausgerichtet. Die sozialdemokratischen Modernisierungstheorien von Anthony Giddens und Bodo Hombach hinterlassen deutlich ihre Spuren. Der Sozialstaat sollte dahingehend begriffen werden, dass er dem freien „Markt und Wirtschaftswachstum im Vorfeld zuarbeiten würde, anstatt wie bisher auftretende Defekte nachsorgend zu reparieren“¹⁵⁰. Auch wurde mit bewährten Prinzipien des Godesber-

¹⁴⁹ Ebd. S. 93.

¹⁵⁰ Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 126-127.

ger Programms gebrochen. „Aus ‚Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig‘ sollte das Wort ‚Planung‘ gestrichen, und durch ‚Regulierung‘ ersetzt werden. Die Vorstellung, dass unter den heutigen globalisierten Verhältnissen von staatlicher Kontrolle durch Planung ausgeübt werden könne, sei nicht mehr zeitgemäß.“¹⁵¹ Dies erinnert stark an die Theorie von Anthony Giddens, der innerhalb eines Staates der wirtschaftlichen Dynamik einen, wenn nicht den wichtigsten Platz einräumte. Die wirtschaftliche Aktivität sollte aber keinesfalls geplant, sondern nur, falls unbedingt nötig, reguliert werden, um das Wirtschaftswachstum nicht zu behindern.

Dem abgewandelten Verständnis des Sozialstaats folgte eine Neudefinition des sozialdemokratischen Gerechtigkeitsbegriffs:

„Neu hingegen ist die Forderung nach dem Ausbau des ‚vorsorgenden Sozialstaats‘. In dem Papier findet sich wieder der Gestus der Modernisierer innerhalb der SPD, wenn beispielsweise in Bezug auf die Gerechtigkeitsfrage gesagt wird, dass gerechte Teilhabe zuallererst Chancengleichheit bedeute. Von Verteilungsgerechtigkeit ist nur noch insofern die Rede, als „(...) *die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands (...) auf die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten und Lebenschancen aller Menschen in unserer Gesellschaft* (zielt).“ [...] Spätestens hier wird der Bruch mit der traditionellen SPD-Programmatik deutlich. Hatte im Berliner Programm noch der demokratische Sozialismus in ausdrücklicher Form als das Ziel einer anzustrebenden Gesellschaft gegolten, so forciert die Partei in der Programmdebatte für ein neues Grundsatzprogramm nun mehrheitlich die ‚soziale Marktwirtschaft‘ und den ‚vorsorgenden Sozialstaat‘. Beide Begriffe stehen für eine Hinwendung zu den Prinzipien des Marktes und lassen Züge eines sozialen Liberalismus erkennbar werden.“¹⁵²

Was Matthias Sachs hier als Hinwendung zum sozialen Liberalismus bezeichnet, nennt Erhard Eppler das Aufspringen auf die marktradikale Welle. Nach Eppler folgte die deutsche Sozialdemokratie seit Ende der 1990er Jahre den Forderungen von Wirtschaftsvertretern, welche den Einfluss des Staates so stark wie möglich einschränken wollten.¹⁵³

Das Hamburger Programm ist aber nicht ausschließlich wirtschaftsfreundlich konzipiert, es wird versucht, der Rolle des sozialen Ausgleichs Rechnung zu tragen. „Das Programm greift das schon an verschiedenen früheren Stellen propagierte Konzept mit dem Titel ‚Sicherheit im Wandel‘ erneut auf und versucht, eine ausgewogene Perspektive auf den sozio-strukturellen und arbeitsweltlichen Wandel zu bieten. Auf der einen Seite böten sich neue Chancen für die individuelle Lebensgestaltung, auf der anderen Seite würden jedoch ein schneller werdender Fortschritt und die damit einhergehenden notwendigen Flexibilisierungen die Sicherheit der Menschen im

¹⁵¹ Ebd. S. 127.

¹⁵² Ebd. S. 138.

¹⁵³ Vgl. Interview mit Erhard Eppler in Anhang.

Wandel gefährden. Die programmatische Antwort der SPD auf diese Widersprüche ist der ‚vorsorgende Sozialstaat‘.¹⁵⁴ Um zum Beispiel eine drohende Arbeitslosigkeit zu verhindern, soll der Staat die Bürger im Vorfeld ausreichend qualifizieren, um das Risiko der Arbeitslosigkeit so weit wie möglich zu minimieren.

Auffallend bleibt im Hamburger Programm jedoch der starke wirtschaftliche Bezug. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die SPD damit das sozialdemokratische Zeitalter selbst beendet hat oder ob es sich nur um eine Anpassung an neue Realitäten handelte. Auch wenn diese Frage nicht abschließend beantwortet werden kann, so bleibt es festzuhalten, dass nicht mehr die Überwindung von Ungleichheit und die schwächere Stellung des einzelnen Menschen gegenüber der Wirtschaft im Mittelpunkt stand. Vielmehr wurde der Mensch dazu verpflichtet, den Erfordernissen der Wirtschaft zu folgen, um Wohlstand und Absicherung zu erreichen. Hierdurch kann jedoch ein Vorteil der Wirtschaft entstehen, da diese Ausgangspunkt des (politischen) Handelns wird. Politik hat also dafür zu sorgen, dass die Menschen im wirtschaftlichen Wettbewerb funktionieren.

Trotz der Wirtschaftsfreundlichkeit des Programms beobachtet Matthias Sachs kein konsequentes politisches Leitbild, das das Hamburger Programm trägt. „Festzuhalten bleibt, dass das Hamburger Programm in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen weder eindeutig den Idealen eines ‚sozialen Liberalismus‘ oder einer Weiterentwicklung des Dritten Wegs, noch den Vorstellungen der klassischen, traditionellen Sozialdemokratie entspricht.“¹⁵⁵ So kann der Eindruck der politischen Beliebigkeit entstehen.

Es scheint die These angebracht, dass das Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 zu einem gewissen Teil eine Rechtfertigungsschrift der Sozialreformen der rot-grünen Regierungszeit darstellt, die Richtigkeit der Agenda-Reformen theoretisch unterlegt werden soll. Ob dies für ein Grundsatzprogramm ausreichend ist, erscheint fragwürdig. Auch wenn die hier aufgelisteten Bereiche nicht das vollständige Hamburger Programm beinhalten, so stellen sie doch den übergeordneten Schwerpunkt dar. Auch der Bildung wird im Hamburger Programm ein Platz eingeräumt, exemplarisch für die Loslösung von sozialdemokratischen Prinzipien stehen aber die Bereiche Wirtschaft und Arbeit.

¹⁵⁴ Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 178.

¹⁵⁵ Ebd. S. 140.

III.4. Das Ende der Sozialdemokratie in Deutschland? Die Programme der SPD im Vergleich: Von der zentralen Rolle des Arbeitnehmers zur Hegemonie der Wirtschaft

Dieser kurze programmatische Vergleich, die Untersuchung von Schwerpunktverschiebungen und –konstanten, umfasst beinahe fünfzig Jahre deutscher Geschichte. Deshalb sind auch die Änderungen in den Programmen gravierend. „Das *Godesberger Programm* konnte noch ganz prinzipienfest die Große Sozialdemokratische Erzählung von der Emanzipation der Industriearbeiterschaft beschwören und sie mit zentralen Entwicklungen der Bundesrepublik in Kongruenz bringen. [...] Das *Berliner Programm* wählte sehr geschickt aus den Modernisierungsphänomenen der bundesrepublikanischen Gesellschaft der siebziger und achtziger Jahre aus und überhöhte sie zu einer öko-sozialistischen Utopie. [...] Das neue, das *Hamburger Programm* glänzt dagegen durch eine ganz unideologische Realitätsbeschreibung. Ein Bezug zu jedweder abgelagerten Geschichtsmetaphysik ist nicht mehr zu erkennen.“¹⁵⁶ Aus der Partei, die sich die Besserstellung des Arbeiters und dessen Rechteverwirklichung auf die Fahnen schrieb, wurde eine angepasste Angestellten- und Beamtenpartei. Nicht mehr der Arbeiter stand im Vordergrund, an dessen Stelle trat, etwas allgemeiner ausgedrückt, der Arbeitnehmer.

Auch in der Umweltfrage hatte die SPD ihre ursprüngliche Position aufgegeben. Wurde die friedliche Nutzung der Atomkraft im Godesberger Programm und bis in die späten 1970er Jahre noch bejaht, folgte im Berliner Programm die Abwendung dieser Technologie. Ob an diesen Aspekten das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters abgelesen werden kann, liegt an der Definition des Begriffs. Wird Sozialdemokratie als strikte praktische Auslegung marxistischer Politik verstanden, vollzog die SPD mit dem Godesberger Programm die Abkehr von sozialdemokratischer Politik. Ist der Definitionsrahmen nicht ganz so eng gefasst, nimmt aber stattdessen die Wohlstandsmehrung der gesamten Gesellschaft als Grundlage, so kann die Verabschiedung von der Atomkraft als Ende des sozialdemokratischen Zeitalters in Deutschland aufgefasst werden, da die Partei die Atomkraft immer als Garanten für eine private Wohlstandsvermehrung der Bevölkerung verstand. Sieht man hingegen die Fokussierung auf die Verwirklichung des einzelnen Menschen als Grundlage sozialdemokratischer Politik, so bricht das Hamburger Programm aus dieser Definition deutlich

¹⁵⁶ Thomas E. Schmidt, „Alles ist widersprüchlich und gefährlich.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 6 (2007). S. 51.

aus. Nicht mehr der Mensch stand im Vordergrund, dessen Stelle nahm die Wirtschaft als übergeordnetes Prinzip ein. Etwas überspitzt kann behauptet werden, dass der Mensch im Hamburger Programm nur noch die Rolle als Produktivkraft für wirtschaftliche Unternehmen inne hatte.

Diese Annäherung an die Wirtschaft kann der SPD vorgeworfen werden, es gibt jedoch auch gewichtige Gründe, warum die Partei wirtschaftsfreundlicher auftreten wollte. So schreibt der ehemalige geschäftsführende Vorsitzende des Bundesverbandes deutscher Banken: „Neue Programme sind dringend nötig. Die derzeit noch gültigen stammen bei CDU, CSU und SPD aus Zeiten, in denen viele der heute unumstrittenen Herausforderungen noch nicht bestanden, nicht erkannt oder verdrängt wurden. Das gilt nicht nur, aber vor allem für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik: Globalisierung und Standortwettbewerb, demographischer Wandel und soziale Sicherung, solide öffentliche Finanzen und die Dynamik moderner Finanzmärkte – all dies steht am Beginn des 21. Jahrhunderts weit oben auf der Agenda.“¹⁵⁷ Weber fordert hier Reformen in der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, welche die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichern und ausbauen sollen. Mit der Agenda 2010-Reform hat die SPD versucht dieser Forderung Folge zu leisten.

Es soll jedoch nicht der Eindruck entstehen, die SPD hätte in ihren modernisierten Grundsatzprogrammen ihre Ideale durchweg verraten. Es gibt auch aktuell noch Punkte, die zwar modernisiert, also auf neue Gegebenheiten angepasst, nicht aber fallengelassen wurden. „Zahlreiche Konfliktfelder bilden mit unterschiedlicher Gewichtung eine Konstante in den Programmdiskussionen vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik: Dies sind vor allem Fragen nach einer gerechten Wirtschaftsordnung und Staatsform, nach dem Verhältnis zu Kirche und Religion, nach Bildungsgerechtigkeit und der Gleichberechtigung der Frau sowie nach den Wegen, diese Ziele zu erreichen.“¹⁵⁸ Und auch dem Wert der Freiheit wird – wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten – ein zentraler Platz beigemessen. „Die Idee einer gleichen Freiheit, die nicht allein im Staat, sondern ebenso in Wirtschaft und Gesellschaft, im Alltagsleben der Menschen lebendig wird, war die eigentliche Quelle aller wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie im Wandel der Zeit.“¹⁵⁹

¹⁵⁷ Manfred Weber, „Programmdebatten in CDU, CSU und SPD.“ *Orientierungen. Zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 113, Nr. 3 (2007). S. 31.

¹⁵⁸ Münkler, *„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“*. S. 9.

¹⁵⁹ Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.), *Programme der deutschen Sozialdemokratie*. S.8.

IV. Diskussion über die politische Ausrichtung der Sozialdemokratie im Zeichen des gesellschaftlichen Wandels

Wie gezeigt wurde, hat sich die Gesellschaft Deutschlands seit 1945 grundlegend gewandelt. Die Beschäftigungsverhältnisse nach Sektoren haben sich deutlich verschoben, die Tertiärisierung erfasste auch die lange Zeit industriell geprägte Bundesrepublik. Dieser Wandel schlug sich auch in den Programmen der SPD nieder, der gesellschaftliche Modernisierungsschub änderte auch die Grundsätze des sozialdemokratischen Politikverständnisses.

Im Laufe der sich wandelnden gesellschaftlichen Realitäten trat auch für die deutsche und europäische Sozialdemokratie die Notwendigkeit der Modernisierung und Anpassung auf. Parteinaher Theoretiker entwickelten Strategien, welche die Sozialdemokratie zukunftsfähig machen sollten. Es wurden jedoch nicht nur langfristige Überlegungen getroffen, auch (neuartige) Koalitionsoptionen wurden diskutiert, die der SPD eine Machtoption sichern sollten. So brachte der Spitzenkandidat der SPD bei den Bundestagswahlen 2009, Frank-Walter Steinmeier, eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP ins Spiel, die der Politologe Franz Walter aufgrund der damaligen politischen rechtsliberalen Ausrichtung der Freien Demokraten als wenig wahrscheinlich ansah.¹⁶⁰

Etwas grundsätzlicher ist folgender Vorschlag: „In den vergangenen Jahren haben mit Oskar Lafontaine und Wolfgang Clement die Exponenten von zwei Flügeln die SPD verlassen. [...] Aber muss es nicht Anliegen der Sozialdemokratie sein, eine solche Bandbreite an politischen Positionen und kantigen Köpfen zu besitzen?“¹⁶¹ Hier wird der SPD geraten, verschiedene Strömungen innerhalb der Partei zu integrieren, um als Volkspartei auftreten zu können. Etwas anders ausgedrückt: Welches politische Spektrum kann die SPD noch vertreten, wenn sowohl prominente Namen des linken wie auch des rechten Parteiflügels die Partei verlassen?

Einen anderen Vorschlag macht Johano Strasser. Er fordert, die SPD solle wieder weiter nach links rücken. Denn nur die Sozialdemokratie könne „die Grundlagen der

¹⁶⁰Vgl. Franz Walter, „Vor einer Renaissance des Sozialliberalismus?“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2008). S. 41.

¹⁶¹Daniel Friedrich Sturm, „Die SPD muss neugierig werden: Oder: Was muss die SPD tun, um sich als Volkspartei zu behaupten?“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 3 (2010). S. 55.

Zivilisation gegen einen zum Totalitarismus neigenden Ökonomismus¹⁶² verteidigen. Ist dies also die passende Lösung der Frage, wie die Sozialdemokratie modernisiert werden soll? Soll sie einfach wieder weiter nach links rücken? Es bestehen in der jüngeren Vergangenheit durchaus empirische Belege, die eine solche Forderung stützen. Demnach haben linke Parteien in der Bundesrepublik einen Vorteil vor der bürgerlichen Konkurrenz.

„Sieht man von der Bundestagswahl 1990 ab, die den bürgerlichen Parteien unter dem unmittelbaren Eindruck der deutschen Einheit nochmals einen klaren Sieg bescherte, lag der zusammengenommene Stimmenanteil der linken Parteien (SPD, Grüne und PDS/Linkspartei) ab 1994 stets über dem Rekordergebnis, das die SPD bei der Bundestagswahl 1972 erreicht hatte (45,8 Prozent), als es ihr zum ersten Male gelungen war, die Union als stärkste politische Kraft zu überflügeln. Bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 verfügte die politische Linke elektoral sogar über die absolute Mehrheit, lag sie mit Werten zwischen 50,9 und 52,7 Prozent mehr oder weniger deutlich vor dem bürgerlichen Lager.“¹⁶³

Es könnte demnach eine erfolgversprechende Machtoption darstellen, wenn die SPD politisch weiter nach links rückt, um mit der Linkspartei und den Grünen koalieren zu können.

In eine ähnliche Richtung geht ein anderer, differenzierterer Vorschlag. Nachdem bereits gezeigt wurde, dass der Sozialdemokratie ihr ehemaliges Stammklientel, die Arbeiterschaft, aufgrund des Wandels der Arbeitsstruktur abhanden gekommen ist, brach so die ehemalige Legitimationsgrundlage der Partei nahezu vollständig weg. Mit dem Verschwinden der Arbeiterschaft sind jedoch nicht die Probleme und Herausforderungen prekärer Arbeitsverhältnisse und die Armut abhanden gekommen. Die starke Abwärts- und schwächere Aufwärtsmobilität, die Gefahr des persönlichen Status- und Sicherheitsverlustes der Bevölkerung, kurz gesagt die neu aufkommende soziale Unsicherheit, dies wäre ein gesellschaftliches Phänomen, dem sich die Sozialdemokratie verstärkt annehmen könnte.¹⁶⁴

Die hier kurz vorgestellten Ansätze raten der Sozialdemokratie zu einem schärferen linken Profil. Interessanterweise stellt der letzte große Modernisierungsversuch aber genau das Gegenteil dar. Sowohl der *Dritte Weg* als auch die *Neue Mitte* können als rechte Neuaufstellungen gesehen werden, vor allem wenn die zurückgezogene Rolle

¹⁶² Johano Strasser, „Sozialdemokratie am Scheideweg: Kanzlerwahlverein oder Programmpartei – die SPD muss sich entscheiden.“ *Perspektiven ds. Perspektiven des demokratischen Sozialismus.*, Nr. 1 (2004). S. 158.

¹⁶³ Frank Decker, „Macht- und Programmooptionen im neuen Fünfparteiensystem.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2008). S. 36.

¹⁶⁴ Vgl. Felix Butzlaff und Oliver Nachtwey, „Die Sozialdemokratie am Scheideweg.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 6 (2009). S.28-29.

des Staates und die stärkere Fokussierung auf die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Menschen betrachtet werden. Da diese beiden Konzepte deutlichen Niederschlag in der praktischen Ausrichtung der jeweiligen sozialdemokratischen Parteien fanden, nehmen sie in der folgenden Untersuchung einen zentralen Platz ein. Doch auch „eine Modernisierung von links“ wird behandelt, die Rückkehr zur sozialen Frage.

Dem schließt sich die grundsätzlichere Frage an, ob in einer schnelllebigeren Zeit ein Handlungsspielraum für linke oder rechte Politik überhaupt noch gegeben ist, oder ob eine solche Unterscheidung mit Ende des kalten Krieges ihre Berechtigung verloren hat. Aufbauend auf diese Untersuchung wird versucht die Frage zu beantworten, ob die neu gegründete Linkspartei, die sich auf wesentliche Teile der SPD stützen konnte, die neue, echte linke Kraft der Bundesrepublik darstellt.

IV.1. Wirtschaftliche Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen im Dritten Weg von Anthony Giddens

Grundsätzlich versteht sich der *Dritte Weg* auch als Kritik an einer an Profil verlorenen Sozialdemokratie. Dies zeigt die folgende Aussage von Anthony Giddens, der den theoretischen Hintergrund einer reformierten sozialdemokratischen Politik in Großbritannien entwickelte: „Für mich bedeutet der »Dritte Weg« eine modernisierte Sozialdemokratie. Der Begriff zeigt, wie man Sozialdemokratie wieder mit Bedeutung füllen kann.“¹⁶⁵ Diese Bedeutungsfüllung wird von Tony Blair konkretisiert, der den *Dritten Weg* als eine modernisierte Sozialdemokratie bezeichnet, „die sich leidenschaftlich für soziale Gerechtigkeit und die Ziele von Mitte-Links engagiert, in den Mitteln zu ihrer Verwirklichung aber flexibel, innovativ und zukunftsorientiert ist“¹⁶⁶ Hier lässt sich die neuartige politische Strömung schon erahnen, der der *Dritte Weg* folgen soll.

Blair erklärt weiter, dass er den *Dritten Weg* als eine Mischung aus demokratischem Sozialismus und Liberalismus versteht.¹⁶⁷ Einer alten Sozialdemokratie hingegen wird abgeschworen. Dies geschah nicht nur in Deutschland, auch in Großbritannien wurde die Notwendigkeit einer Modernisierung gesehen, da traditionelle sozialdemo-

¹⁶⁵ „Gespräch mit Anthony Giddens: »Neue Mitte« - »Dritter Weg« - eine moderne Linke?“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 5 (1999). S. 436.

¹⁶⁶ Tony Blair, „Eine neue Politik für das neue Jahrhundert.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 5 (1999). S. 441.

¹⁶⁷ Vgl. ebd. S. 441.

kratische Antworten nicht mehr zeitgemäß schienen: „[B]ut it is also clear that the alternative is not simply the resumption of a social democratic politics of a traditional kind. Too much has changed. And too much was wrong.“¹⁶⁸ Um die Zukunftsfähigkeit der Sozialdemokratie zu sichern, sollten alte Prämissen aufgegeben und durch neue, modernisierte ersetzt werden.

Es stellt sich die Frage, warum das ursprünglich geltende sozialdemokratische Profil reformiert werden sollte. Was hatte sich geändert, weswegen europäische Sozialdemokraten ihr Politikverständnis verändern mussten? Ralf Dahrendorf versucht sich der Beantwortung dieser Frage anzunähern. Seiner Meinung nach lässt sich der Erhalt des Wohlfahrts- und Sozialstaates nicht ohne Einschränkungen begründen. Weder habe diese Staatsausrichtung Arbeitslosigkeit verhindert noch innovative Unternehmen dauerhaft an sich binden können.¹⁶⁹ Auch wenn die Politik diesen Weg ursprünglich gefördert hatte und dieser nicht komplett scheiterte, konnte er in Zukunft nicht weiter verfolgt werden. Doch nicht nur die innerstaatliche Ausrichtung stellte die Staaten vor neue Herausforderungen, auch andere Faktoren flossen mit ein. „Die Entstehung neuer globaler Märkte, die wissensbasierte Ökonomie und das Ende des kalten Kriegs haben die Möglichkeiten der Nationalstaaten beschnitten, ihre Volkswirtschaft zu steuern und die immer zahlreicheren Sozialleistungen zu erbringen.“¹⁷⁰

In Großbritannien verfolgte Tony Blair deshalb eine neue Auffassung sozialdemokratischer Politik, welche die von Giddens angeregten Neuerungen bedachte. Giddens räumt bei seiner Neukonzeptionierung ein, dass er sich von einem konservativen Politikstil, genauer gesagt vom Thatcherismus, hat anleiten lassen. Dessen Anziehungskraft gab den Ausschlag dafür, dass die Labour Party der individuellen Freiheit einen größeren und alten Verstaatlichungsversprechen einen kleineren Stellenwert beimessen wollte. Desweiteren sollte die traditionelle Nähe zu den Gewerkschaften aufgegeben werden.¹⁷¹ Das Ziel dieser Maßnahmen sollte es sein, „ein neues Gleichgewicht zwischen individueller und staatlicher Verantwortung herzustellen“¹⁷².

Die Ausgestaltung dieses neuen Gleichgewichts ging zu Lasten der Bürger des Staates, weniger zu Lasten der Unternehmen. Denn der *Dritte Weg* will den Bürgern

¹⁶⁸ Andrew Gamble und Anthony Wright, „Introduction: The New Social Democracy.“ in *The new social democracy*, hrsg. von Andrew Gamble und Anthony Wright (Oxford: Blackwell Publishers, 1999). S. 6.

¹⁶⁹ Vgl. Dahrendorf, *Ein neuer Dritter Weg?* S. 16-17.

¹⁷⁰ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 10.

¹⁷¹ Vgl. Giddens, *Der dritte Weg*. S. 28-29.

¹⁷² Giddens, *Der dritte Weg*. S. 50.

dabei helfen, „sich ihren Weg durch die großen Revolutionen unserer Zeit zu bahnen“¹⁷³. Eine dieser Revolutionen betrifft den Arbeitsmarkt und den Arbeitslosen. Hier fordert Giddens: „Vielleicht könnte das zentrale Motto der neuen Politik so lauten: *keine Rechte ohne Verpflichtungen*. [...] Die Arbeitslosenunterstützung sollte beispielweise an die Verpflichtung zu aktiver Arbeitssuche gekoppelt sein; Aufgabe des Staates ist es, darauf zu achten, dass die Sozialsysteme die Motivation für eine solche Suche nicht dämpfen.“¹⁷⁴ Durch diese Maßnahme sollte verhindert werden, dass das staatliche Transfersystem die Bereitschaft zur Erwerbsarbeit behindert. Ein soziales Sicherungsnetz sollte zwar noch vorhanden sein, es sollte jedoch so konzipiert werden, dass es dem einzelnen Arbeitslosen nur temporär und nicht dauerhaft eine Schutzfunktion bietet.

Desweiteren setzte der *Dritte Weg* auf die Renditechancen der privaten Wirtschaft, diese sollten dem Staat eine weitere Einnahmeoption sichern. Ziel dieser gestiegenen finanziellen Unterstützung war eine Öffnung des finanziellen Spielraums, der vor allem den Bürgern zugutekommen sollte. „Die neue gemischte Wirtschaft möchte [...] einen Synergieeffekt von öffentlichem und privatem Sektor erzielen, indem sie die Dynamik des Marktes für das öffentliche Interesse nutzt. Dazu gehören [...] ein Gleichgewicht, zwischen Regulierung und Deregulierung und ein Gleichgewicht zwischen den ökonomischen und dem nicht ökonomischen Bereich der Gesellschaft.“¹⁷⁵ Nach Giddens` Auffassung sollten die (Finanz-) Märkte demokratisiert werden. Rendite- und Spekulationsgewinne sollten nicht mehr nur privaten Investoren vorbehalten sein, auch der Staat sollte davon profitieren. Deshalb waren Lockerungen bei der Regulierung von Finanzgeschäften notwendig. Dass diese Lockerung auch Gefahren in sich barg war Giddens durchaus bewusst. Er forderte deshalb Mut zum Risiko. „Sozialdemokraten müssen das im Wohlfahrtsstaat übliche Verhältnis von *Risiko* und *Sicherheit* verändern, damit sich in den Bereichen von Staat, Unternehmen und Arbeitsmarkt ein Verhalten herausbildet, das sich als »verantwortungsbewusste Übernahme von Risiken« beschreiben lässt.“¹⁷⁶ Dadurch sollte Ungleichheit im Staat abgebaut werden. „Sozialdemokraten sollten [...] nicht die These hinnehmen, ein hohes Maß an Ungleichheit sei gut oder gar unvermeidlich für das Wirtschaftswach-

¹⁷³ Ebd. S. 80.

¹⁷⁴ Ebd. S. 81-82.

¹⁷⁵ Ebd. S. 117.

¹⁷⁶ Giddens, *Der dritte Weg*. S. 118.

stum.“¹⁷⁷ Eine renditeorientierte politische Ausrichtung des Staates sollte so dazu führen, dass möglichst viele am Wirtschaftswachstum teilhaben können.

Für die Lösung der Ungleichheit beansprucht Giddens dabei einen Alleinvertretungsanspruch, in dem er sagt, dass der *Dritte Weg* „als einzige politische Strömung in unserer heutigen Welt eine Antwort“¹⁷⁸ auf die wachsende Ungleichheit und die Macht von Großkonzernen habe. Die Ungleichheit soll mit einem alten sozialdemokratischen Prinzip beseitigt beziehungsweise abgemildert werden, nämlich mithilfe sozialstaatlicher Maßnahmen, die Reichtum umverteilen.¹⁷⁹ Die Liberalisierungstendenzen in der Wirtschaftspolitik, die, wie später gezeigt wird, dem *Dritten Weg* oft vorgeworfen wurden, sind nicht selbst Mittel zum Zweck, vielmehr sollen sie als Basis für eine gerechte Umverteilungspolitik von oben nach unten dienen.

Dem schließt sich auch das Verständnis des Sozialstaats an, das Giddens vertritt. „Nur ein Sozialsystem, aus dem die Mehrheit der Bevölkerung Nutzen zieht, wird eine Staatsbürgermoral hervorbringen können. Wenn »Sozialstaat« ausschließlich negative Konnotationen hat und hauptsächlich für Arme da ist [...], wird er am Ende die Gesellschaft spalten.“¹⁸⁰ Giddens wehrt sich dagegen, das Sozialstaatsprinzip mit Transferleistungen gleichzusetzen. Genauso wie die Öffnung der Märkte soll auch der Sozialstaat dafür Sorge tragen, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Dies geschieht jedoch nur in einem begrenzten Umfang. Solidarität ist nach Giddens nicht nur den Empfängern von Transferleistungen vorbehalten, auch den Erbringern staatlicher Leistungen, also den Steuerzahlern, muss entgegen gekommen werden. Der Sozialstaat schaffe sich selbst ab, so Giddens, wenn die Erbringer der Leistungen nicht von dem geschaffenen sozialen Netz profitieren würden. Giddens sieht die soziale Sicherung innerhalb eines Staates durchaus als wichtig und erhaltenswert an, viel wichtiger seien jedoch vorbeugende Maßnahmen, die es erst gar nicht so weit kommen lassen. Er argumentiert, dass es eigentlich schon zu spät sei, wenn Transferleistungen geleistet würden. Um dies zu verhindern, und damit auch die Staatskasse zu entlasten, schlägt Giddens Investitionen in menschliches Kapital vor. Der Sozialstaat solle durch den sogenannten Sozialinvestitionsstaat abgelöst werden, der vor allem in eine bessere Aus- und Weiterbildung seiner Bürger investiert,

¹⁷⁷ Ebd. S. 118.

¹⁷⁸ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 38.

¹⁷⁹ Giddens, *Der dritte Weg*. S. 125.

¹⁸⁰ Ebd. S. 126.

anstatt Arbeitslosigkeit zu subventionieren. Diese vorausschauenden Qualifikationsinvestitionen nennt Giddens einen Bestandteil der positiven Wohlfahrt.¹⁸¹

Neben den bisher genannten Aspekten beinhalten der *Dritte Weg* noch weitere Forderungen, die über die wirtschaftspolitischen Aspekte hinausgehen:

„Die Grundpfeiler einer Politik des dritten Wegs, wie ich sie verstehe, lassen sich nun folgendermaßen zusammenfassen.

Der dritte Weg

1. akzeptiert die Logik der Ereignisse von »1989 und danach« - d. h., er akzeptiert, dass das Links-Rechts-Schema zwar in der heutigen Politik immer noch eine Rolle spielt, sich aber auf viele Themenbereiche und Probleme nicht mehr produktiv anwenden lässt. Dies ist der Grund warum sich der dritte Weg um die politische Mitte bemüht. Ein solches Bemühen steht in keinerlei Widerspruch zu der Behauptung, eine Politik des dritten Wegs sollte radikaldemokratische Maßnahmen einschließen.
2. vertritt die Position, dass alle drei Kernbereiche der Macht – Staat, Wirtschaft und die Gruppierungen der Zivilgesellschaft – im Interesse gesellschaftlicher Solidarität und sozialer Gerechtigkeit aneinander ihre Schranken finden müssen. Die demokratische Ordnung ist ebenso wie eine effiziente Marktwirtschaft auf eine florierende Zivilgesellschaft angewiesen. Die Zivilgesellschaft muss ihrerseits durch die anderen beiden Bereiche begrenzt werden. [...] Der Staatsapparat kann zu groß und allgegenwärtig werden – da hatten die Neoliberalen recht. Doch gravierende soziale Probleme entstehen dann, wenn der Staat zu sehr beschnitten wird oder seine Legitimität verliert. Das gleiche gilt für Märkte. In einer Gesellschaft, die marktförmige Beziehungen zu weit in andere Institutionen vordringen lässt, wird es zu einem Zusammenbruch des öffentlichen Lebens kommen. Eine Gesellschaft jedoch, die Märkten nicht genug Raum gibt, wird keinen Wohlstand schaffen.
3. schlägt vor, auf der Grundlage des Prinzips »keine Rechte ohne Verpflichtungen« einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schließen. Wer gesellschaftlich erzeugte Güter in Anspruch nimmt, sollte sie verantwortlich nutzen und der Gesellschaft etwas zurückgeben. Als Bestandteil der Staatsbürgerschaft, muss das Prinzip »keine Rechte ohne Verpflichtungen« für Politiker wie für Bürger gelten, für Reiche und Arme, für Unternehmen wie Privatleute. Deshalb müssen Regierungen links oder Mitte bereit sein, dieses Prinzip jedem gegenüber durchzusetzen.
4. versucht, eine umfassend angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die marktwirtschaftliche Wachstumsfaktoren mit einer strukturellen Reform des Wohlfahrtsstaats zu verbinden erlaubt.
5. versucht, eine pluralistische Gesellschaft auf der Grundlage egalitärer Prinzipien zu verwirklichen. [...] Deshalb möchte die Politik des dritten Wegs die Chancengleichheit maximieren, ohne damit das Ziel aufzugeben, Ungleichheiten zu begrenzen. [...] Man kann Ungleichheit nicht mehr, falls dies jemals möglich war, durch eine reine Einkommensumverteilung bekämpfen. [...] Sozialdemokraten müssen heute gegen neue Formen der Exklusion kämpfen – am unteren und am oberen Ende der Gesellschaft.“¹⁸²

Die hier vertretene Auffassung, klassisch linke oder rechte Antworten auf politische Fragen ließen sich nicht mehr anwenden, begründet Giddens mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Es kann Giddens der Fehler unterstellt werden, dass seine Unterscheidung unzureichend ist. Denn nach seiner Logik müsste die Politik der

¹⁸¹ Vgl. Giddens, *Der dritte Weg*. S. 137.

¹⁸² Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 60-63.

Sowjetunion als links, die der westlichen Welt als geschlossen rechts angesehen werden. Die weitere Konsequenz wäre, dass nach dem Zusammenbruch der bipolaren Welt, nur noch eine –mehr oder weniger homogene- politische Mitte vorhanden sei. Um in diesen veränderten Rahmenbedingungen Erfolg zu haben, müsse sich die Sozialdemokratie der Mitte annehmen. Diese Auffassung der Links-Rechts-Unterscheidung kann aber als zu eng gefasst bezeichnet werden. Zwar hat sich, wie in Deutschland gesehen, die Mittelschicht in der Gesellschaft vor allem zu Lasten der Unterschicht deutlich vergrößert, damit geht aber nicht einher, dass es nur noch eine homogene politische Mitte gebe. Dass ein Links-Rechts-Schema deshalb heute nicht mehr produktiv anzuwenden sei, kann zurückgewiesen werden. Dazu sind die Herausforderungen der heutigen Politik und das Ausmaß der Ungleichheit zu breit gefächert.

Die weitere aufgestellte These kann als eine neue Form der gesellschaftlichen Gewaltenteilung bezeichnet werden. Im Idealfall resultiert aus der Dreiecksbeziehung und –abhängigkeit zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein stabiles Gleichgewicht, das sich selbst reguliert. Es wird jedoch deutlich, dass Giddens der Wirtschaft einen bevorzugten Platz einräumt, denn die Politik soll die Rahmenbedingungen für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik bereitstellen. Hier lässt sich erkennen, dass der Primat der Wirtschaft vorherrscht und nicht der von Erhard Eppler geforderte Primat der Politik.¹⁸³ Wenn der Staat seine Politik an der Wirtschaft ausrichten soll, ist es schwer möglich eine Gleichberechtigung herzustellen.

Als letztes modifiziert Giddens das klassische sozialdemokratische Verständnis von Gleichheit. Zwar räumt er ein, dass Ungleichheit auch weiterhin durch Umverteilung abgemildert werden sollte, der stärkere Fokus läge jedoch auf der Chancengleichheit. Dies lässt sich auch mit dem Prinzip des vorsorgenden Sozialstaats in Einklang bringen. Jedem Mitglied eines Staates sollen die gleichen Ausgangsvoraussetzungen gegeben werden, den weiteren Weg haben dann die Individuen selbst in der Hand. Aus dem *Dritten Weg* lässt sich ableiten, dass diejenigen mehr Förderung erhalten sollen, die (sozial) benachteiligt sind. Diesen Menschen wird mehr Förderung zuteil, damit sie gleiche Ausgangschancen vorfinden können.

Dabei ist die Rolle des Staats soweit wie möglich, jedoch nicht mehr, zurückzufahren. An dessen Stelle tritt die Zivilgesellschaft, also die einzelnen Menschen, Verbände, Interessensgruppen und die Wirtschaft. „Nicht so sehr der Staat als vielmehr

¹⁸³ Vgl. Interview mit Erhard Eppler im Anhang.

die Zivilgesellschaft ist das Fundament des staatsbürgerlichen Ordnung. Sie ist deshalb auch entscheidend für eine lebendige, allen zugängliche politische Öffentlichkeit.“¹⁸⁴ Und auch hier wird die Vorreiterstellung der Wirtschaft wieder deutlich. „Flexible Märkte seien eine wesentliche Bedingung dafür, effektiv auf technologische Veränderungen reagieren zu können. Unternehmen sollten nicht durch zu viele Regeln und Einschränkungen behindert werden.“¹⁸⁵

Diese Forderung scheint eine gewisse Berechtigung zu haben, wenn bedacht wird, dass Berufe im tertiären Sektor in der Bundesrepublik im Jahr 2010 beinahe 75% der gesamten Beschäftigungsverhältnisse ausmachten. Da die von Giddens beschriebenen technologischen Veränderungen zumeist im Dienstleistungssektor zu einer Rationalisierung von Arbeitsplätzen führt, und diese sich meist noch im globalen Wettbewerb befinden, erscheint eine Flexibilisierung von Wettbewerbsmärkten sinnvoll. Dass dies jedoch eher von liberalen als von sozialdemokratischen Parteien vertreten wird, stellt die Bezugsgrundlage für Kritiker des *Dritten Weges* her. Giddens jedoch sieht in seinem politischen Konzept einen Weg zwischen Links und Rechts, für ihn bedeutet der Dritte Weg eine unideologische und rationalisierte Politikauffassung, bei der sich die politische Linke an die Rechte annähert.¹⁸⁶ Bei der Auffassung des Marktes versucht Giddens eine sozialdemokratische Lesart einzubringen, die den Märkten zwar mehr Kompetenz, jedoch keinen alleinigen Lösungsanspruch zuweist. „Die Politik des dritten Weges ist keine Fortsetzung des Neoliberalismus, sondern eine Alternative zu ihm. Sozialdemokraten müssen sich [...] von einigen Bedenken und Befürchtungen im Hinblick auf Märkte freimachen. Jedoch ist die neoliberale Vorstellung, Märkte könnten alle öffentlichen Güter bereitstellen, absurd.“¹⁸⁷ Im historischen Vergleich mit dem Kommunismus bezieht Giddens trotzdem eindeutig Stellung, in dem er sagt, dass eine „erfolgreiche Marktwirtschaft [...] vielmehr Wohlstand [schafft] als jedes alternative System“¹⁸⁸.

Den Sozialdemokraten rät Giddens deshalb eine Neupositionierung ihres Staats- und Wirtschaftsverständnisses. „Die traditionelle Linke operiert, so wie viele Sozialdemokraten auch, mit einem überholten Begriff vom Staat. Zur Verwirklichung sozialer Ziele will sie den Markt so weit wie möglich durch staatliche Macht ersetzen. Mo-

¹⁸⁴ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 75.

¹⁸⁵ Ebd. S. 15.

¹⁸⁶ Vgl. ebd. S. 19.

¹⁸⁷ Ebd. S. 41.

¹⁸⁸ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 44-45.

derne Sozialdemokraten sollten aber einen anderen Ansatz verfolgen.“¹⁸⁹ Dieser andere Ansatz beinhaltet die Vorstellung, dass auch Märkte zum Erhalt sozialer Maßnahmen beitragen können. Giddens schlägt vor, die Kompetenzen neu zu verteilen und die Märkte stärker an der sozialen Wohlfahrt zu beteiligen. Dass Unternehmen und die Wirtschaft allgemein dies nicht freiwillig tun, ist Giddens klar. Um einen Anreiz zu schaffen, rückt er wiederum von der klassischen sozialdemokratischen Position ab, Steuerbelastungen für Unternehmen seien hoch zu halten, um dieses Geld dann umverteilen zu können.

Vielmehr empfiehlt Giddens, dass es in bestimmten Situationen auch sinnvoll sein könne Steuern zu senken, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen.¹⁹⁰ Anders als bei den Unternehmenssteuern betrachtet Giddens die Frage der Höhe bei den Verbrauchssteuern. „Ganz allgemein ist es politisch und ökonomisch sinnvoll, die Besteuerung auf den Verbrauch zu verlagern, wie das praktisch alle Industriestaaten getan haben. Würde man nicht nur Einkommen, sondern auch den Konsum progressiv besteuern, dann gäbe es einen stärkeren Anreiz zum Sparen.“¹⁹¹ Wie die Durchsetzung einer progressiven Verbrauchssteuer in der politischen Praxis konkret aussehen soll, sagt Giddens aber nicht. Er erklärt nicht, ob zum Beispiel bei steigendem Verdienst auch proportional die Mehrwertsteuer steigen sollte und wie dies durchsetzbar wäre. Desweiteren geht er nicht auf die Frage ein, wie Beschäftigte im Niedriglohnsektor die finanzielle Belastung von gestiegenen Verbrauchssteuern leisten könnten.

Das modifizierte grundsätzliche Verständnis von sozialdemokratischer Politik strahlte auch in die Wählerschaft aus. Für Giddens waren nicht mehr klassische sozialdemokratische Wähler anzusprechen, also (Fach-) Arbeiter und gering Qualifizierte, die auch in Großbritannien ehemals die Stammwählerschaft darstellten. „Im Kontext der Alternative zwischen Links und Rechts kann die politische Mitte natürlich nur Kompromiss heißen, ein »Mittelweg« zwischen zwei klareren Möglichkeiten. [...] Eine erneuerte Sozialdemokratie muss sich links der Mitte befinden, weil soziale Gerechtigkeit und emanzipatorische Politik nach wie vor ihren Kern bilden.“¹⁹² In der politischen Mitte wurde für die erneuerte Sozialdemokratie das größte Wählerpotenzial

¹⁸⁹ Ebd. S. 65.

¹⁹⁰ Vgl. ebd. S. 109.

¹⁹¹ Ebd. S. 113.

¹⁹² Giddens, *Der dritte Weg*. S. 58.

gesehen. In Kombination mit einer wirtschaftsliberaleren Ausrichtung sollten so mehrere Wählerschichten angesprochen werden.

Es lässt sich zusammenfassen, dass der *Dritte Weg* im Kern die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen stärker hervorheben und die Rolle des Staates auf ein Minimum reduzieren wollte. „Und obwohl der Staat in vielen Bereichen auch weiterhin eine regulierende Funktion haben muss, sollte er doch so weit wie möglich als Förderer auftreten, der den Bürgern die Mittel an die Hand gibt, um selbst Verantwortung für die Folgen ihres Handelns übernehmen zu können.“¹⁹³ Zwar befasste sich der *Dritte Weg* auch mit weiteren gesellschaftlichen Themen, wie zum Beispiel dem Ausbau der inneren Sicherheit oder der Stärkung von ökologischem Bewusstsein¹⁹⁴, diese Bereiche scheinen aber für die vorliegende Untersuchung weniger relevant zu sein, da sie vor allem die wirtschaftlichen Aspekte sozialdemokratischer Auffassungen behandelt.

An der Neukonzeptionierung sozialdemokratischer Politik des *Dritten Weges* kam einige Kritik auf. So sagt Ralf Dahrendorf, „dass das neoliberale Projekt in der Wirtschaftspolitik unberührt bleibt. [...] Alles was zur Beeinträchtigung solchen Wirtschaftswachstums führen konnte, ist daher zu vermeiden. Die Dynamik der Märkte ist zu nutzen.“¹⁹⁵ Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass Giddens alte, von Dahrendorf als neoliberal bezeichnete Konzepte neu etikettiert und diese als sozialdemokratische Antworten auf neu auftkommende Fragen verwendet. Grundsätzlicherer Natur ist die Kritik von Chantal Mouffe:

„Giddens definiert sein Ziel als Beitrag zur Erneuerung der Sozialdemokratie. Doch ganz offensichtlich besteht seine angebliche Erneuerung darin, das sozialdemokratische Projekt soweit zu bringen, sich mit dem heutigen Stadium des Kapitalismus abzufinden. Dieser Schritt ist dramatisch: Es war immer das Ziel der Sozialdemokratie, die vom Kapitalismus hervorgerufenen systematischen Probleme der Ungleichheit und Instabilität anzugehen. Nachdem er aber Alternativlosigkeit verkündet hat, fühlt sich Giddens zur Aufgabe dieser angeblich überholten Position berechtigt. Er übersieht schlicht und einfach die systematischen Beziehungen zwischen den globalen Marktkräften und der Vielzahl von Problemen [...], die seine Politik vorgeblich in Angriff nimmt.“¹⁹⁶

Einen Kritikpunkt stellt laut Mouffe die sozialdemokratische Tradition dar. Nach ihrer Aussage war es immer ein Hauptanliegen dieser Parteien, den Kapitalismus menschlicher zu gestalten und auftretende Ungleichheiten möglichst gänzlich zu beseiti-

¹⁹³ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 182.

¹⁹⁴ Vgl. Giddens, *Der dritte Weg*. S. 61 ff.

¹⁹⁵ Dahrendorf, *Ein neuer Dritter Weg?* S. 20.

¹⁹⁶ Mouffe, *Über das Politische*. S. 79.

gen. Giddens spricht sie diesen Anspruch ab. Weiter unterstellt sie dem Konzept des *Dritten Weges* eine ultimative Sichtweise, welche die Richtigkeit der getroffenen Aussagen voraussetzt. Da Mouffe diese Prämissen aber anzweifelt, folgt sie auch nicht den aus Giddens Standpunkt postulierten logischen Lösungsschlussfolgerungen.

Franz Walter hingegen kritisiert, dass der *Dritte Weg* keine identitätsgefüllte politische Konzeptionierung aufweist, sondern Beliebigkeit das Ordnungsprinzip der Theorie darstellt. So würde der Dritte Weg basale Eckpfeiler des Neoliberalismus übernehmen, grundlegende sozialdemokratische Prinzipien hingegen ignorieren. Die Beliebigkeit manifestiert sich dadurch, dass diese Schritte als neue Form der Sozialdemokratie bezeichnet würden.¹⁹⁷ Der Kritik Dahrendorfs schließt sich auch Walter an. „Der Dritte Weg dieser Spielart bedeutete tatsächlich eine Kapitulation der Sozialdemokratie vor tragenden Elementen alt – und neoliberaler Sichtweisen. Denn auch die Sozialdemokraten akzeptierten nun den Markt als Maß aller Dinge.“¹⁹⁸

Ein weiterer Kritikpunkt kann in dem Auftreten der Politiker gesehen werden, die den *Dritten Weg* politisch umgesetzt und vertreten haben. Denn sie forderten das, was sie selbst nicht vorleben konnten oder wollten. „Insofern war der Dritte Weg ebenfalls eine Art Blase. Als sie platzte, war viel Vertrauen dahin. [...] Die unteren Schichten hatten in den Jahren des Dritten Weges schneidende Appelle zur Arbeitsaufnahme unter allen Bedingungen anhören müssen, ihre Anführer zelebrierten währenddessen, selbstgefällig, geradezu protzend einen neureichen Lebensstil, hofierten oft fast unterwürfig die Eliten des Industrie- und Finanzkapitalismus.“¹⁹⁹ Auch wenn diese Aussage etwas zugespitzt und es schwierig ist, diese zu verallgemeinern, kann unterstellt werden, dass eine Diskrepanz zwischen der geforderten Opferbereitschaft der eigenen Wähler und Politiker des *Dritten Weges* beobachtbar war.

Ähnlich wie Mouffe die vermeintlich logischen Schlussfolgerungen kritisiert, kann auch die wirtschaftliche Logik des *Dritten Weges* angezweifelt werden. Denn diese besagt, dass wirtschaftspolitische Deregulierung nahezu automatisch zu wirtschaftlichem Wachstum führen würde. Michael Wendl räumt ein, dass diese Ansicht zwar auf der Mikro-, nicht aber auf der Makroebene, also der Ebene des Staates zutrifft. Nach Wendl funktioniert eine Gesamtwirtschaft nicht nach den gleichen Prinzipien

¹⁹⁷ Vgl. Walter, *Vorwärts oder abwärts?* S. 46.

¹⁹⁸ Ebd. S. 51.

¹⁹⁹ Ebd. S. 55.

wie ein einzelnes Unternehmen.²⁰⁰ Und auch hier werden dem *Dritten Weg* theoretische Ungereimtheiten vorgeworfen. „Entgegen den eindeutigen empirischen Befunden wird an der Legende vom Hochlohnland Deutschland festgehalten. [...] [Es] wurden die sogenannten Lohnnebenkosten zum zentralen Feld der Auseinandersetzung. [...] Die Bundesrepublik Deutschland hat, von der Arbeitskostenseite her gesehen, kein Wettbewerbsproblem. [...] In der politischen Ökonomie des Dritten Weges wird dieser Zusammenhang dagegen als Wettbewerbsschwäche diagnostiziert.“²⁰¹

Die Kritik am *Dritten Weg* betrifft also zum einen die politische Ebene, die nach Ansicht der Kritiker sozialdemokratische Traditionen verletzt. Zweitens wird der Aufbau der Theorie angezweifelt, manche von Giddens` Schlussfolgerungen werden als falsch angesehen. Der Kritik an der mangelnden Vorbildfunktion der Politiker des *Dritten Weges* folgt die Beanstandung der Kohärenz was die Steuerungsinstrumente des Staates in wirtschaftspolitischen Fragen angeht. Bei aller Kritik muss jedoch festgehalten werden, dass der Dritte Weg den Versuch unternommen hat, auf die Folgen der globalisierten Welt zu reagieren und daraus Nutzen für den Staat zu gewinnen. Dieser Nutzen stellte aber keinen Selbstzweck dar, er sollte dem einzelnen Bürger zugutekommen. Es verdient weiterhin Beachtung, dass der Dritte Weg das erfolgreichste Modernisierungskonzept sozialdemokratischer Politik der letzten Jahre darstellte. Dank dessen Beitrag wurde die Basis für die Machtübernahme in Großbritannien und auch Deutschland gelegt. Der Dritte Weg versuchte, den Folgen von Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt, längeren Ausbildungszeiten und unterbrochenen Erwerbsbiografien Rechnung zu tragen und diesen neuartigen Phänomenen eine theoretische Antwort zu geben.

Insofern kann das Konzept als durchdacht, aber teilweise fehlerbehaftet bezeichnet werden. Einer dieser Fehler, der bei der oben angeführten Kritik nicht genannt wurde, ist das Prinzip der Freiwilligkeit. Es ist in der politischen Praxis schwer vorstellbar, dass wirtschaftliche Unternehmen sich auf freiwilliger Basis an den Ausgaben des Wohlfahrtsstaates beteiligen. Es kommt hinzu, dass sie dieser Verpflichtung durch Steuerzahlungen schon nachkommen. Unternehmen, deren wesentliches Ziel es ist, ihren Profit zu maximieren und eigene Interessen durchzusetzen, sind schwer davon zu überzeugen, freiwillig zum Gesamtwohl beizutragen, so die These.

²⁰⁰Vgl. Michael Wendl, „Der »Dritte Weg« in der Krise.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2002). S. 613.

²⁰¹ Ebd. S. 613.

Trotz mancher kritikwürdigen Punkte am Konzept kann gesagt werden, dass der *Dritte Weg* in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren dem Zeitgeist entsprach, auf aktuelle Probleme reagierte und deshalb den sozialdemokratischen Parteien einen Erfolg bescheren konnte.

IV.2. Bodo Hombachs Konzeption einer wirtschaftsliberalen Bundesrepublik: Die Neue Mitte

Das deutsche Pendant zum *Dritten Weg*, die *Neue Mitte*, wurde maßgeblich vom ehemaligen Kanzleramtschef unter Gerhard Schröder, Bodo Hombach, konzipiert. Im Bundestagswahlkampf von 1998 wollten die Sozialdemokraten eine neue, leistungsbereite Wählerschaft ansprechen und so die Regierungsmacht übernehmen. Die Handlungsanleitungen Hombachs rücken die Verantwortung des Einzelnen noch stärker in den Vordergrund als die Theorie von Giddens. Es ist problematisch, die Konzeption der *Neuen Mitte* als eine sozialdemokratische Modernisierungstheorie zu bezeichnen, da die überwiegende Mehrzahl der tragenden Elemente deutlich (wirtschafts-) liberale Züge aufweist. Wenn das Grundsatzprogramm einer Partei als Ausgangsbasis für das Wahlprogramm dienen soll, dann wäre das Berliner Programm die theoretische Anleitung für den Wahlkampf von 1998 gewesen. Teilweise stellen Programmpunkte der *Neuen Mitte* jedoch genau das Gegenteil dar. Das Hamburger Programm mit seiner liberaleren Ausrichtung entspricht eher den Forderungen, die Hombach aufstellte. Trotzdem ist der Modernisierungsversuch der *Neuen Mitte* Gegenstand dieser Untersuchung, da er wie kein anderer die politische Aufstellung der SPD in den letzten Jahren prägte.

Hombach bricht noch deutlicher mit der traditionellen sozialdemokratischen Politikauffassung als Giddens' *Dritter Weg*. Weiter ist auffallend, dass Hombach in seinem Buch²⁰² zur Vorstellung der *Neuen Mitte* rhetorisch deutlich schärfer agiert als Giddens, was durch folgendes Beispiel belegt werden kann: „Zur Politik der Verteilung führt kein Weg zurück. [...] Noch gibt es in Deutschland Ressentiments gegen die Abgabe von staatlicher Verantwortung an die Bürger, eine Art Absicherungs- und Mietermentalität. Aber stattdessen muss die soziale Sicherung die Menschen befähigen, Risiken zu übernehmen und flexibel auf Veränderungen zu reagieren. [...] Das Stichwort ist der aktivierende Staat. Wir müssen Instrumente in die Hand nehmen,

²⁰²Vgl. Bodo Hombach, *Aufbruch: Die Politik der neuen Mitte*, 2. Aufl. (München: Econ, 1998).

die Selbsthilfe, Eigeninitiative und Unternehmertum fördern. Nur der aktivierende Staat kann von seinen Bürgern und Bürgerinnen Gemeinsinn erwarten.²⁰³ Das soziale Sicherheitsempfinden der Bürger, der Glaube an eine Absicherung vor Arbeitslosigkeit oder die Hoffnung der Menschen auf ausreichende Rentenzahlungen bezeichnet Hombach hier als Mietermentalität. Den Anspruch, durch geleistete Beitragszahlungen im Notfall abgesichert zu sein, zieht er hier ins lächerliche. Kennzeichnend ist auch, dass Hombach einer sozialverträglichen Umverteilungspolitik eine Absage erteilt.

Hombachs Buch fährt in seiner hochtrabenden Rhetorik fort und grenzt diejenigen aus, die Kritik an der Richtigkeit seines Konzepts äußern. „Die SPD muss ihre Tore öffnen für alle, die nach dem Credo »Eine kleine Tat ist mehr als große Worte« leben. Nicht das Gutgemeinte, nur noch das Gutgemachte zählt. Wer den Status quo des Wohlfahrtsstaates verbissen verteidigt, ist in Wahrheit sein Totengräber.“²⁰⁴ Mit dieser Aussage wird deutlich, dass Hombach nur noch einen reduzierten Wohlfahrtsstaat für angemessen hält. Dass der Sozialstaat in der damaligen Form nicht mehr tragbar war, wird auch von anderer Seite bestätigt. „Die strategische und politisch-kulturelle Modernisierung der SPD gegen Ende der 90er in Richtung »Neue Mitte« war alternativlos. Der Wandel der Gesellschaft konnte nicht mehr mit dem Programmvorrat, den Symbolen und dem Politikstil der 80er Jahre beantwortet werden.“²⁰⁵ Der Verweis auf den Gesellschaftswandel kann jedoch wie ein Totschlagargument betrachtet werden, dem die substanzielle Grundlage fehlt. Wie gezeigt wurde, hat sich die Wohlstandsverteilung innerhalb der Bundesrepublik zwar deutlich verbessert, Ungleichheit herrschte und herrscht aber immer noch in hohem Maße vor. Sich diesen Problemen anzunehmen, hätte eine mögliche Option für die SPD darstellen können.

Hombach ging zwar auf diese Forderungen ein, ob er dies ausreichend tat kann jedoch angezweifelt werden. Denn für ihn sollte der Sozialstaat so konzipiert werden, dass die eigene Leistung im Vordergrund stand. Wenn Bürger bereit dazu waren, Verantwortung zu übernehmen, sich weiter zu qualifizieren oder Risiken aufzunehmen, dann sollte ihnen nach Hombachs Vorstellungen Chancen zur Verfügung ste-

²⁰³ Hombach, *Aufbruch*. S. 11-12.

²⁰⁴ Ebd. S. 13.

²⁰⁵ Benjamin Mikfeld, „New Deal im 21. Jahrhundert: Herausforderungen für die Sozialdemokratie.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Heft 1/2 (2003). S. 16.

hen.²⁰⁶ Die Verteilung von Chancen war in dem Konzept der neuen Mitte exklusiv verteilt. „Nur wo die Effektivität und Transparenz der Förderung verbessert wird, da wird die Leistungsbereitschaft gestärkt: Die besten Lösungen werden prämiert.“²⁰⁷ Diese Aussage lässt sich sowohl auf die einzelnen Bürger als auch auf die Unternehmen anwenden. Auf der Seite der Unternehmen kann dieses Konzept jedoch fatale Folgen haben. Denn diejenigen Lösungen, die nicht zu den besten, aber noch zu den guten bis sehr guten gehören, gehen nach dieser Auffassung leer aus. Diese „the-winner-takes-it-all“-Auffassung kann dazu führen, dass der geforderte Konkurrenzkampf genauso stark hemmend wirkt wie die kritisierte Verteilungspolitik.

Ähnlich wie der *Dritte Weg* setzt auch die *Neue Mitte* auf eine weitgehende Flexibilisierung der Lohnarbeit. Ob die folgenden Vorschläge Hombachs jedoch zu einer steigenden Eigeninitiative der Arbeitnehmer führen, sei dahingestellt. „Das Merkmal unserer Politik ist Fairness – gegenüber denen, die Hilfe brauchen, aber auch gegenüber denen, die diese Hilfe leisten sollen. [...] Die Konsequenz: Jeder Job ist besser als keiner! Arbeit, auch gering bezahlte, wenig qualifizierte, ist der Würde zuträglicher als jeder noch so üppige Sozialtransfer.“²⁰⁸ Diesen Forderungen wurde mit den von der rot-grünen Bundesregierung durchgeführten Arbeitsmarktreformen Rechnung getragen. Die Behauptung Hombachs, die Annahme jedes Berufsangebots sei fair, kann mit einiger Skepsis betrachtet werden. Dies wird auch daran deutlich, wenn die Beschäftigungszahlen in der Zeitarbeitsbranche genauer betrachtet werden. „Bei den Verleihbetrieben standen im Dezember 2010 bundesweit insgesamt 824.000 Leiharbeiter unter Vertrag, 486.000 oder 144 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor.“²⁰⁹ Während der Zeit der SPD geführten Bundesregierung stieg die Zahl der Leiharbeiter rasant an, wie diese Zahlen belegen. Dies allein wäre nicht kritikfähig, schufen die Agenda-2010-Reformen doch neue Arbeitsplätze. Besorgniserregend für eine sozialdemokratische Partei kann es jedoch sein, dass Leiharbeiter im Durchschnitt nur circa die Hälfte des Lohns eines regulär Beschäftigten erhalten.²¹⁰ Diese deutliche

²⁰⁶ Vgl. Hombach, *Aufbruch*. S. 14.

²⁰⁷ Ebd. S. 16.

²⁰⁸ Ebd. S. 18.

²⁰⁹ Bundesagentur für Arbeit, „Der Arbeitsmarkt in Deutschland: Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen.“

<http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/244170/publicationFile/119019/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung-1HJ2010.pdf>.

²¹⁰ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, „Der Arbeitsmarkt in Deutschland: Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen.“

Lohndiskrepanz steht mit dem Konzept Hombachs in Einklang und ist legitim, da „tariflichen Spielräume für flexiblere Arbeitszeitmodelle“²¹¹ groß sind. Und das Konzept der *Neuen Mitte* wollte flexible Arbeitsformen weiter ausbauen: „Geförderte Zeitarbeit, intelligente Arbeitszeitmodelle, Anreize zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen in wettbewerbsfähigen Branchen und eine stärker an den Erfordernissen des Strukturwandels orientierte Weiterbildungsoffensive – Brücken, nicht Krücken muss der Staat anbieten.“²¹²

An der folgenden Aussage kann Hombach ein Mangel an politischem Weitblick unterstellt werden: „Von flexiblen Arbeitszeitverkürzungen über eine aktivierende Sozial- und Beschäftigungspolitik bis zur Gestaltung einer intelligenten ökonomischen Angebotspolitik »von links« - überall brauchen wir neue, intelligente Antworten, die sich im Zweifelsfalle um die Formeln in den Programmbüchern nicht scheren.“²¹³ Da Programme unter anderem die Funktion haben, den inhaltlichen Hintergrund von konkreten politischen Entscheidungen zu stellen, kann ein Verzicht auf programmatische Antworten als fahrlässig gewertet werden. Parteien und deren Kandidaten werden nicht zuletzt auch wegen ihren Programmen gewählt, dies macht sie einschätzbar und überprüfbar. Werden Programme nicht mehr beachtet, kann politische Beliebigkeit zum Handlungsmotiv von Entscheidungen werden.

An einer Stelle seines Werkes offenbart Bodo Hombach die Ansicht, nach der ein Staat seiner Meinung nach konzipiert werden soll. „In Zukunft muss der Staat eher wie eine Konzernzentrale gedacht werden, die weniger lenkend eingreift als vielmehr durch organisatorische Anpassungen ein Höchstmaß an individueller wirtschaftlicher und sozialer Produktivität ermöglicht.“²¹⁴ Hombach möchte also den Staat so umgestalten, dass er den Regeln der Privatwirtschaft folgt, deren oberstes Prinzip es ist einen Gewinn vorzuweisen. Die postulierte Anpassung kann demnach als Ausrichtung der Politik nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen verstanden werden. Etwas zugespitzt formuliert kann Hombach dahingehend ausgelegt werden, dass Unternehmen der Politik ihr Handeln diktieren und die Politik diese Wünsche dann in Gesetzesform umsetzt.

<http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/244170/publicationFile/119019/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung-1HJ2010.pdf>.

²¹¹ Hombach, *Aufbruch*. S. 31.

²¹² Ebd. S. 70.

²¹³ Ebd. S. 42.

²¹⁴ Ebd. S. 66

Konsequent folgt Hombach diesem Weg auch dadurch, dass er die traditionelle enge Bindung der Gewerkschaften zu den Sozialdemokraten versucht aufzuweichen. Die Autonomie der Flächentarifverträge, die bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden liegen, will Hombach neu definieren. Deshalb sollen in Zukunft abgeschlossene Tarifverträge „mehr Spielräume bieten müssen, damit im grenzüberschreitenden Wettbewerb überlebenswichtige individuelle Strategien angewendet werden können“²¹⁵. Dabei soll Hombachs übergeordnetes Ziel erreicht werden, das zwei Bereiche umfasst. Wirtschaftliche Freiheit und der Gemeinsinn der Bevölkerung sollen als wechselseitige Bedingungen, nicht weiter als Gegensätze aufgefasst werden.²¹⁶

Um seine Thesen zu stützen, versucht Hombach auch auf der anthropologischen Ebene zu argumentieren. Er kreiert ein Menschenbild, bei dem der Erwerbsarbeit ein hoher Stellenwert zukommt. „Sich durch Arbeitsplätze zu definieren, ist ein Wesensmerkmal der Menschen in Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften.“²¹⁷ Die Arbeit trägt also in hohem Maße zur Persönlichkeitsbildung des Menschen bei. Dabei kann das Menschenbild Hombachs hinterfragt werden. Denn wie gezeigt wurde, fordert er flexiblere Arbeitszeitmodelle und schlechte Entlohnungen, um sein übergeordnetes Ziel zu erreichen, die Arbeitslosenquote so weit wie möglich zu senken. Wenn also die Arbeitsbedingungen für die Menschen schlechter werden, eröffnet sich eine Kritikmöglichkeit an Hombachs Auffassung des Menschen. Denn die Möglichkeit ist durchaus vorhanden, dass eine größere wirtschaftliche Liberalität zu Lasten der Arbeitnehmer geht, die sich den neuen flexibleren Modellen anpassen müssen. Wenn also unsichere Arbeitsverhältnisse, ein aufgeweichter Kündigungsschutz, schlechte Entlohnung zum Beispiel in der Zeitarbeitsbranche und eine geforderte steigende Flexibilität zur Identitätsfestigung des Menschen beitragen sollen, kann die eigenverantwortliche Lebensführung des Bürgers, die Hombach fordert, angezweifelt werden.

Die *Neue Mitte* kann als radikaler Versuch bezeichnet werden, dem Gesellschaftswandel und der sechzehnjährigen Oppositionszeit der SPD auf Bundesebene eine Antwort zu geben. Dass dieser Versuch erfolgreich war, zeigen der Wahlsieg der SPD bei den Bundestagswahlen 1998 und die Regierungsübernahme Gerhard Schröders. In einem Positionspapier aus dem Jahr 2001 definieren Abgeordnete der

²¹⁵ Hombach, *Aufbruch*. S. 68.

²¹⁶ Vgl. ebd. S. 71.

²¹⁷ Ebd. S. 79.

SPD, die der als wirtschaftsfreundlich geltenden parteiinternen Gruppierung der Netzwerker zuzuordnen sind, die Erfolgsbedingungen der Volkspartei SPD. „Letztlich wird die SPD aber nur dann als Volkspartei eine Zukunft haben, wenn sie programmatisch attraktiv bleibt [und] sie Probleme löst“ [.]²¹⁸ Die Problemlösungskompetenz der SPD mithilfe der *Neuen Mitte* kann jedoch angezweifelt werden. „Das Konzept der »neuen Mitte« wurde im Wahlkampf von 1998 allerdings mit dem Versprechen, die sozialen Schief lagen der neunziger Jahre zu beheben, kombiniert. Mit der entsprechenden Parole - »Innovation und Gerechtigkeit« - erreichte 1998 die von Schröder geführte SPD die Abwahl der schwarzgelben Koalition und des Kanzlers Helmut Kohl. Die Versprechen, mit denen die Wahl gewonnen worden war, wurden jedoch nicht in eine anhaltende Mobilisierung umgesetzt.“²¹⁹ Die Versprechungen an die Bevölkerung konnte die SPD nicht erfüllen, seine Ziele hat das Konzept der *Neuen Mitte* nicht in vollem Umfang erreicht.

Desweiteren kann der Neuen Mitte eine konsistente inhaltliche Konzipierung abgesprochen werden. „Die „Neue Mitte“ erwies sich als bloßes Etikett, dem kein Inhalt, keine Ziele entsprachen, und die durchaus mutige „Agenda 2010“ als sperriger Fremdkörper.“²²⁰ Dem Ziel des wirtschaftlichen Aufschwungs fehlten die konkreten Handlungselemente, so dieser Kritikpunkt.

Eine weitere Kritik der *Neuen Mitte* behandelt die durch Hombach geschaffene Hierarchisierung sozialdemokratischer Wähler und die mangelnde Fähigkeit, diese Wählerschaft zu einen. „Die Gesellschaft ist sozial und kulturell unübersichtlicher als in der goldenen Ära der Sozialdemokratie. Aber der Kern der politischen Herausforderung ist derselbe. Es geht auch heute darum, ein politisches Bündnis zwischen dem aufgeklärten, solidarischen Teil der gesellschaftlichen Mitte und der Unterschicht zu schmieden, das ökonomisch vernünftig, sozial fair und politisch überzeugend ist.“²²¹ Mit den Antworten der *Neuen Mitte* konnte Bodo Hombach diese Verbindung nicht herstellen, da die hier bezeichnete Unterschicht als nicht leistungsbereite Gruppierung pauschalisiert wurde, die ihre materielle Versorgung auf Transferleistungen des Staates stützte. Die Pauschalisierung auf der einen und die Klassifikation der Bürger auf der anderen Seite führten zu einer Heterogenisierung der sozialdemokratischen

²¹⁸ Kerstin Griese, „Erneuerung der SPD.“. <http://kerstin-griese.de/soaufbru.htm>.

²¹⁹ Heiko Geiling und Michael Vester, „Soziales Kapital und Wahlverhalten - Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei.“ in *Die Krise der SPD*. S. 41.

²²⁰ Michael Mertes, „Das Ende einer Episode: Rhetorischer Überbau als rot-grünes Signum.“ *Die Politische Meinung*, Nr. 429 (2005). S. 9.

²²¹ Thomas Meyer, „Zwischenruf: Wie weiter SPD?“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2009). S. 12.

Wählerschaft, welche diese als Konkurrenten und nicht als Partner der SPD entzweite. Ähnlich argumentiert auch Michael Vester. Die politischen Vertreter der Neuen Mitte ließen sich demnach „raten, sich von der „schrumpfenden Basis der traditionellen Arbeiterschicht“ zu lösen, die nur materielle Umverteilung wolle, um sich in der komfortablen Hängematte des Wohlfahrtsstaates auszuruhen“²²².

Existenziellerer Natur ist ein anderer gewichtiger Kritikpunkt am Konzept der *Neuen Mitte*, der die bis dato gültige sozialdemokratische Politikauffassung verletzt, die eine Angleichung der Lebensverhältnisse der gesamten Bevölkerung auf hohem Niveau vertrat. Demnach haben die Hartz-Reformen der SPD stark dazu beigetragen, eine neue soziale Unterschicht zu etablieren, gleichzeitig wurden Unternehmen jedoch durch massive Steuerentlastungen begünstigt.²²³ Dies lässt sich nicht mit dem Grundsatz der *Neuen Mitte* vereinbaren, persönlicher Einsatz jedes Einzelnen führe zu einer Wohlstandsabsicherung der Menschen. Noch weniger lässt sich diese Tendenz mit den Grundsatzprogramm der SPD von Bad Godesberg oder Berlin zusammenführen, die die Wirtschaft als Instrument ansahen, welches die freie Entfaltung des Menschen begleiten und fördern, nicht jedoch erschweren und behindern sollte. Für die beiden genannten Programmatiken galt der Grundsatz, dass die Politik die wirtschaftlichen Spielregeln aufstellen sollte und nicht umgekehrt.

„Festzuhalten ist, dass der Dritte Weg respektive die unter Gerhard Schröder in Anlehnung daran entwickelte ‚Neue Mitte‘ tatsächlich diejenigen sozialdemokratischen Konzepte waren, mit denen in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren die größten Erfolge erzielt wurden und welche die sozialdemokratische Programmatik am nachhaltigsten geprägt haben. Doch trotz der sichtbaren Erfolge ist es den Verfechtern des Dritten Wegs nicht gelungen, die in dieser Arbeit dargestellten und analysierten Probleme auf eine so grundsätzliche Art und Weise zu lösen, dass sich ein neues sozialdemokratisches Modell abzeichnen würde, mit dessen Hilfe beispielsweise die zahlreichen Niedergangstheoretiker endgültig widerlegt werden könnten.“²²⁴

Trotz aller Kritikpunkte bleibt der bei Wahlen erzielte Erfolg der *Neuen Mitte* also bestehen. Sie verhalf Gerhard Schröder 1998 zur Regierungsübernahme auf Bundesebene. Wird der Erfolg der *Neuen Mitte* nur daran gemessen, kann dieses Modernisierungskonzept als gelungen bewertet werden. Werden jedoch rückblickend die weiteren Folgen betrachtet, fällt die Kritik negativer aus. Es entstand mit der Partei *Die Linke* eine neue politische Kraft links von der SPD, deren Etablierung im bundes-

²²² Michael Vester, „Schieflagen sozialer Gerechtigkeit.“ *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 8 (2002). S. 453.

²²³ Vgl. Michael Vester, „Das Fiasko der „neuen Mitte“!: Die Bundestagswahl 2005 und die Orientierungen der gesellschaftlichen Milieus.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 5 (2005). S. 14.

²²⁴ Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 360.

deutschen Parteiensystem als stabil bezeichnet werden kann. Gravierender ist jedoch die Forcierung der sozialen Spaltung, welche durch die von den Sozialdemokraten geschaffenen Sozialreformen entstanden ist. Der gezeigte starke Zuwachs von Zeitarbeitsbeschäftigten degradierte diese Arbeitnehmer zu Erwerbstätigen zweiter Klasse, die neben einer geringeren Entlohnung auch steigende soziale Unsicherheiten in Kauf nehmen mussten und müssen. Wie im Kapitel der sozialen Ungleichheit gezeigt wurde, stieg die Armutsverteilung auch in den Jahren sozialdemokratischer Regierungen. Die Zahl derer, die im gesicherten Wohlstand leben kann, ist auf unter 50 % gefallen.

Das Konzept der *Neuen Mitte* hat Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs nicht in die Theorie mit aufgenommen. Treten diese auf, wie zum Beispiel die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007, verwandeln sich wirtschaftliche Wachstumszahlen ins Negative. Werden dann in der Folge Arbeitsplätze abgebaut, zum Teil auch wie in der Finanzbranche zu einem großen Teil, ist das soziale Netz, das die ehemaligen Arbeitnehmer auffangen soll, auf ein Minimum reduziert. Hier kann der *Neuen Mitte* ein theoretisches Defizit unterstellt werden. Wenn leistungsbereite Arbeitnehmer, also genau die angesprochene und umworbene Klientel des Konzepts, ohne eigene Schuld den Arbeitsplatz verlieren, hält der Grundsatz der lohnenden Eigeninitiative einer empirischen Überprüfung nicht stand. Desweiteren droht die *Neue Mitte* eine beschleunigende Dynamik der wirtschaftlichen Anpassung zu errichten, deren letztendliche Konsequenz nicht absehbar ist. Wenn die nationalstaatlichen Regierungen in einen Wettstreit darüber geraten, wer die flexibelsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen schafft, geben sie dadurch einen beträchtlichen Teil ihrer Souveränität an private Unternehmen ab. Was dies jedoch für die soziale Absicherung und die Arbeitnehmer konkret bedeuten würde, beantwortet Hombachs Konzeption nicht.

Das Fazit fällt bei der deutschen Variante ähnlich aus wie beim britischen *Dritten Weg*. 1998 waren die Wähler empfänglich für eine modernisierte Staatsauffassung, bei der der Staat nicht mehr dafür zuständig sein sollte jedes kleine Detail zu regulieren. Den Sozialdemokraten und ihrem Spitzenkandidaten Schröder gelang es zu dieser Zeit, diese Erwartungen politisch zu beantworten.

IV.3. Vollbeschäftigung und staatliche Umverteilung als Kennzeichen des sozialdemokratischen Markenkerns? Die Rückkehr zur sozialen Frage

Anders als bei den bisher vorgestellten Konzepten kann bei der Rückkehr zur sozialen Frage nicht von einer Theorie im engeren Sinne gesprochen werden. Vielmehr behandelt dieses Thema konkrete politische Fragestellungen und deren Antworten. Dabei ist die soziale Frage eng mit der sozialen Gerechtigkeit verknüpft, was für Teile der SPD eine herausgehobene Bedeutung besitzt. So schreibt Wolfgang Thierse: „Soziale Gerechtigkeit war und ist der zentrale Grundwert im Selbstverständnis der Sozialdemokratie. Sie bedeutet für Sozialdemokraten gleiche Freiheitschancen im Sinne der Sicherung der äußeren Handlungsmöglichkeiten durch Rechtsgarantien, der Sicherung wirklicher Mitwirkungschancen am politischen Entscheidungsprozess und die Gewährleistung der sozialen und kulturellen Voraussetzungen für die Entfaltung der individuellen Persönlichkeit.“²²⁵ Mit dieser knappen Darstellung sind die Schlagworte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, denen sich Sozialdemokraten verpflichtet fühlen, inhaltlich mit Bedeutung gefüllt.

Dass die Beibehaltung des sozialen Hintergrundes für die SPD von elementarer Bedeutung ist, zeigt die Verteilung der Wähler nach deren soziostrukturellen Zugehörigkeit. Bei den ersten Bundestagswahlen seit den Agenda-Reformen im Jahr 2005 verlor die SPD im Gegensatz zu den Wahlen von 2002 in der Berufsgruppe der Arbeiter 6,2%, bei den Arbeitslosen sogar 7,3%.²²⁶ Aus diesen Zahlen kann die These abgeleitet werden, dass die SPD überproportional (bei Wahlen) an Zustimmung verliert, wenn sie bei der Lösung von sozialen Fragestellungen diese Gruppierungen nicht ausreichend bedenkt beziehungsweise diese sich benachteiligt fühlen.

Die Beantwortung von sozialen Fragen aus sozialdemokratischer Sichtweise befasst sich allgemein gesehen mit der Frage der Umverteilung und der Schaffung von Vollbeschäftigung. „Einerseits wurde Arbeit als sinnstiftend und als zentraler Aspekt menschlichen Lebens angesehen, weswegen Vollbeschäftigung zu einem herausragenden sozialdemokratischen Ziel wurde. Andererseits wurde die Gefahr der Ausbeutung der Arbeitnehmer als eine dem Kapitalismus eingeschriebene Tendenz wahrgenommen. [...] Aus der besonderen Bedeutung, die die Erwerbstätigkeit für die Sozialdemokratie hatte, folgte eine spezifische Verpflichtung des Staates denjenigen ge-

²²⁵ Wolfgang Thierse, „»Dritte Wege« im europäischen Maßstab.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 11 (1999). S. 989.

²²⁶ Vgl. Horst Heimann, „Plädoyer für eine linke Volkspartei SPD: Anmerkungen zu einer notwendigen Debatte.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 6 (2005). S. 44.

genüber, die nicht (mehr) arbeiten konnten oder keinen Arbeitsplatz fanden.“²²⁷ Hier zeigt sich, dass die Sozialdemokratie schon vor den Modernisierungskonzepten des *Dritten Weges* beziehungsweise der *Neuen Mitte* der wirtschaftlichen Prosperität einen hohen Stellenwert einräumte. Die angestrebte Vollbeschäftigung sollte nicht nur den Erwerbstätigen zugutekommen, sondern auch den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Existenzsicherung garantieren.

Es war der sozialdemokratische Anspruch, dies auf dem Wege der Umverteilung politisch zu realisieren. „Die sozialdemokratische Vorstellung vom Schutz des Individuums vor den ungezügelten Kräften des Marktes ging über eine Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter deutlich hinaus. [...] Die Verwirklichung des Gleichheitsgedankens durch die weitgehende Annäherung der materiellen Lebensverhältnisse war ein zentrales Anliegen aller Sozialdemokraten. [...] Umverteilung war also nicht nur ein *Mittel*, sondern wurde im Laufe der Zeit auch immer mehr zu einem zentralen sozialdemokratischen *Ziel*.“²²⁸ Geprägt wurde diese Auffassung von dem Gedanken, dass reichere Bürger ihren Reichtum nicht alleine, sondern auch mithilfe der materiell schwächer gestellten Arbeitnehmer erwirtschaften konnten. Durch eine starke Umverteilungspolitik sollte so ein sozialer Ausgleich entstehen. An Aktualität haben solche Maßnahmen nicht verloren. Wenn sich in der Bundesrepublik immer mehr Familien vom Durchschnittseinkommen entfernen, also weniger Geld zur Verfügung haben als das berechnete Mittel, gleichzeitig aber der Wohlstand bei den als reich geltenden Bürgern steigt, kann dies als Begründung für eine Ausweitung der Umverteilungspolitik gelten.

Einen weiteren Grund für eine stärkere soziale Ausrichtung der SPD kann auch in wahltaktischen Überlegungen liegen. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, ihre sozialpolitische Botschaft sowohl der politischen Mitte als auch den als links einzustufenden Wählern zu erklären, könnte sie ihr Wählerpotenzial vergrößern.²²⁹ Um dies zu erreichen, müsste sich die SPD aber klar positionieren, und Meyer hat hierfür auch einen Vorschlag, den er den deutschen Sozialdemokraten unterbreitet: „Sozial ist der skandinavische Weg der Modernisierung. Alle Reformen, schmerzhaftes Einschnitte inbegriffen, dienen dem Ziel, die soziale Inklusion zu sichern, also die Klassenspaltung, die Teilhaber und Ausgeschlossene produziert, gerade auch in Zeiten

²²⁷ Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. S. 28.

²²⁸ Ebd. S. 28.

²²⁹ Vgl. Thomas Meyer, „50 Jahre Godesberg: Wohin nun SPD? Ein Blick zurück nach vorn.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 11 (2009). S. 53.

der Globalisierung dauerhaft zu überwinden; [...] Sie ist, wie alle Indikatoren zeigen, die erfolgreichste Variante. Daher gelingt den Sozialdemokratien des Nordens auch die politische Selbstbehauptung.²³⁰ Die alleinige soziale Ausrichtung der SPD wäre also keine Lösung für die Zukunft, es müssten auch die Erbringer der sozialen Leistungen von der Richtigkeit dieser Politikauffassung überzeugt werden. Gelänge dies, wäre laut Meyer die Wahrscheinlichkeit groß, dass dieses Politikmodell auch in Deutschland Erfolg haben könnte.

Ähnlich argumentiert das SPD-Bundesvorstandsmitglied Julian Nida-Rümelin. Nach dessen Aussage kann das dänische Modell der Arbeitslosenhilfe nachahmenswert sein. Dort seien die vorhandenen Garantien und Absicherungen einer drohenden oder eintretenden Arbeitslosigkeit um ein vielfaches höher als in der Bundesrepublik, zum Beispiel liege das Arbeitslosengeld prozentual gesehen näher am letzten Nettoeinkommen als in Deutschland. Gleichzeitig beobachtet Nida-Rümelin einen besseren Ausbau der sozialen Dienste in Dänemark, weshalb die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit dort weit kürzer sei als in Deutschland.²³¹ Eine umfassendere Absicherungsmöglichkeit, zum Beispiel im Bereich der Arbeitslosenhilfe, führt demnach nicht zwangsläufig zu einer verstärkten Nutzung des sozialen Netzes, wie Bodo Hombach dies behauptete. Genau der gegenteilige Effekt kann eintreten, wenn ausreichend Unterstützungsangebote vorhanden sind.

Der hier gegebene unvollständige Überblick lässt einige berechtigte mögliche Kritikpunkte außer Acht, so zum Beispiel die Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen. Eine längere Zahlung einer erhöhten Arbeitslosenhilfe oder höhere Rentenzahlungen kosten Geld, das im Staatshaushalt zunächst vorhanden sein müsste, bevor es verteilt werden könnte. Auch folgt aus einer Ausweitung des sozialen Netzes nicht zwingend ein Abbau von Ungleichheit oder Arbeitslosigkeit. Zur nicht geklärten Frage der Finanzierung kommt die Komplexität des politischen Systems. Die Bundesregierung sieht sich mit zahlreichen kollektiven und individuellen Vetospielern²³² konfrontiert, die einen Ausbau des sozialen Netzes be- und verhindern können. Sollte eine Regierung also vorhaben, das soziale Sicherungssystem umfassend zu erweitern, kann

²³⁰ Ebd. S. 54.

²³¹ Vgl. „Gespräch mit Julian Nida-Rümelin: Das programmatische Profil schärfen.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 12 (2009). S. 62.

²³² Zur weiteren Erklärung der Vetospielertheorie siehe George Tsebelis, *Veto players: How political institutions work* (New York: Russell Sage Foundation [u.a.], 2002).

dieses Vorhaben an anderen Entscheidungsträgern durchaus scheitern, zum Beispiel am Vertretungsorgan der Bundesländer, dem Bundesrat.

Die aufgezeigte Tendenz empfiehlt der SPD aber dennoch den Einsatz für die Rückkehr zur sozialen Frage. Empirisch lässt sich zum Beispiel anhand der skandinavischen Länder belegen, dass sozialdemokratische Parteien von einem stark ausgebauten sozialen Sicherungssystem genauso profitieren wie die Bürger der betreffenden Staaten. In der Bundesrepublik könnte die SPD dies erreichen, indem sie ihre ehemals betriebene Verteilungspolitik wieder offensiver vertritt.

IV.4. Die theoretische Notwendigkeit einer fortführenden Links-Rechts-Unterscheidung im politischen System und dessen Bedeutung für die Sozialdemokratie

Bisher ergibt die Untersuchung der Modernisierungskonzepte kein eindeutiges Bild. Kein Versuch konnte eine dauerhafte und konsistente Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel geben. Sowohl die rechten Konzeptionierungen (Dritter Weg, Neue Mitte) als auch die linke Auslegung sozialdemokratischer Politikauffassungen konnten Erfolge aufweisen, sie beinhalteten aber auch (theoretische) Defizite. Der Anspruch, dem Gesellschaftswandel mit einer klar positionierten und definierten politischen Richtung zu begegnen, wurde verfehlt. Diese Feststellung kann die These provozieren, dass es keines langfristigen politischen Konzepts bedarf, um auf die Forderungen der Wählerschaft einzugehen. Da sich die politischen Realitäten in rasantem Tempo wandeln, kann dies schlichtweg nicht gelingen. Damit Parteien diesen Umständen Rechnung tragen können, ist es demnach berechtigt, flexibel auf Änderungen zu reagieren und programmatische Vorgaben gegebenenfalls zu ignorieren, wie Hombach dies vorschlug.

Gibt es unter diesen Umständen also überhaupt noch eine Berechtigung für linke und rechte Politik? Und falls diese Frage positiv beantwortet wird, wie sehen rechte oder linke politische Antworten aus, wie werden sie charakterisiert, wenn Anpassungen auf ständig wandelnde neue Ereignisse erforderlich sind? Der Beantwortung dieser Fragen widmen sich Norberto Bobbio und Chantal Mouffe. In besonderer Weise liefert Mouffe hierbei ein leidenschaftliches Plädoyer für die Beibehaltung einer eindeutigen Trennungslinie zwischen links und rechts und für den Erhalt einer geordneten, aber ideologiebehafteten politischen Streitkultur.

Begonnen wird jedoch mit den Ausführungen Bobbios. Er erklärt zunächst, weshalb er Partei für die Beibehaltung der politischen Unterscheidung zwischen rechts und links ergreift: „Die nachfolgenden Überlegungen entwickeln sich aus der in den letzten Jahren fast schon zum Gemeinplatz verkommenen Feststellung, dass die Unterscheidung zwischen ›rechts‹ und ›links‹, die über nahezu zwei Jahrhunderte [...] die politische Welt in zwei einander gegenüberstehende Lager zu spalten, längst überholt sei.“²³³ Aus dieser Aussage lässt sich herauslesen, dass Bobbio diese Unterscheidung nicht für überholt, sondern immer noch aktuell hält. Er begründet dies damit, dass die Kennzeichen einer links-rechts-Unterscheidung immer noch vorhanden seien, diese Kennzeichen seien die unterschiedlichen Ideologien, deren Fortbestand Bobbio beobachtet.²³⁴ Es ist interessant, dass Bobbio in seinem Werk von 1994 das beschreibt, was die SPD als Regierungspartei in Deutschland seit 1998 in die Tat umsetzte: Eine Aufweichung der Trennung zwischen rechter und linker Politik. Dies wird von Bobbio kritisiert.²³⁵ Den empirischen Nachweis dieser Beobachtung liefert Franz Walter nach. „Die gemäßigten Rechtsparteien enteigneten – wie insbesondere Sarkozy in Frankreich – gezielt die populären Themen und Säulenheiligen der Linken, neutralisierten die früher singulären Kompetenzwerte der Sozialdemokraten im Bereich des Sozialen. Und ein Teil der konservativen Parteien näherte sich – wie in Finnland – bündnispolitisch den ökologischen Gruppierungen, was die Sozialdemokratie in der Frage mehrheitsbildender Allianzen in Bedrängnis brachte.“²³⁶ Die Trennung zwischen rechter und linker Politik ist deshalb schwieriger geworden da die Parteien, welche die jeweils gleichen Inhalte vertreten, wechseln und mal dem linken, ein anderes Mal dem rechten Lager zugeordnet werden. Die Kennzeichen linker und rechter Politik sind demnach volatil. Es müssen die äußeren Umstände berücksichtigt werden, mit denen sich politische Parteien konfrontiert sehen.

Bobbio unterstreicht, dass es keine allgemeingültige und zeitlose linke oder rechte Politik gebe. Denn es „muss natürlich gleich hinzugefügt werden, dass die noch immer vorherrschende Verwendung des Wortpaares, das die wichtigste Antithese darstellt [...] nicht heißt, dass ihre Bedeutung eindeutig ist und vor allem im Verlauf der Zeit keinerlei Veränderung unterlegen war.“²³⁷ Rechts und links seien vielmehr relati-

²³³ Bobbio, *Rechts und Links*. S. 12-13.

²³⁴ Vgl. ebd. S. 13.

²³⁵ Vgl. ebd. S. 29-30.

²³⁶ Walter, *Vorwärts oder abwärts?* S. 60.

²³⁷ Bobbio, *Rechts und Links*. S. 49.

ve politische Begrifflichkeiten, die in einer unmittelbaren Wechselbeziehung zueinander stehen würden. Zunächst werde mit diesen Bezeichnungen keine inhaltliche Aussage getroffen. „Was links ist, ist es im Verhältnis zu dem, was rechts ist. Die Tatsache, dass rechts und links einen Gegensatz darstellen, bedeutet lediglich, dass man nicht gleichzeitig links und rechts sein kann. Aber es wird damit nichts Inhaltliches über die beiden sich gegenüberstehenden Lager angezeigt. Der Gegensatz bleibt, auch wenn sich die Inhalte des Gegensatzes verändern können.“²³⁸ Dies nahm auch Anthony Giddens zur Begründung seiner neudefinierten Lesart sozialdemokratischer Politik. Er behauptete, dass die Trennlinie zwischen Links und Rechts sich verschoben hätte und viele politische Herausforderungen nicht mehr in dieses alte Schema passen würden.²³⁹

Das Auftreten linker Parteien mit rechten politischen Inhalten kann nach Bobbio als eingeschlossenes oder einschließendes Drittes bezeichnet werden. Zwar trifft diese Feststellung auf alle politischen Gruppierungen zu, Gegenstand der vorliegenden Untersuchungen sind aber nur linke beziehungsweise sozialdemokratische Parteien. Nach Bobbio wird das eingeschlossene Dritte dadurch gekennzeichnet, dass es sich politisch zwischen zwei Gegensätzen positioniert und diese dadurch voneinander entfernt. Das eingeschlossene Dritte bezeichnet Bobbio deshalb als dritte Lösung, die neben den beiden ursprünglichen Alternativen existieren kann.

In Abgrenzung hierzu konstituiert sich das einschließende Dritte. Es definiert sich durch die Sonderstellung seiner Position, da es versucht, die beiden ursprünglichen politischen Positionen zu übernehmen und zusammenzuführen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die beiden ursprünglichen Positionen obsolet würden. Den Dritten Weg der Sozialdemokratie bewertet Bobbio auf unterschiedliche Weise. Denn dieser kann sowohl als eingeschlossenes als auch als einschließendes Drittes bezeichnet werden. Einschließend deshalb, da der Dritte Weg in der Theorie versucht, über Rechte und Linke hinauszugehen. Die politische Mitte ist im Gegensatz eine Position zwischen rechts und links, der Dritte Weg will diese Positionen zusammenführen und damit überflüssig machen. In der Praxis beobachtet Bobbio den Dritten Weg jedoch als eingeschlossenes Drittes, der sich in der Mitte zwischen linken und rechten Positionen versucht zu etablieren.²⁴⁰ Gerade der letzte Befund stützt das

²³⁸ Bobbio, *Rechts und Links*. S. 71.

²³⁹ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 48.

²⁴⁰ Vgl. Bobbio, *Rechts und Links*. S. 18-19.

Vorhandensein einer Trennungslinie zwischen links und rechts. Da der *Dritte Weg* versuchte in der politischen Praxis zwischen zwei verfestigten Fronten aufzutreten, sorgte er für eine Festsetzung dieser politischen Ideologien.

Bobbio sieht einen weiteren Grund, warum die vermeintlich überholte links-rechts-Unterscheidung immer noch gegeben sein soll. Dieser betrifft die Neuaufstellungsversuche linker Parteien. „Immer wieder wird mit der alten Linken abgerechnet, um eine neue Linke zu gründen.“²⁴¹ Wäre die klassische Unterscheidung und Einteilung von Parteien nicht mehr gegeben, könnten diese sich auch nicht mehr auf einer links-rechts-Skala neu positionieren. Der Rückgriff auf ein ursprüngliches linkes oder rechtes Profil und dessen Beanspruchung der Parteien untermauern die These von Bobbio, dass die Unterscheidung immer noch eine Daseinsberechtigung hat.

Desweiteren hat die links-rechts-Unterscheidung auch historische Gründe. „Rechts und links sind Begriffe, die der politische Sprachgebrauch im neunzehnten Jahrhundert und bis heute verwendet hat, um das axiale Ordnungssystem der Politik darzustellen.“²⁴² Diese Einteilung beinhaltet demnach auch eine Ordnungsfunktion, mit der Parteien klassifiziert werden konnten und können. Eine Einteilung von Parteien in eine links-rechts-Skala nur um der Einteilung willen ohne inhaltliche Bezugnahme erscheint wenig sinnvoll. Deshalb stellt Bobbio eine Definition auf, nach denen er Parteien kategorisiert.

„Aus der bis zu diesem Punkt geführten Untersuchung und aus der in den vergangenen Jahren betriebenen Sichtung von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, erkenne ich dass das am häufigsten zur Unterscheidung von rechts und links angewandte Kriterium das der unterschiedlichen Haltung ist, die die in einer Gesellschaft lebenden Menschen im Hinblick auf das Ideal der Freiheit und dem des Friedens, eines der höchsten Ziele ist, das sie anstreben und wofür sie bereit wären zu kämpfen. [...] Der Begriff der Gleichheit ist relativ, nicht absolut. Er ist relativ im Bezug auf wenigstens drei Variablen, die man immer vor Augen haben muss, wenn die Rede auf die größere oder geringere Wünschbarkeit der Gleichheit kommt. Die Subjekte, unter denen die Güter verteilt werden sollen; die zu verteilenden Güter; das Kriterium, auf Grund dieser die Verteilung vorgenommen wird.“²⁴³

Die Bestandteile einer Definition von linker und rechter Politik sind die Organisation der in einer Gesellschaft lebenden Menschen, sowie die Bedingungen, nach denen knappe Ressourcen verteilt werden. Diese abstrakte Definition wird von Bobbio noch weiter konkretisiert. „Der Egalitarier geht von der Überzeugung aus, dass der größte Teil der Ungleichheiten, die ihn empören und die er verschwinden lassen möchte,

²⁴¹ Bobbio, *Rechts und Links*. S. 44.

²⁴² Ebd. S. 71.

²⁴³ Ebd. S. 76.

sozialer Art und als solche auch ausmerzbar sind.“²⁴⁴ Da Bobbio das Prinzip der Egalität linken Parteien zuordnet, stellt dies ein Kennzeichen linker Politik dar.²⁴⁵ Das Prinzip der Gleichheit ist für Linke von zentraler Bedeutung: „Links zu sein bedeute, die Ungleichheit vermindern – positiver gesagt: soziale Gerechtigkeit verwirklichen – zu wollen. Andere linke Werte, wie z.B. soziale Zusammenarbeit und der Schutz all jener, die nicht auf eigenen Füßen stehen können, ließen sich aus diesem übergeordneten Ziel ableiten.“²⁴⁶

Am Schluss seines Werkes gibt Bobbio noch ein indirektes Plädoyer für die Beibehaltung einer politischen Unterscheidung. Da er Gleichheit als linkes Charakteristikum identifiziert und „wenn die Gleichheit negativ als Gleichmacherei interpretiert werden kann, kann die Ungleichheit positiv als Anerkenntnis der unveräußerlichen Singularität eines jeden Individuums verstanden werden“²⁴⁷. Mit seiner Festlegung auf eine (charakterliche) Verschiedenheit jedes einzelnen Menschen plädiert Bobbio hier für eine Beibehaltung der von ihm hinterfragten politischen Unterscheidung. Der Politik müsse es gelingen, die in ihren ungleichen Wesensmerkmalen unterschiedlichen Menschen mit gleichen Rechten und Pflichten auszustatten.

Mit einer anderen Methodik aber in die gleiche Richtung argumentiert Chantal Mouffe. Politik sei als Interessenvertretung von Menschen zu verstehen, die unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen würden. Politische Parteien seien die Vertretungsorgane dieser unterschiedlichen Forderungen, demokratische Politik dürfe sich deshalb nicht auf die Kompromissschließung divergierender Interessen beschränken. Die unterschiedlichen interessensgeleiteten Hintergründe der Parteien mache diese parteilich, was für Mouffe die links-rechts-Unterscheidung erst ermögliche.²⁴⁸

Mouffe kritisiert die voranschreitende Professionalisierung von Politik. Denn dadurch würde der Politik das durchaus vorhandene Element der Leidenschaft abhandkommen. „Ich gehe bei meiner Untersuchung von der heutigen Unfähigkeit aus, Probleme unserer Gesellschaften auf *politische* Art und Weise zu bestimmen. Ich meine damit, dass die politischen Fragen nicht nur technische Probleme sind, die von Experten zu lösen wären. Sie erfordern vielmehr immer Entscheidungen, d.h. die

²⁴⁴ Bobbio, *Rechts und Links*. S. 78-79.

²⁴⁵ Ebd. S. 87.

²⁴⁶ Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. S. 48.

²⁴⁷ Bobbio, *Rechts und Links*. S. 92.

²⁴⁸ Vgl. Mouffe, *Über das Politische*. S. 13.

Wahl zwischen konfligierenden Alternativen.“²⁴⁹ Die Antworten auf politische Probleme seien nur durch politischen Streit lösbar. Dieser sollte offen ausgetragen werden, durch eingesetzte Expertenkommissionen würden die Menschen das Interesse am politischen Prozess verlieren. Mouffe beanstandet, dass in der praktischen Politik das Element des Ringens um die beste Lösung mit Uneinigkeit und Führungsschwäche gleichgesetzt wird. Doch gerade darin sieht sie ein zentrales Wesensmerkmal demokratischer Politik. „Ungeachtet dessen, was viele Liberale uns glauben lassen wollen, liegt die Besonderheit demokratischer Politik nicht in der Überwindung des Wir-Sie-Gegensatzes, sondern in der spezifischen Art und Weise seiner Etablierung. Demokratie erfordert eine Form der Wir-Sie-Unterscheidung, die mit der Anerkennung des für die moderne Demokratie konstitutiven Pluralismus vereinbar ist.“²⁵⁰ Durch den hier beschriebenen Gegensatz werden politische Identitäten erst geschaffen, mit denen sich identifiziert werden kann, die aber auch zur Abgrenzung der eigenen politischen Meinung eine Rolle spielen.

Mouffe stellt fest, dass dieser Gegensatz der politischen Unterscheidung zwingend gegeben sei. Die Unterscheidung in ein „Wir versus Sie“ stellt aber erst eine Vorstufe dar. „Jede gesellschaftliche Ordnung ist politischer Natur und basiert auf einer Form von Ausschließung. Es gibt immer andere unterdrückte Möglichkeiten, die aber reaktiviert werden können.“²⁵¹ Die Form der Ausschließung sollte sich aber an gewisse Spielregeln halten, damit der politische Prozess gelingen kann. „[Es scheint] eine der Hauptaufgaben demokratischer Politik zu sein, den potentiellen Antagonismus in den gesellschaftlichen Beziehungen zu entschärfen. [...] Damit ein Konflikt als legitim akzeptiert wird, muss er eine Form annehmen, die die politische Gemeinschaft nicht zerstört.“²⁵²

Anstelle des Antagonismus setzt Mouffe daher eine etwas abgeschwächtere Form, den sogenannten Agonismus. Dieser kennzeichne sich durch eine modifizierte Wir-Sie-Beziehung, bei der politische Akteure die Legitimität der Gegner anerkennen würden. Mouffe legt hierbei großen Wert auf die Zuweisung der jeweiligen Streitpartner. Der Antagonismus hingegen teile politische Opponenten in Feinde ein, der Ago-

²⁴⁹ Mouffe, *Über das Politische*. S. 17.

²⁵⁰ Ebd. S. 22.

²⁵¹ Ebd. S. 27.

²⁵² Ebd. S. 29.

nismus hingegen in Gegner. In diesem Rahmen finde eine gemäßigte und kultivierte politische Auseinandersetzung statt.²⁵³

Wie bereits angesprochen wurde, fordert Mouffe eine verstärkte Rolle der Leidenschaft in der Politik:

„Selbst in Gesellschaften, die sehr individualistisch geworden sind, wird die Notwendigkeit kollektiver Identifikationen nie verschwinden, da sie für die Seinsweise des Menschen konstitutiv ist. [...] Theoretiker, die die Leidenschaften aus der Politik verbannen wollen und den Standpunkt vertreten, demokratische Politik sollte nur auf der Ebene der Vernunft, Mäßigung und Konsens diskutiert werden, stellen damit nur ihr mangelhaftes Verständnis des Politischen und seiner Dynamik unter Beweis. Sie sehen nicht, dass demokratische Politik eine reale Hebelkraft auf die Wünsche und Phantasien der Menschen ausüben muss, dass sie Formen von Identifikation anbieten sollte, die demokratischen Verfahrensweisen zugutekommen, statt Gefühlen mit Interessen und Leidenschaften mit Vernunft zu begegnen.“²⁵⁴

Indirekt ist dies auch ein Plädoyer für den Erhalt beziehungsweise die Rückkehr zu einer ideologisierten Politik, die sich auf der rechts-links-Skala einordnen lässt. Denn politische Ideologien sind immer auch von Wünschen und Verbesserungshoffnungen geleitet, die allein mit der Vernunftebene nicht erklärt werden können. Würde die Politik also weniger technisch, weniger konsensgesteuert ausgerichtet werden, könnte dies die Renaissance ideologiegesteuerter Politik darstellen.

Dies kann, je nachdem welcher geschichtliche Hintergrund betrachtet wird, als bedrohlich empfunden werden. Mit Ideologien meint Mouffe aber ausdrücklich nicht totalitäre Weltanschauungen wie die des Dritten Reiches oder die des stalinistischen Kommunismus. Den übergeordneten Rahmen, in denen sich politische Ideologien zwingend bewegen müssen, stellt die demokratisch verfasste Staatsform dar. Der Wettbewerb zwischen ideologiebehafteten politischen Positionen kann dazu führen, die beste Lösung zu finden. „Daher sollten wir uns vor der heutigen Tendenz hüten, eine Politik des Konsenses zu glorifizieren, die sich rühmt, die angeblich altmodische Politik der Gegnerschaft von rechts und links ersetzt zu haben. Eine gut funktionierende Demokratie braucht den Zusammenstoß legitimer demokratischer Positionen – genau darum muss es bei der Konfrontation zwischen rechts und links gehen.“²⁵⁵

Mouffe erklärt, dass die Staatsform der Demokratie teils existenzielle Dispute aushalten müsse, damit sie bestehen und verfestigt werden könne. Auf der Basis demokratischer Abgrenzungslinien fordert sie klar positionierte Parteien, da sonst Raum für Tendenzen entstehen könne, der demokratiefeindliche Identitäten fördere. Dies

²⁵³ Vgl. Mouffe, *Über das Politische*. S. 29-30.

²⁵⁴ Ebd. S. 40.

²⁵⁵ Ebd. S. 42.

sei nur zu verhindern, wenn in der Demokratie eine lebhaftere geregelte Streitkultur entwickelt werde.²⁵⁶ Mouffe registriert aber, dass in einer demokratisch verfassten Gesellschaft der Wettbewerb zwischen konkurrierenden Positionen auch in einem Kompromiss enden kann. Der springende Punkt ist jedoch, dass dem geschaffenen Konsens ein Wettstreit über politische Alternativen vorausgeht. „Konsens ist zweifellos notwendig, er muss aber von Dissens begleitet werden.“²⁵⁷

Ihre Forderungen unterstreicht Mouffe mit einer gewichtigen Argumentation. Sie beobachtet, wie Norberto Bobbio auch, eine starke Abschwächung des links-rechts-Gegensatzes: „Natürlich sind die Grenzen zwischen rechts und links in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker verwischt worden. Aber statt Voraussetzungen für eine reifere Demokratie zu schaffen, haben wir in vielen westlichen Gesellschaften einen Legitimationsverlust der demokratischen Institutionen erlebt.“²⁵⁸ Mouffe argumentiert, dass die Akzeptanz demokratischer Institutionen steigen könnte, wenn eine neue Form des politischen Wettstreits eingeführt würde. Es ist fraglich, ob diese These zutreffend ist. Nicht nur demokratische Institutionen wie Parteien oder Regierungen haben an Rückhalt in der Bevölkerung verloren, auch die Wahlbeteiligung in Deutschland sinkt nahezu konstant, teilweise auf unter 50%. Solche Wahlbeteiligungen sind in den USA zur Regel geworden. Ob jedoch eine zugespitzte Streitform zum Abbau dieser Phänomene führt, kann nicht mit letzter Sicherheit festgestellt werden.

Festzuhalten bleibt aber, dass es der Sozialdemokratie nicht schaden würde, wenn sie ihr linkes Profil stärker herausstellen würde, so Mouffe. Analog gilt dies für die rechten Parteien, die einen größeren Wert auf ihre konservativen Elemente legen sollten. Die von Mouffe geforderte stärkere leidenschaftliche Beteiligung der Bürger an ihrer Demokratie kann auch durch eine Ausweitung direktdemokratischer Elemente erreicht werden. Wenn mehr Entscheidungskompetenzen vom nicht weisungsgebundenen und nur seinem Gewissen verpflichteten Abgeordneten auf die Staatsbürger übertragen würden, könnte dies ein gesteigertes politisches Interesse der Wähler und damit eine gesteigerte Akzeptanz demokratischer Institutionen begünstigen. Dies könnte durch sozialdemokratische Parteien realisiert werden, die traditionell großen Wert auf ihre Programmatiken und die sie tragende Basis legten. Unter Zuhilfenahme der Theorien Bobbios und Mouffes könnte ein neues, gewichtiges linkes

²⁵⁶ Vgl. Mouffe, *Über das Politische*. S. 43.

²⁵⁷ Ebd. S. 43.

²⁵⁸ Ebd. S. 85.

Charakteristikum die Etablierung direktdemokratischer Elemente darstellen. Damit könnten Sozialdemokraten auch die geforderte links-rechts-Unterscheidung wieder einführen, indem sie mit konservativen Parteien in einen Wettstreit über direktdemokratische Elemente eintreten.

Die bisherigen Schlussfolgerungen basieren auf theoretischen Überlegungen. Es erscheint sinnvoll, diesen Überlegungen durch eine kurze empirische Beobachtung mehr Gewicht zu verleihen. Das Ziel ist es, „die Idee der sozialen Demokratie unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts wirklich neu und dynamisch zu buchstabieren“²⁵⁹. Denn sowohl Mouffe als auch Bobbio halten einen starken Vertreter auf der linken Seite der politischen Skala für unabdingbar. Für die von Mouffe beschriebene Gefahr der sich spaltenden Gesellschaft in demokratiefeindliche Gruppierungen bietet Erhard Eppler einen Lösungsvorschlag an. „Wer der Spaltung der Gesellschaft wehren will, braucht einen handlungsfähigen Staat. Die Sozialdemokratie muss sich erkennbar der Abwertung des Staates widersetzen.“²⁶⁰ Die von Eppler vertretene Forderung betrifft sowohl die Spaltung durch demokratiefeindliche Kräfte als auch durch deregulierte und missbrauchte wirtschaftliche Macht. Dieser Gefahr kann begegnet werden, wenn bei der Betonung des Staatsbürgers der erste Wortteil stärker als bisher betont wird. Denn der starke Staat ist „der Staat der Citoyenne und des Citoyen. Sie bilden den Staat, sie verantworten ihn, sie tragen ihn und für sie ist er da“²⁶¹.

Ein anderes Modernisierungskonzept könnte der Rückgriff auf eine soziale Ausrichtung darstellen, angelehnt an die Rückkehr zur sozialen Frage. Würde die Sozialdemokratie wieder größeren Wert auf die von ihr vertretene Solidarität legen, könnte sie damit ihr Profil der sozialen Gerechtigkeit schärfen und damit zu einer gefestigten Vertreterin des linken Spektrums werden.²⁶² Denn der „Sozialstaat ist der Kern des Politikangebots der linken Mitte. In ihm konkretisiert sich der ursozialdemokratische Wert gesellschaftlicher Solidarität.“²⁶³

²⁵⁹ Tobias Dürr, „Die nächste SPD.“. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/385172/>.

²⁶⁰ Erhard Eppler, „Wozu noch SPD? Für einen handlungsfähigen Staat.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 6 (2008). S. 7.

²⁶¹ Erhard Eppler, „Zukunft der Sozialdemokratie in Europa.“. <http://www.erhard-eppler.de/texte/10-05-zukunft-der-sozialdemokratie-in-europa.html>.

²⁶² Vgl. Helga Grebing, „Mehr als ein Debakel! Hat die SPD noch eine Zukunft?“. <http://www.helgagrebing.de/docs/debakel.html>.

²⁶³ Ernst Hillebrand, „50 Jahre nach Bad Godesberg: Woran die Sozialdemokraten arbeiten müssen.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 11 (2009). S. 32.

Dieser Wert hat an Aktualität nicht verloren, auch wenn sich die Politik- und Gesellschaftsstrukturen gewandelt haben. Zentrale sozialdemokratische Forderungen besitzen nach wie vor ein hohes Maß an Aktualität. „Das Ende der Klassenpolitik bedeutet nicht, dass klassische sozialdemokratische Fragen der Verteilungsgerechtigkeit in Zukunft obsolet würden, aber sie werden sich weiter von dem traditionellen Klassenschema entfernen. Die Sozialdemokratie als *Volkspartei* (anstelle der *Arbeiterpartei*) wird ihre programmatische Position statt im Klassenkonflikt `Arbeit vs. Kapital` verstärkt im Wertekonflikt `soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit` deutlich machen müssen.“²⁶⁴ Merkel fordert hier eine linke Antwort auf neuauftretende Fragen, die das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Individuum betreffen.

Eine mögliche sozialdemokratische Antwort könnte die Partizipation der Arbeitnehmer und Arbeitslosen am Wirtschaftswachstum darstellen. Wie gezeigt wurde, gab und gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Wirtschaftswachstum auf der einen und der Schaffung von Arbeitsplätzen auf der anderen Seite. In Deutschland könnte sich die SPD dafür einsetzen, dass einer Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität ein Wachstum an Beschäftigungszahlen folgt. Hierdurch könnten Ungleichheitstendenzen in der Bevölkerung abgebaut werden, da die Zahl der Arbeitslosen sinken und damit deren finanzielle Ausstattung steigen würde. Auf dieser Basis könnte ein dichteres soziales Netz skandinavisches Vorbilds errichtet werden, das soziale Risikofaktoren besser abfedern würde als das bisher in der Bundesrepublik vorhandene Absicherungsmodell.

Der hier gegebene thesenartige Überblick kann nicht auf die gesamte Komplexität politischer und volkswirtschaftlicher Mechanismen eingehen. Ziel der widergespiegelten theoretischen und praktischen Vorschläge war es, mögliche Modernisierungsversuche zu beleuchten. Dass dabei die finanzielle Potenz des Staates, die Findung parlamentarischer Mehrheiten oder die Akzeptanz der Bevölkerung eine zentrale Rolle spielen, muss bedacht werden. Diese und eine Vielzahl anderer Faktoren erschweren die Festlegung, ob ein Modernisierungskonzept glückte oder scheiterte und angemessen auf den Wandel der Gesellschaft reagierte.

²⁶⁴ Merkel, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. S. 85.

IV.5. Die Bedeutung der Linkspartei als echte sozialdemokratische Alternative in der Bundesrepublik Deutschland

Die aufgezeigten Thesen legen es sozialdemokratischen Parteien nahe, linke Politik zu vertreten und sich auf ihr gewandeltes, aber dennoch traditionelles Klientel zu berufen. In Bezug auf die Situation in der Bundesrepublik kann gefragt werden, ob mit der Gründung der Linkspartei diese Forderungen gegenstandslos geworden sind. Die Gründung und der Erfolg der Linkspartei kann die Behauptung zur Folge haben, die SPD wäre überflüssig geworden. Hierfür gibt es ernstzunehmende Argumente. „Lafontaine wollte Politik – notfalls auch gegen den Widerstand der Wirtschaftsverbände – nach sozialdemokratischen Prinzipien gestalten und sich die Machtbasis dafür in der EU schaffen, während Schröder einen solchen anspruchsvollen Begriff von Politik nicht zu haben scheint und sich eher als Moderator zwischen den Interessengruppen versteht.“²⁶⁵ Dem ehemaligen SPD-Bundesvorsitzenden und späteren Vorsitzenden der Linkspartei Oskar Lafontaine bescheinigt Strasser die Attribute einer wirklichen und echten sozialdemokratischen Politik, dem damaligen sozialdemokratischen Kanzler Schröder spricht er dies ab.

Die Gründe, weshalb die SPD als nicht mehr sozialdemokratisch bezeichnet wird, konzentrieren sich in erster Linie auf die praktischen politischen Auswirkungen der rot-grünen Bundesregierung, symbolhaft dargestellt durch die Sozialreform Agenda 2010. Desweiteren wird der SPD die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zur Zeit der großen Koalition vorgeworfen.

„Das Ausmaß [des] Vertrauensverlustes [der Wähler] wurde insbesondere nach dem 14. März 2003 offensichtlich, als SPD-Kanzler Schröder seine als »Agenda 2010« gefasste Konzeption einer Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Berlin vorstellte. Es handelte sich dabei um die konsequente Folge des in der SPD seit dem Rücktritt ihres Vorsitzenden Lafontaine nicht ausgehandelten Streits zwischen sogenannter Marktorientierung und sozialer Gerechtigkeit. Dieser Konflikt wurde in einem geradezu dezisionistischen Akt der engsten SPD-Parteiführung entschieden und von vielen Parteimitgliedern, Gewerkschaften und Wählern als Preisgabe der sozialen Gerechtigkeit empfunden, die nach wie vor als der ureigene programmatische Kern der Sozialdemokratie wahrgenommen wird.“²⁶⁶

Nach dieser Aussage wurde der unterschwellig lodernde Verlust der sozialdemokratischen Tradition der SPD mit dem Beschluss des Reformwerks Agenda 2010 öffentlich und deutlich. Die SPD hatte sich nach dem Parteiaustritt ihres ehemaligen Vor-

²⁶⁵ Johano Strasser, „Wege und Irrwege einer künftigen linken Politik.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 5 (1999). S. 460.

²⁶⁶ Daniel Gardemin und Heiko Geiling, „Bundestagswahl 2009: Die SPD gegen das eigene politische Lager.“ in *Die Krise der SPD*. S. 353.

sitzenden Lafontaine zu einer marktorientierten, anders ausgedrückt rechten, Partei entwickelt. Diese Modifizierung der SPD hatte für die Partei dramatische Folgen: Es entstand neuer politischer Raum auf der linken Seite des politischen Systems der Bundesrepublik, welchen die Linkspartei besetzte. Dabei ist nachweisbar, dass der Agenda 2010 Reform ein massiver Parteiaustritt folgte, den die neue Linkspartei zu sehr großen Teilen auf sich vereinigen konnte. Die hauptsächliche Gruppe der ehemaligen SPD- und dann neuen Linksparteimitglieder stellte das mittlere Arbeitnehmermilieu.²⁶⁷ Demnach weisen die SPD und die Linkspartei eine ähnliche Mitglieder- und Wählerstruktur auf.

Auch wenn bedeutende Ähnlichkeiten der beiden Parteien vorhanden sind, gibt es jedoch auch trennende Unterschiede. „In Deutschland haben die Sozialdemokraten mit *Hartz IV* und der *Agenda 2010* ihre Zerreißprobe bereits hinter sich – und nicht bestanden. Mit der Partei *DIE LINKE* etabliert sich soeben landesweit eine zweite sozialdemokratische Partei, mit stark populistischen Anklängen.“²⁶⁸ Den trennenden Faktor zwischen der SPD und der Linkspartei stellt demnach die populistische Tendenz der neuen linken Partei dar.

Es stellt sich die Frage, ob der hier festgestellte Populismus mit einer erhöhten Bereitschaft zum politischen Streit gleichgesetzt werden kann. Wäre dies der Fall, dann entspräche die Linkspartei der von Chantal Mouffe geforderten „echten“ linken Partei, die SPD hätte diesen Status verloren. Dass diese Gleichsetzung eine Berechtigung haben kann, kann durch die polarisierende Wirkung populistischer Aussagen begründet werden. Es kann behauptet werden, dass polarisierende politische Positionierungen Widerspruch erzeugen, aus dem dann eine lebendige politische Debatte entstehen kann. Nach diesen Überlegungen kann die Linkspartei als echte sozialdemokratische Partei bezeichnet werden, da Mouffe sozialdemokratischen Parteien den linken Platz auf ihrer politischen Skala zuordnet und die Linkspartei als streitbare und streitverursachende Akteurin auftritt.

In diese Richtung argumentiert auch Oskar Lafontaine selbst, als er seinen Rücktritt vom Parteivorsitz der SPD und vom Amt des Finanzministers erklärt: „Das Herz wird noch nicht an der Börse gehandelt, aber es hat einen Standort – es schlägt links.“²⁶⁹ Diese Aussage erfüllt einen weiteren Bestandteil von Mouffes gewünschter politi-

²⁶⁷ Vgl. ebd. S. 353.

²⁶⁸ Albrecht von Lucke, „»Das Ende von Godesberg« und das Dilemma der Linken.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 7/8 (2007). S. 87.

²⁶⁹ Potthoff und Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*. S. 386.

scher Kultur. Lafontaines Rücktritt hatte dieser Aussage nach nicht nur rationale, sondern auch gefühlsgesteuerte Gründe, wie der Verweis auf die Herzensentscheidung zeigt. Dies entspricht Mouffes Plädoyer für eine Abkehr von kühler, pragmatischer und expertengestützter Politik und der Hinwendung zu einer leidenschaftlicheren Auffassung politischer Führung.

Betrachtet man das Abschneiden der SPD bei Wahlen, tritt ein ähnliches Bild in Erscheinung. „Verdrängt wird, dass die hohen Verluste der SPD seit 1999 von Politikern des rechten SPD-Flügels eingefahren wurden. So verlor 2003 in Hessen Gerhard Bökel [...] 10,3 Prozent und in Niedersachsen Sigmar Gabriel 14,4 Prozent. [...] Die Verluste von Schröder (2002 und 2005) im Bund summierten sich auf 6,7 Prozent. Verdrängt wird, dass SPD-Gewinne nur dort erzielt wurden, wo Alternativen zu Schröders Kurs praktiziert wurden. So errang 2006 Kurt Beck mit 45,6 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit im Mainzer Landtag.“²⁷⁰ Während der Zeit des von der *Neuen Mitte* geprägten politischen Kurses der SPD hat die Partei demnach deutlich bei Wahlen verloren. Dies ist mit der Beobachtung in Einklang zu bringen, dass die sozialdemokratische Partei keine sozialdemokratischen Inhalte mehr vertrat, welche die Wähler von ihr erwarteten. In der Konsequenz schnitt sie dann schwächer bei Wahlen ab.

Es soll abschließend noch eine weitere, etwas diffizilere Begründung der These gegeben werden, die Linkspartei würde die Stelle der SPD als klassische Linke Partei in Deutschland einnehmen. Hierzu wird eine Aussage von Chantal Mouffe herangezogen: „Es ist höchste Zeit, den Hintergrund des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien zu erkennen. Er beruht auf in sehr problematischer Weise artikulierten, aber dennoch realen, demokratischen Forderungen, die von den traditionellen Parteien nicht berücksichtigt werden. [...] Ich sehe deshalb den Erfolg der rechtspopulistischen Parteien als Konsequenz des Fehlens einer lebhaft geführten demokratischen Diskussion in unseren Postdemokratien. Er beweist, dass das Verwischen der Grenzlinie zwischen links und rechts alles andere als ein Vorteil für die Demokratie ist, sondern sie vielmehr untergräbt.“²⁷¹ Um dies auf die Linkspartei anwenden zu können, muss die von Mouffe verwendete „rechtspopulistische Partei“ durch „Linkspartei“ ersetzt wer-

²⁷⁰ Horst Peter und Michael Vester, „Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das »neoliberale Modell Deutschland« der SPD-Führung in der Krise.“ in *Die Krise der SPD*. S. 345.

²⁷¹ Mouffe, *Über das Politische*. S. 94.

den. Dann jedoch kann dies nahezu deckungsgleich auf die Situation in der Bundesrepublik, die SPD und auf die Linkspartei angewendet werden. Dies hat drei Gründe.

Der erste betrifft den breiten parlamentarischen Konsens, durch den die Agenda 2010 sowohl von den damaligen Regierungsparteien und im Grundsatz auch von den Oppositionsparteien getragen wurde. Da die vermeintlich unterschiedlichen Parteien durch die Notwendigkeit der Agenda 2010 zusammengeführt wurden, trifft hier Mouffes Aussage zu, dass die (damals noch nicht gegründete) Linkspartei zu dieser Zeit das Sprachrohr derjenigen darstellte, deren demokratischen Forderungen von den traditionellen Parteien nicht berücksichtigt wurden.

Der zweite Grund betrifft die Durchsetzung der Sozialreform innerhalb der SPD. Durch den Verzicht des damaligen Bundeskanzlers auf eine breite innerparteiliche Basis verletzte Gerhard Schröder die von Mouffe geforderte lebhaft geführte demokratische Diskussion über die Anerkennung der Reform durch die Parteimitglieder. Dies begünstigte nach Mouffe die Entstehung der Linkspartei, in der Praxis wurde deren Gründung dadurch erst möglich.

Den dritten Grund stellt die Verwischung der Grenzlinien dar. Durch die Übernahme politisch rechter Inhalte der eigentlich linken SPD rückte die SPD auf der fiktiven politischen Skala nach rechts. Dadurch entstand auf der linken Seite Raum, den die gegen die Agenda 2010 protestierende Linkspartei einnehmen konnte.

Die Beantwortung der Frage, ob die Linkspartei eine neue, echte sozialdemokratische Partei darstellt, kann für die unmittelbare Zeit während und nach der Agenda 2010 Reform positiv beantwortet werden. Denn die neue Partei stellte sich als Verfechterin des Sozialstaats und Retterin der sozial benachteiligten Bürger dar. Es muss jedoch auch eingewendet werden, dass die Linkspartei seitdem populistische Inhalte vertritt, die mit den vorhandenen Realitäten des vorhandenen (und auf globaler Ebene auch alternativlosen) kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht vereinbar sind. Desweiteren treten Teile der Partei demokratiefeindlich auf, die der demokratisch verfassten Staatsform der Bundesrepublik die Existenzberechtigung absprechen und statt dieser eine sozialistische beziehungsweise kommunistische Staatsorganisation errichten wollen. Dies wäre aber nicht mit den definierten Auffassungen von Bobbio und Mouffe vereinbar.

Desweiteren spricht gegen die Linkspartei als neue sozialdemokratische Kraft in der Bundesrepublik, dass sie in Gesamtdeutschland nicht annähernd das Stimmenpotenzial der SPD erreicht. Dies gestaltet sich zwar auf der regionalen Ebene etwas

differenzierter aus, in den östlichen Bundesländern hat sie beispielsweise in manchen Gebieten den Status der Volkspartei für sich beansprucht, verallgemeinert und auf die gesamte Bundesrepublik kann dies jedoch nicht festgestellt werden.

V. Konklusion

Es sollen nun zwei übergeordnete Fragen beantwortet werden. Die erste betrifft die Bedeutung des Themas Gerechtigkeit für die SPD und deren politische Ausgestaltung. Die zweite Frage behandelt die Probleme, mit denen sich die Parteien im parlamentarischen System der Bundesrepublik durch den gesellschaftlichen Wandel konfrontiert sehen. Auf dieser Basis und der Zusammenfassung der bisherigen Ebene wird dann die auf Dahrendorf zurückgehende These diskutiert und hinterfragt, dass das sozialdemokratische Zeitalter vorbei sei.

Die Gerechtigkeitsprinzipien der SPD fanden ihren Niederschlag immer in den Handlungsanleitungen der jeweiligen Programme. „Die Programmorientierung der Sozialdemokratie war immer ein Ausdruck ihres Optimismus, die gesellschaftlichen Missstände überwinden und eine Gesellschaft ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung herbeiführen zu können.“²⁷² Die Verwirklichung dieser Ziele stellte ein wesentliches Element sozialdemokratischer Gerechtigkeitsauffassung dar. Mit dem Grundsatzprogramm von Bad Godesberg bekannte sich die SPD zur demokratisch verfassten Staatsform, welche die Basis „für alle weiteren Schritte sozialer Gerechtigkeit“²⁷³ bilden sollte. Die freie Verwirklichung jedes einzelnen Menschen wollte die SPD durch die Arbeitnehmerorientierung ihrer politischen Positionierung erreichen und dem Menschen dadurch Entscheidungsfreiheit zusichern. Für die Partei stellte erwirtschafteter Reichtum von Privatpersonen nicht eine Einzelleistung, sondern die Zusammenarbeit vieler Menschen dar. Es ist deshalb ihr ureigenes Interesse gewesen, Reichtum durch politisch gesteuerte Umverteilung zu sozialisieren.²⁷⁴

Dem nahezu chronischen Misstrauen gegenüber Unternehmen und Märkten versuchte die SPD mit einem differenzierten Politikangebot zu begegnen. „Die bisherige Gerechtigkeitspolitik der SPD war also insofern umfassend, als das sie eine Einheit

²⁷² Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.), *Programme der deutschen Sozialdemokratie*. S. 5.

²⁷³ Ebd. S. 6.

²⁷⁴ Vgl. Ulrike Hiller, „SPD-Bundesparteitag: Auf dem Weg zu einem linken Fortschritt?“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 5 (2010). S.4.

bildete aus ausgleichender Sozialpolitik, fördernder Bildungspolitik und weiteren öffentlichen Dienstleistungen im sozialen und kulturellen Bereich.“²⁷⁵ Die komplette politische Ausrichtung drehte sich um Fragen der Verantwortung vermögender Einzelpersonen oder Konzerne gegenüber sozial schlechter gestellten Menschen oder Menschengruppen. Dadurch wollte die SPD erreichen, dass im Staat neben der Rechts- und der Chancengleichheit auch das Prinzip der gleichen grundlegenden Lebensbedingungen erfüllt werden konnte.²⁷⁶

Die Zentralität der Gerechtigkeit für die SPD wird an den Folgen deutlich, die eine Verletzung dieser Prinzipien nach sich zieht. „Es ist problematisch, dass der damals zuständige sozialdemokratische Minister, Franz Müntefering, [die Rentenreform] im Alleingang „durchpeitschte“. Und es ist ein Defizit, dass diese Reform nahezu ausschließlich mit Finanzierungsüberlegungen legitimiert wurde. Die SPD hätte diese Reform auch zu einem Thema der Gerechtigkeit machen können.“²⁷⁷ Bei dem angesprochenen Punkt der Erhöhung des Renteneintrittsalters deckten sich die Gerechtigkeitsauffassungen der Bundesregierung auf der einen und der SPD-Wähler und –Mitglieder auf der anderen Seite nicht. Aufgrund dieser Dissonanz des Gerechtigkeitsempfindens strafte die Wähler die Partei bei der Bundestagswahl 2009 in brutaler Weise ab, indem nur 23,0% der Wähler der SPD ihre Stimmen gaben.

Es lässt sich also zusammenfassen, dass das Thema Gerechtigkeit innerhalb der SPD eine herausgehobene Bedeutung besaß und besitzt. Es ist im politischen Prozess legitim, dass sich Gerechtigkeitsauffassungen wandeln können. Gerade in der SPD erscheint es jedoch besonders wichtig, den Mitgliedern und Wählern diese sich ändernden Positionen glaubhaft im Dialog zu erläutern und einen breiten Rückhalt für die geplanten Modifizierungen zu errichten.

Aufgrund der sich abschwächenden Parteibindungen und der Etablierung einer neuen politischen linken Kraft, der Linkspartei, kann von einer Krise der Sozialdemokratie in Deutschland gesprochen werden. Doch nicht nur die SPD ist von den Folgen des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik betroffen, auch für die zweite Volkspartei CDU/CSU besteht ein Anpassungsdruck an die neuen gesellschaftlichen Realitäten. Das Dilemma, das beide Volksparteien dabei gleichermaßen betrifft, ist

²⁷⁵ Sönke Klages, „Was will die SPD heute unter Sozialer Gerechtigkeit verstehen?“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 4 (2003) S. 23.

²⁷⁶ Vgl. Jürgen Kocka, „Zukunft und Gerechtigkeit.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2007). S. 55.

²⁷⁷ Sven Jochem, „Jenseits „Dritter Wege“: Die Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb – ein europäischen Vergleich.“ *DMS. Der moderne Staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, Nr. 1 (2010). S. 141.

der ökonomisch bedingte Modernisierungszwang. „Die Ursachen liegen in einer schon länger anhaltenden, tiefgreifenden Akzeptanzkrise der Volksparteien, die durch deren Kurswechsel von einer ausgleichenden zu einer wirtschaftsliberalen Sozialpolitik verursacht worden ist. Die [...] Wähler haben diesen Kurswechsel überwiegend nicht mit vollzogen, sondern an ihren bisherigen Vorstellungen von einer »gerechten« sozialen Ordnung festgehalten. Sie fühlten sich von den Volksparteien nicht mehr hinreichend repräsentiert.“²⁷⁸ Es gelingt beiden Volksparteien nicht ausreichend, der Bevölkerung hinreichend Akzeptanz für unpopuläre Maßnahmen wie Steuererhöhungen, Kürzungen im sozialen Bereich oder Arbeitszeitverlängerungen glaubhaft zu kommunizieren. Die größere Konkurrenz auf dem Weltmarkt, bedingt durch die Globalisierung, wird verstärkt als Bedrohung denn als Chance aufgefasst. „Die Niederlage der SPD (und der CDU) bestätigt, dass die Volksparteien die Ernsthaftigkeit unterschätzt hatten, mit der mehr als vier Fünftel der Bevölkerung ein Programm der sozialen Schief lagen ablehnen und die Fortsetzung eines solidarischen Sozialmodells – in seinen verschiedenen Varianten – unterstützen.“²⁷⁹

Desweiteren stellt der gesellschaftliche Fortschritt die Volksparteien vor große Probleme. Die vorangeschrittene Emanzipation der Frau, verlängerte Ausbildungszeiten und höhere Bildungsabschlüsse sowie steigende private und berufliche Mobilität, kurz das gesellschaftliche Phänomen der Individualisierung, sorgen für eine Abschwächung ehemals verfestigter Parteibindungen. Hieraus folgen oft kurzfristige und für die Volksparteien schockierende Demobilisierungen, auf die die Parteien noch keine adäquate Antwort gefunden haben.²⁸⁰ Diese Entwicklung bedeutet, dass den Volksparteien nicht mehr die Strukturen zur Verfügung stehen, auf deren Basis sie ihren Status als Volkspartei errichten konnten. „Die Volksparteien ragen heute gleichsam als institutionell verfestigte Restbestände vergangener Konfliktlagen und Mentalitäten in eine sich weiter den alten Verhältnissen entfernende gesellschaftliche Umwelt hinein.“²⁸¹ Diese Aussage impliziert die reale Gefahr des schleichenden Verlusts des Volksparteienstatus für die Union und die SPD.

Der SPD kann jedoch bescheinigt werden, dass sie durch unterschiedliche Modernisierungsversuche dem gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik antworten

²⁷⁸ Heiko Geiling und Michael Vester, „Soziales Kapital und Wahlverhalten - Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei.“ in *Die Krise der SPD*. S. 25.

²⁷⁹ Ebd. S. 40.

²⁸⁰ Vgl. ebd. S. 25.

²⁸¹ Lösche, Dürr und Walter, *Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft*. S. 204.

wollte. Wie gezeigt wurde, hat sie den Gesellschaftswandel zum Teil auch aktiv mitgestaltet und gefördert. Auch wenn der *Dritte Weg* beziehungsweise die *Neue Mitte* die neusten Modernisierungskonzepte darstellen, kann das Godesberger Programm als umfassendste Reformierung des Selbstverständnisses der SPD bezeichnet werden. Die vollzogene Abkehr vom Marxismus und die Öffnung für neue Wählerschichten schufen die Voraussetzungen für die Volkspartei SPD, die bis heute Bestand hat. Es kann als Glück für die Partei aber auch als Weitblick bezeichnet werden, dass die SPD sich früh genug in der deutschen Geschichte von ihrer Fixierung auf die Arbeiterschicht gelöst hatte. Durch die Erweiterung ihres politischen Angebots an Arbeitnehmer, die der wachsenden Mittelschicht zuzuordnen waren, wuchs auch die Wählbarkeit der Sozialdemokraten.

Auch wenn es die Partei in der Folge verpasste, der neu aufkommenden Ökologie- und Friedensbewegung eine politische Heimat zu bieten, ebnete sie mit der stärkeren umweltpolitischen Komponente im Berliner Programm die politische Nähe zu den Grünen, mit denen parlamentarische Mehrheiten erreichbar waren und sind.

Ob das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters erreicht ist, lässt sich mit abschließender Sicherheit nicht beantworten. Denn dazu mangelt es an einer schlagkräftigen politischen Konkurrenz, die an die Stelle der SPD treten könnte. Zwar erschienen mit den Grünen und der Linkspartei neue politische Opponenten auf der politischen Bühne, diese vertreten aber jeweils nur teilweise das Spektrum sozialdemokratischer Politik. Die Grünen betonen umweltpolitische Auffassungen stark, die auch die SPD vertritt. Dafür kann ihnen auf der sozialen Ebene eine Unterrepräsentation von sozial schwächeren Schichten vorgehalten werden, die ein Aufstieg zur Volkspartei erfordern würde. Die Linkspartei tritt zunächst als Anwalt sozial schwacher Schichten auf, was einen Teil der SPD-Klientel darstellt. Den Linken fehlt jedoch das, was die SPD mit Godesberg erreichen konnte; die Etablierung in der Mitte der Gesellschaft, sprich ein größerer potenzieller Wählerkreis. Erschwerend kommt für die Linkspartei hinzu, dass sie ihre starke Stellung, die sie in Teilen der neuen Bundesländer inne hat, bisher nicht auf die alten Bundesländer übertragen kann. Die Gefahr einer existenzbedrohenden Konkurrenz von links ist für die SPD also (noch) nicht gegeben. Die Aufsplitterung des linken Lagers kostet die Sozialdemokraten jedoch trotzdem Stimmen bei Wahlen, was ihre Chancen für eine Regierungsführung gegenüber der CDU/CSU verringert, da die Union sich bisher mit weniger Konkur-

renz auseinandersetzen muss. Hierdurch könnte ein strategischer Vorteil für die konservative Volkspartei entstehen.

Ralf Dahrendorf begründete seine Feststellung des Endes des sozialdemokratischen Jahrhunderts vor allem mit der von der Sozialdemokratie geschaffenen sozialen Absicherung. Durch den Ausbau des sozialen Netzes hätten die Sozialdemokraten sich selbst abgeschafft. Es trifft zu, dass die Sozialdemokraten den Sozialstaat vor allem in der Regierungszeit Brandts ausbauten. Dahrendorfs These würde zutreffen, wenn dadurch sämtliche soziale Probleme gelöst worden wären. Es ist aber immer noch Arbeitslosigkeit und Ungleichheit vorhanden. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Akademikern später selbst eine universitäre Ausbildung abschließen, ist deutlich höher als bei Kindern aus geringqualifizierten Elternhäusern. Der demografische Wandel wird die Bundesrepublik vor die Herausforderung stellen, das Umverteilungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung weiter zu reformieren. Dies zeigt, dass sozialpolitische Fragestellungen nicht endgültig geklärt wurden, dass der Wandel der Gesellschaft weitere politische Antworten erfordert, die auch sozialdemokratisch sein können.

Auch der nicht aufzuhalten scheinende Trend der Globalisierung stellt die nationalstaatlichen Regierungen vor neue Herausforderungen. Es ist wahrscheinlich, dass (wirtschaftlich) aufstrebende Nationen wie die Schwellenländer Brasilien oder China an der Wohlstandsverteilung westlicher Prägung partizipieren wollen. Den westlichen Staaten könnte dann ein Verlust der geschaffenen Standards drohen. Der Sozialdemokratie könnte bei der Lösung dieser Frage eine wichtige Rolle zukommen. Sie könnte die Vision inhaltlich füllen, wie eine gerechte globalisierte Welt in Zukunft aussehen sollte. Für Deutschland würde die Beantwortung dieser Fragen der SPD zukommen. Dazu müsste sie aber wieder verstärkt die unterschiedlichen Schichten der Bevölkerung vereinen, die sie mit der Agenda 2010 gespalten hat. „[Es] bleibt die Kernaussage Esping-Andersens bestehen und ist auf andere sozialdemokratische Parteien übertragbar, nämlich dass gezieltes Regierungshandeln gemäß den Interessen der von der Sozialdemokratie mit initiierten sozialen Bündnisse, unter Rücksichtnahme auf die sie tragenden Gesellschaftsschichten, der Sozialdemokratie nach wie vor neue Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen kann.“²⁸²

²⁸² Sachs, *Sozialdemokratie im Wandel*. S. 83.

VI. Schlussbetrachtung

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war es, den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik seit Kriegsende treffend zu erfassen und mit (programmatischen) Modernisierungskonzepten der Sozialdemokratie zu verbinden. Dabei wurde festgestellt, dass sowohl linke als auch rechte Neuaufstellungen zu Erfolgen führten. Es wurde versucht deutlich zu machen, dass die jeweilige Methode mit der gerade vorherrschenden gesellschaftlichen Realität verknüpft war.

Dabei wurden wichtige, aber für den Untersuchungsgegenstand nicht relevante Fragen nicht behandelt, deren genauere Betrachtung aber durchaus gewinnbringend und verständnisfördernd sein können. Eine dieser Aspekte betrifft das Innenleben der Partei SPD. Bis heute bezeichnet sich die SPD selbst als Mitgliederpartei. Durch ihre Genossinnen und Genossen gewinnt die Partei an eigener Identität und Politikverständnis. Die vorliegende Magisterarbeit hat diesen Aspekt des Mitgliedereinflusses jedoch nur am Rande gestreift. Es könnte lohnend sein, die Bedeutung und Selbstauffassung der Mitglieder genauer zu untersuchen, die in „ihrer“ Partei mehr als eine politische Gruppierung sehen, für die die SPD sowohl politische Partei als auch ein Teil der eigenen Familie darstellt.

Gleiches gilt für den Einfluss der unterschiedlichen politischen Flügel der Partei. Eine nähere Untersuchung der vorhandenen Gruppen in der Partei könnte Klarheit darüber bringen, wie stark der Einfluss der jeweiligen Strömungen auf die Gesamtpartei ist und was dies für die politische Identität der Partei bedeutet.

Der Partei abschließend eine politische Richtung zu empfehlen ist nicht einfach. Zu viele Faktoren spielen bei der politischen Ausrichtung einer Partei eine wichtige Rolle. Der Versuch soll dennoch unternommen werden. Gerade in Hinblick auf die Ausrichtung skandinavischer sozialdemokratischer Parteien scheint eine solch verfasste Sozialdemokratie nachahmenswert. Auch spricht die Regierungszeit Brandts für eine stärkere linke Ausrichtung der SPD. Viele Teile der SPD bewundern ihren ehemaligen Vorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt immer noch. Sie schätzen die durch Brandt erreichte Kompatibilität zwischen gesellschaftlicher Realität, politischen Zwängen und visionärer Politikauffassung. Die durch Brandts sozialliberale Koalition geschaffenen sozialen Standards haben schlechter gestellten Bevölkerungsschichten den Weg des sozialen Aufstiegs ermöglicht und so zur Entwicklung der Bundesrepublik von einem nach dem Krieg zertrümmerten Land hin zu einer führenden Wirtschaftsnation beigetragen. Links der Mitte sollte sich die SPD auch deshalb positio-

nieren, da auf der rechten Seite mit der Union ein gefestigter Konkurrent schon etabliert ist.

Dem Vorhandensein einer politischen links-rechts-Skala wie Norberto Bobbio und Chantal Mouffe sie beschreiben, kann zugestimmt werden. Um eine vermehrte politische Partizipation der Bürger zu erreichen, was wünschenswert wäre, könnte die SPD mehr mit auch provokanten Forderungen in den politischen Wettstreit treten. Es ist durchaus denkbar, dass die Partei davon profitieren würde. Ältere Beispiele wie die des Wahlkampfes Willy Brandts, aber auch neuere, wie der Präsidentschaftswahlkampf Barack Obamas zeigen, dass die Bevölkerung durchaus zur politischen Teilhabe und zu persönlichem politischen Einsatz bereit ist. Es könnte daher lohnenswert für die Partei sein, wenn sie einen charismatischen Politiker an ihre Spitze stellt und dieser versucht, in einer hektisch gewordenen Welt den Menschen ein Gefühl der Entschleunigung zu geben. Dies würde nicht nur der SPD nutzen, auch die Demokratie könnte gefestigt und mit höherer Akzeptanz versehen aus diesem Prozess heraus kommen.

VII. Anhang

VII.1. Literaturverzeichnis

„Gespräch mit Anthony Giddens: »Neue Mitte« - »Dritter Weg« - eine moderne Linke?“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 5 (1999): S. 436-440.

„Gespräch mit Julian Nida-Rümelin: Das programmatische Profil schärfen.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 12 (2009): S. 61-65.

Berliner Morgenpost, „Gewaltbereitschaft: Friedrich sieht keine Gefahr für soziale Unruhen.“, 10. August 2011.

<http://www.morgenpost.de/politik/inland/article1728127/Friedrich-sieht-keine-Gefahr-fuer-soziale-Unruhen.html>. (letzter Zugriff: 9. Oktober 2011).

Bergsdorf, Harald, „Perspektiven von SPD, Linkspartei und Grünen: Strategien und Konstellationen unter den Bedingungen einer gewandelten Parteienlandschaft.“ *Die Politische Meinung*, Nr. 483 (2010): S. 42-48.

Blair, Tony, „Eine neue Politik für das neue Jahrhundert.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 5 (1999): S. 441-444.

Bobbio, Norberto, *Rechts und Links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: K. Wagenbach, 1994.

Bundesagentur für Arbeit, „Der Arbeitsmarkt in Deutschland: Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen.“

<http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/244170/publicationFile/119019/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung-1HJ2010.pdf> (letzter Zugriff: 9. Oktober 2011).

Butterwegge, Christoph, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, 2006.

Butzlaff, Felix und Oliver Nachtwey, „Die Sozialdemokratie am Scheideweg.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 6 (2009): S. 23-29.

Dahrendorf, Ralf, *Ein neuer Dritter Weg? Reformpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts*. Tübingen: Mohr Siebeck, 1999.

Decker, Frank, „Macht- und Programmoptionen im neuen Fünfparteiensystem.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2008): S.35-39.

Dowe, Dieter und Kurt Klotzbach (Hrsg.), *Programme der deutschen Sozialdemokratie: Mit einem Vorwort von Rudolf Scharping*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, 1995.

Dürr, Tobias, „Die nächste SPD.“

<http://www.dradio.de/dkult/aktionen/sendungen/politischesfeuilleton/385172/> (letzter Zugriff: 12. August 2011).

Eppler, Erhard, „Wozu noch SPD? Für einen handlungsfähigen Staat.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 6 (2008): S. 4-8.

—, „Zukunft der Sozialdemokratie in Europa.“ <http://www.erhard-eppler.de/texte/10-05-zukunft-der-sozialdemokratie-in-europa.html> (letzter Zugriff: 16. September 2011).
Fuest, Clemens, „Die Gründe der Regierung Schröder, den Spitzensteuersatz zu senken, sind heute aktueller denn je.“
<http://blog.handelsblatt.com/steuerboard/2010/07/05/die-grunde-der-regierung-schroder-den-spitzensteuersatz-zu-senken-sind-heute-aktueller-denn-je/>. (letzter Zugriff: 12. August 2011)

Gamble, Andrew und Anthony Wright, „Introduction: The New Social Democracy.“ in *The new social democracy*, hrsg. von Andrew Gamble und Anthony Wright, S. 1-9. Oxford: Blackwell Publishers, 1999.

—, Hrsg., *The new social democracy*. Oxford: Blackwell Publishers, 1999.

Gardemin, Daniel, „Gegen das eigene politische Lager: Die Krise der SPD.: Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2009.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 6 (2009): S. 14-23.

Gardemin, Daniel und Heiko Geiling, „Bundestagswahl 2009: Die SPD gegen das eigene politische Lager.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 351-366. Berlin; Münster: Lit, op. 2009.

Geiling, Heiko und Michael Vester, „Soziales Kapital und Wahlverhalten - Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 25-52. Berlin; Münster: Lit, op. 2009.

Geiling, Heiko, Hrsg., *Die Krise der SPD*. Berlin ;, Münster: Lit, op. 2009.

Geißler, Rainer, *Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Mit einem Beitrag von Thomas Meyer*, 6. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, 2011.

Giddens, Anthony, *Der dritte Weg: Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt: Suhrkamp, 1999.

—, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001.

Grebing, Helga, „Mehr als ein Debakel! Hat die SPD noch eine Zukunft?“
<http://www.helgagrebing.de/docs/debakel.html> (letzter Zugriff: 5. Mai 2011).

Griese, Kerstin, „Erneuerung der SPD.“ <http://kerstin-griese.de/soaufbru.htm> (letzter Zugriff: 9. Mai 2011).

Heimann, Horst, „Plädoyer für eine linke Volkspartei SPD: Anmerkungen zu einer notwendigen Debatte.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 6 (2005): S. 44-48.

Hillebrand, Ernst, „50 Jahre nach Bad Godesberg: Woran die Sozialdemokraten arbeiten müssen.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 11 (2009): S. 31-34.

Hiller, Ulrike, „SPD-Bundesparteitag: Auf dem Weg zu einem linken Fortschritt?“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 5 (2010): S.4.

Hombach, Bodo, *Aufbruch: Die Politik der neuen Mitte*, 2. Aufl. München: Econ, 1998.

Hradil, Stefan, *Soziale Ungleichheiten in Deutschland*, 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

Jochem, Sven, „Jenseits „Dritter Wege“: Die Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb – ein europäischen Vergleich.“ *DMS. Der moderne Staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, Nr. 1 (2010): S. 125-147.

Klages, Sönke, „Was will die SPD heute unter Sozialer Gerechtigkeit verstehen?“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 4 (2003): S. 22- 25.

Kocka, Jürgen, „Zukunft und Gerechtigkeit.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2007): S. 55-58.

Lambrecht, Christine, „Zentrales Anliegen sozialdemokratischer Rechtspolitik ist Gerechtigkeit.“ *Zeitschrift für Rechtspolitik*, Nr. 3 (2010): S. 68-70.

Lösche, Peter und Franz Walter, *Die SPD: Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei : Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992.

Lösche, Peter, Tobias Dürr und Franz Walter, *Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft. Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich : Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Lösche*. Opladen: Leske + Budrich, 1999.

Lucke, Albrecht von, „»Das Ende von Godesberg« und das Dilemma der Linken.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 7/8 (2007): S. 87-90.

Marquand, David, „Premature obsequies: Social Democracy comes in from the cold.“ in *The new social democracy*, hrsg. von Andrew Gamble und Anthony Wright, S. 10-18. Oxford: Blackwell Publishers, 1999.

Meise, Stephan, „»... wozu die Sozialdemokratie eigentlich verpflichtet wäre« - Verprellte Mitglieder, Parteiaustritte und die Vertrauenskrise der SPD.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 113-158. Berlin ;, Münster: Lit, op. 2009.

Merkel, Wolfgang, *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.

Mertes, Michael, „Das Ende einer Episode: Rhetorischer Überbau als rot-grünes Signum.“ *Die Politische Meinung*, Nr. 429 (2005): S. 5-10.

Meyer, Thomas, „50 Jahre Godesberg: Wohin nun SPD? Ein Blick zurück nach vorn.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 11 (2009): S. 51-54.

—, „Zwischenruf: Wie weiter SPD?“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2009): S. 12-13.

Mikfeld, Benjamin, „New Deal im 21. Jahrhundert: Herausforderungen für die Sozialdemokratie.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Heft 1/2 (2003): S. 15-19.

Miller, Susanne, „Die Aktualität von Godesberg: Erinnerungen an die radikalste Programmreform der SPD.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 5 (2003): S. 9-12.

Mouffe, Chantal, *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2010.

Müller, Emil-Peter, *Das Berliner Programm der SPD*. Köln: Deutscher Instituts-Verlag, 1990.

Münkel, Daniela, *„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“*. Berlin: Vorwärts Buch, op. 2007.

Peter, Horst, „Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften nach der Agenda 2010: Rede anlässlich der Sommergespräche der IG Metall Nordhessen.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 5 (2004): S. 33-35.

Peter, Horst und Michael Vester, „Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das »neoliberale Modell Deutschland« der SPD-Führung in der Krise.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 341-349. Berlin; Münster: Lit, op. 2009.

Potthoff, Heinrich und Susanne Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002*, 8., aktualisierte und erweiterte Aufl., Bonn: Dietz, 2002.

Reinhardt, Max, „Parteilügelkämpfe seit der Bundestagswahl 2002 – Der Kampf um die Macht in der SPD.“ in *Die Krise der SPD*, hrsg. von Heiko Geiling, S. 53-112. Berlin; Münster: Lit, op. 2009.

Rünker, Reinhold, „Die Zeit der Volkspartei „SPD“ ist vorbei: Interview mit Prof. Franz Walter.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 5 (2005): S. 20-24.

Sachs, Matthias, *Sozialdemokratie im Wandel: Die Neustrukturierung sozialdemokratischer Programmatik im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011.

Sassoon, Donald, „European Social Democracy and New Labour: Unity in diversity?“ in *The new social democracy*, hrsg. von Andrew Gamble und Anthony Wright, S. 19-36. Oxford: Blackwell Publishers, 1999.

Schmidt, Thomas E., „Alles ist widersprüchlich und gefährlich.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 6 (2007): S. 51-53.

Schroeder, Wolfgang, „Stärkung des »Identitätskerns«.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 12 (2007): S. 57-61.

Statistisches Bundesamt, „Wahlberechtigte, Wähler, Stimmabgabe und Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen seit 1949 – Zweitstimmen.“

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_ergebnisse.pdf. (letzter Zugriff: 14. September 2011)

—, „Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren.“

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/lrerw13a,templateId=renderPrint.psml>. (letzter Zugriff: 14. September 2011)

Seinvoth, Ulrich, *Gleiche Freiheit: Politische Philosophie und Verteilungsgerechtigkeit*. Berlin: Akademie Verlag, 1999.

Stöss, Richard und Oskar Niedermayer, „Zwischen Anpassung und Profilierung: Die SPD an der Schwelle zum neuen Jahrhundert.“. Aus *Politik und Zeitgeschichte* Nr. 5. Online unter:

http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=IGLNJP&page=0. (letzter Zugriff: 8. Mai 2011)

Strasser, Johano, „Wege und Irrwege einer künftigen linken Politik.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 5 (1999): S. 459-463.

—, „Sozialdemokratie am Scheideweg: Kanzlerwahlverein oder Programmpartei – die SPD muss sich entscheiden.“ *Perspektiven ds. Perspektiven des demokratischen Sozialismus.*, Nr. 1 (2004): S. 152-160.

Sturm, Daniel Friedrich, „Die SPD muss neugierig werden: Oder: Was muss die SPD tun, um sich als Volkspartei zu behaupten?“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 3 (2010): S. 53-55.

Thierse, Wolfgang, „»Dritte Wege« im europäischen Maßstab.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 11 (1999): S. 986-990.

Tsebelis, George, *Veto players: How political institutions work*. New York: Russell Sage Foundation [u.a.], 2002.

Vester, Michael, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001.

—, „Schieflagen sozialer Gerechtigkeit.“ *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 8 (2002): S. 450-463.

—, „Das Fiasko der "neuen Mitte"!": Die Bundestagswahl 2005 und die Orientierungen der gesellschaftlichen Milieus.“ *SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 5 (2005): S. 14-20.

Walter, Franz, *Die SPD: Vom Proletariat zur Neuen Mitte*. Berlin: Alexander Fest, 2002.

—, „Vor einer Renaissance des Sozialliberalismus?“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2008): S. 39-42.

—, *Vorwärts oder abwärts? Die Krise einer Volkspartei*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2010.

Weber, Manfred, „Programmdebatten in CDU, CSU und SPD.“ *Orientierungen. Zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 113, Nr. 3 (2007): S. 31-37.

Wendl, Michael, „Der »Dritte Weg« in der Krise.“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, Nr. 10 (2002): S. 611-614.

VII.2. Interview mit Bundesminister a.D. Erhard Eppler vom 22.7.2011

Frage: Hat die SPD falsch auf den gesellschaftlichen Wandel reagiert, das Aufkommen neuer gesellschaftlicher Strömungen vernachlässigt?

Erhard Eppler: Das glaube ich nicht. Sie hat nur auf einer Seite ungenügend reagiert, damit meine ich das Aufkommen der Ökologiebewegung. Das Programm von Bad Godesberg stellte einen tiefen Einschnitt in die Geschichte der SPD dar und die Öffnung zu Volkspartei wurde durch das Godesberger Grundsatzprogramm offenkundig. Leute wie Willy Brandt oder auch Herbert Wehner wussten ganz genau, dass die Partei keine Zukunft haben würde, wenn sie sich nur auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stützen würde. Die Partei hat in den 1970er Jahren ja auch erstaunliche Wahlergebnisse erzielen können, und nach der Bundestagswahl 1972 konnte sie die stärkste Fraktion stellen.

Als die Ökologiebewegung aufkam, gab es nur zwei Landesverbände in der SPD, die ökologische Inhalte vertraten, nämlich die Verbände Schleswig-Holsteins und Baden-Württembergs. Damals war ich Landesvorsitzende der SPD in Baden-Württemberg und wir galten als sogenannter „grüner“ Landesverband. Als ich Vorsitzender war, haben wir 1976 und 1980 stark ökologisch ausgerichtete Landtagswahlkämpfe durchgeführt, Willy Brand hat das mit einer gewissen Sympathie verfolgt.

Trotzdem war die Meinung der SPD zur Ökologiebewegung nicht einheitlich, so gab mir Willy Brand oft zu verstehen, dass er meine Meinung nicht immer voll teilte, das Thema aber wichtig und angebracht war. Es folgte die Kanzlerschaft von Helmut Schmidt. Für ihn bedeutete die Ökologiebewegung damals eine Marotte gelangweilter Mittelstandsdamen, die ökologisch orientierten Sozialdemokraten ekelte er sukzessive aus der Partei raus. Schlussendlich kam es so zu Gründung der Grünen. Aber ansonsten glaube ich nicht, dass die SPD falsch auf den gesellschaftlichen Wandel reagiert hätte.

Frage: Werfen Sie damit Helmut Schmidt indirekt vor, dass er Platz für eine neue, ökologisch ausgerichtete Partei geschaffen hat oder war dies ein Versäumnis der gesamten Partei?

Erhard Eppler: Ganz so einfach ist das nicht, natürlich stützte sich Helmut Schmidt auf einen beträchtlichen Teil der Partei und vielleicht hätte es früher oder später, auch ohne Helmut Schmidt, wie in anderen Ländern Europas auch in Deutschland Grüne gegeben. Aber der unmittelbare Anstoß zur Gründung der Grünen, und das geschah in Deutschland früher als anderswo, wurde dadurch begünstigt, dass Schmidt keinerlei Verständnis für ökologisches Denken hatte und dies dann auch sehr deutlich kundgab.

Frage: Gehen der SPD die Themen aus? Die Grünen besetzen das Thema Umwelt- und Bildungspolitik, der Union wird eine höhere Wirtschaftskompetenz zugesprochen, die Linkspartei sieht sich selbst als Anwalt des kleinen Mannes und benachteiligten Arbeitnehmers. Ist unter diesen Umständen noch Platz für eine sozialdemokratische Partei in Deutschland?

Erhard Eppler: Die Frage, ob die SPD überhaupt noch notwendig ist, ging ursprünglich von Lord Dahrendorf aus. Es war der Meinung, die SPD sterbe an ihren eigenen Erfolgen, was sie gewollt habe, habe sie weitgehend erreicht und sich dadurch überflüssig gemacht. Über diese These hätte man vielleicht in den 1980er Jahren noch reden können, heute ist sie falsch. Denn inzwischen haben wir, je nach Land, zwei bis drei Jahrzehnte einer marktradikalen Welle erlebt und überlebt, die sehr vieles von dem weggeschwemmt hat, was Sozialdemokraten erreicht hatten. Diese Welle hat den Sozialstaat in Frage gestellt, sie hat das Prinzip der Solidarität verhöhnt, sie hat soziale Gerechtigkeit für eine Schimäre und wissenschaftlich unerhebliche Forderung dargestellt. Konkret bedeutet dies, dass nach dem Überschlagen dieser Welle, was wir Ende 2008 mit der Krise an den Finanzmärkten erlebt haben, die These Dahrendorfs für mich erledigt ist.

Nach meiner Überzeugung war selten eine regierungsfähige, politisch erfahrene linke Volkspartei so nötig wie heute. Wenn man heute die Menschen fragt, was ihnen wichtig ist, so antworten diese fast durchweg mit sozialdemokratischen Forderungen. Dabei überrascht es mich etwas, dass sich dies nicht in wachsenden Zustimmungsraten für die SPD niederschlägt.

Der Unterschied zwischen den Grünen und der Linkspartei ist, dass die Grünen etwas völlig neues auf das politische Parkett brachten. Teilen der Linkspartei hingegen spreche ich den Willen und auch die Fähigkeit zur Regierungsübernahme ab. Manche, wie auch Oskar Lafontaine, haben kein wirkliches Interesse Verantwortung in Deutschland zu übernehmen. Ich denke, dass die Bundesrepublik auch sehr gut ohne diese Partei klarkommen würde.

Der Unterschied der SPD zur Linkspartei ist es, dass diese eigentlich nur sozialdemokratische Forderungen vertreten, dies jedoch etwas überspitzt, zum Beispiel fordern sie wie wir einen Mindestlohn, nur etwas höher.

Frage: Wie soll sich die SPD inhaltlich positionieren, um wieder ein Wahlergebnis zu bekommen, welches dem einer Volkspartei entspricht?

Erhard Eppler: Das Aufkommen der Grünen als einer potenziell 20-25 % Partei kann nicht so schnell rückgängig gemacht werden. Das bedeutet, dass der Platz auf der linken Seite enger wird. Nach rechts rücken sollte die SPD aber deshalb nicht, auch weil rechts von der SPD schon die CDU/CSU angesiedelt ist. In absehbarer Zeit ist ein linkes Regierungsbündnis wohl nur aus einer Koalition aus SPD und Grünen vorstellbar, ohne die Linkspartei. Wenn die SPD wieder über 30 % kommt, ist dieses Bündnis dann auch regierungsfähig.

Ich halte es für einen Fehler, den Status einer Volkspartei mit den erreichten Prozentzahlen bei Wahlen gleichzusetzen. Es ist viel kennzeichnender, wie eine Partei mit gesellschaftlichen Strömungen umgeht und wie sie diese in sich vereinigen kann. Zur Agenda 2010 habe ich meine eigene Meinung. Die marktradikale Welle, die von den konservativen Regierungen begünstigt und ermöglicht wurden, hatte eine Hegemonie erreicht, wie es sie weltweit selten gegeben hat. Die Überzeugung der Richtigkeit dieser marktradikalen Welle hatte schließlich auch die SPD erreicht. Der SPD hat diese Wachstumsgläubigkeit aber eher geschadet. Die entscheidende Behauptung der Marktradikalen war es, dass der Staat wirtschaftliches Handeln behindere und erschwere. Wenn der Staat diese Regulierung aufgeben würde, bekäme man ein hohes und konstantes Wirtschaftswachstum. Sozialstaatliche Reformen wurden damals, ab dem Jahr 2000, mit Kürzungen im sozialen Bereich gleichgesetzt.

Der Druck für die SPD geführte Bundesregierung war damals sehr hoch, beinahe täglich konnte man in den Zeitungen lesen, Deutschland sei wirtschaftlich gesehen das Schlusslicht Europas. Ich denke, die Agenda 2010 war eine kaum zu vermeidende Konzession an den damals vorherrschenden Zeitgeist in der Bundesrepublik. Einige Aspekte der Agenda 2010 waren und sind ja durchaus vernünftig, zum Beispiel die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Frage: Sind Oskar Lafontaine und die Linkspartei die neue, echte Linke? Ist die Linkspartei zum neuen Anwalt der sozial Schwachen geworden und die SPD eine zum Teil sozialdemokratisierte CDU?

Erhard Eppler: Vor ein oder zwei Jahren war diese Frage durchaus verständlich und berechtigt. Im Augenblick jedoch ist die Linke überwiegend damit beschäftigt, sich selbst zusammenzuhalten. Die Linkspartei kann die SPD nicht ersetzen, sie ist hin- und hergerissen zwischen einer westdeutschen, modernen Linken und einer SED-geprägten, radikalen Linken.

Frage: Kann es in einer globalisierten Welt, in der der Einfluss der Nationalstaaten abnimmt, der Sozialdemokratie überhaupt noch gelingen, soziale, innerstaatliche Politik zu betreiben?

Erhard Eppler: In den nächsten Jahrzehnten wird es zunehmend auf die europäische Sozialdemokratie ankommen. Dabei wird es entscheidend sein, ob sich die europäische Sozialdemokratie programmatisch vereinigen und sich als Alternative zu einem marktradikalen System glaubhaft etablieren kann. Dazu müssten die nationalen Sozialdemokratien näher zusammenfinden, was aber schwierig erreichbar werden könnte.

Frage: Wie beurteilen sie den vom Soziologen Anthony Giddens propagierten und von Tony Blair politisch umgesetzten Dritten Weg? Ist es eine Lösung für die SPD, unideologisch und pragmatisch auf politische Herausforderungen zu reagieren und so zu agieren?

Erhard Eppler: Der Dritte Weg war ursprünglich ein Zwischenweg zwischen Kapitalismus und sowjetischem Kommunismus. Das von Bodo Hombach entwickelte Konstrukt der Neuen Mitte halte ich für eine Bankrotterklärung der deutschen Sozialdemokratie, ich begrüßte es deshalb, dass Gerhard Schröder diesen Weg von Hombach nicht mehr weiter verfolgte.

Jedes politische Handeln ist pragmatisch. Pragmatismus als Ideologie hingegen ist immer konservativ. Denn wenn man immer nur reagiert und abwartet, was andere tun, ergreift man nicht die Initiative, dies entspricht nicht dem sozialdemokratischen Verständnis von Politik. Man soll aber pragmatisch handeln, wenn man ein klares Ziel vor Augen hat. Aber Pragmatismus als Ideologie ist grundsätzlich konservativ. Deshalb ist der von Tony Blair gegangene Weg keine gangbare Option gewesen. Die Labour Party wird die Folgen dieses Weges noch sehr lange tragen müssen. Blair glaubte, Elemente des Marktradikalismus übernehmen und damit über längere Zeit die Mehrheit in Großbritannien stellen zu können.

Frage: Der Politologe Franz Walter behauptete, dass die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik nur wenige Jahre erfolgreich Regierungsverantwortung trug, als es in der Nachkriegsgesellschaft noch ein hohes Wachstum und demnach noch viel zu verteilen und umzuverteilen gab. Spätestens seit der Ölkrise und dem Wegfall von Steuereinnahmen befand sich die SPD auf dem absteigenden Ast, so Walter. Ist diese Beschreibung zu pessimistisch oder gerechtfertigt?

Erhard Eppler: Richtig ist wahrscheinlich schon, dass sich die Sozialdemokraten ohne wirkliche Reflexion dem Wachstumsdogma untergeordnet haben, also den Erfolg der Regierung am Wirtschaftswachstum abgelesen haben.

Wenn man als Regierung das Wachstum der Prozentzahl als politisches Ziel erhebt, dann stellt sich automatisch die Frage, wer das Wachstum schafft. Dies schafft die Privatindustrie. Also muss eine Regierung das tun, was Unternehmen verlangen, um wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Man muss beispielsweise Unternehmenssteuern senken, Abschreibungen großzügiger gestalten und so weiter. Dadurch entsteht aber der Primat der Ökonomie.

Meine These ist, dass es nicht die Aufgabe der Politik ist, bestimmte Wachstumsraten anzustreben, sondern darüber zu diskutieren und zu entscheiden, in welchen Bereichen das Wachstum stattfinden soll. Wenn man diese These konsequent weiter denkt, kommt man automatisch zum Primat der Politik, da diese politisch vorgibt, welche Bereiche wachsen sollen und welche nicht. Dies hat die SPD im Grunde nicht verstanden. Deshalb war sie anfällig auch für marktradikale Parolen die versprachen, mehr Wachstum generieren zu können. Auf diese Falle ist zum Beispiel der ehemalige Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement reingefallen.

Frage: Wo und wie sehen sie die Zukunft der SPD in der Bundesrepublik Deutschland?

Erhard Eppler: Ich veröffentliche im Herbst 2011 ein Buch, in dem die SPD gar nicht vorkommen wird, es wird den Titel „Solidarische Leistungsgesellschaft“ tragen. In diesem Buch geht es unter anderem darum, wie tief das Vertrauen der Deutschen in die Marktradikalen erschüttert ist.

Es wird diejenige Partei Erfolg haben, die eine plausible, machbare und einleuchtende Alternative zum entfesselten Marktradikalismus vorschlagen und Personen aufweisen kann, die diese Alternativen realisieren können. Eine solche Partei wird Deutschland in den nächsten zehn Jahren regieren.

Nach seriösen Umfragen finden mehr als 75 % der Deutschen, dass es in diesem Land ungerecht zugeht. Es muss eine lebenswertere Gesellschaft aufgebaut werden die auch dann lebenswert ist, wenn wirtschaftliche Wachstumsraten abnehmen, da kreditfinanzierte Wirtschaftsprogramme in Zukunft nicht durchsetzbar sein werden. Wenn man dies den Menschen im Detail deutlich machen kann, wird eine Partei auch Zustimmung bekommen. Wenn es nach den Bundestagswahlen 2013 eine rot-grüne Bundesregierung geben sollte, die eine solche veränderte Wahrnehmung realisieren kann, dann wird sie so schnell nicht abgelöst. Ich denke, dass uns durchaus ein rot-grünes Zeitalter bevorsteht.

VII.4. Eigenständigkeitserklärung

Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Hausarbeit selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt, alle benutzten Quellen und Hilfsmittel angegeben und Zitate als solche kenntlich gemacht habe.

Ich versichere ferner, dass ich die Arbeit weder für eine Prüfung an einer weiteren Hochschule noch für eine staatliche Prüfung eingereicht habe.

München, den 12.10.2011

Alexander Friedrich